

Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/  
Masterarbeit ist in der Hauptbibliothek der Technischen  
Universität Wien aufgestellt und zugänglich.

<http://www.ub.tuwien.ac.at>



The approved original version of this diploma or  
master thesis is available at the main library of the  
Vienna University of Technology.

<http://www.ub.tuwien.ac.at/eng>

## **Participation now. URBANES HANDELN IN DER DIGITALMODERNE**

Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/Masterarbeit ist in der Hauptbibliothek der Technischen Universität Wien aufgestellt und zugänglich.

<http://www.ub.tuwien.ac.at>



The approved original version of this diploma or master thesis is available at the main library of the Vienna University of Technology.

<http://www.ub.tuwien.ac.at/eng>

# *p a n .*

---

**Participation now. URBANES HANDELN IN DER DIGITALMODERNE**

Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/  
Masterarbeit ist in der Hauptbibliothek der Techni-  
schen Universität Wien aufgestellt und zugänglich.

<http://www.ub.tuwien.ac.at>



The approved original version of this diploma or  
master thesis is available at the main library of the  
Vienna University of Technology.

<http://www.ub.tuwien.ac.at/eng>

**Für »Alle«!**



# TECHNISCHE UNIVERSITÄT WIEN

MASTERARBEIT

**Participation now.**  
**URBANES HANDELN IN DER DIGITALMODERNE**

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades eines  
Diplom-Ingenieurs unter der Leitung von

**Ao. Univ. Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Sigrid Hauser**

E253 Institut für Architektur und Entwerfen - Abteilung für Hochbau und Entwerfen

**eingereicht an der Technischen Universität Wien**

Fakultät für Architektur und Raumplanung

von

**Ralph Reisinger BSc**

0415327  
Märzstrasse 89-91  
1150 Wien

Wien, Oktober 2015



# Inhalt

***Partizipation jetzt!***

## **Einleitung**

### **Wer, was, wie, warum?**

- 19 Partizipation und urbanes Handeln
- 20 Selbstaktive Beteiligungsprozesse
- 22 Entwicklung von aktivierter Bürgerbeteiligung
- 23 Strategisches Handeln mit kunsthistorischen Wurzeln
- 32 Die Gesellschaft der Moderne und Postmoderne
- 34 Politisches System und Bauwirtschaftsfunktionalismus
- 36 Bedürfnis und Bedarfsplanung
- 36 Exkurs: Heimat
- 37 Neue Heimat und Selbsthilfekultur der 1970er und 1980er

### **Das Feld**

- 43 Urbanes Handeln, Stadt entwickeln, die Akteure
- 46 Wer hat Stadt-Macht, wer macht Stadt?
- 50 Handlungsweisen von Entscheidungsträgerinnen

*Wenn Großkonzerne sich mit zivilen Federn schmücken  
Expander-City!  
Help yourself..*

- 60 Planungs-, Bauabläufe, Zeitplan und Instanzen
- 63 Wer, wenn nicht »Sie«: ein Leitsystem
- 66 Raumplanung
- 70 Wohnbauförderung
- 76 Zersiedelung
- 78 Alt, älter, Überalterung

### **Interview**

- 83 Susanne Hofmann
- 87 Reinhard Reiß
- 92 Robert Temel



## **Digitalmoderne**

- 101 Eine neue Gesellschaftsform
- 105 Zukunftsdialog
- 109 Von Koexistenz zu Kooperation
- 111 Kreativ ist Klasse
- 113 Emanzipation oder »sanfte« Emanzipation
- 115 Die Verwandlung der Entscheidungsträger
- 116 Entertainment Partizipation und Mitbestimmungssimulation – Pessimismus oder Machterhaltungsstrategie
  
- 118 Urban engagement + urban structure
- 120 Top-down vs. Bottom-up, Bürgerbeteiligung im Vergleich
- 121 Öffentlicher Raum

*Die*

*Wir*

*Ich*

## **Strategiepapier**

- 129 Urbanisierendes Handeln in der Digitalmoderne
- 132 Strukturveränderung von Planungsprozessen
- 134 Rethinking Wohnbauförderung
- 136 Die Sockelzone

## **Nachwort**

## **Index**

- 147 Bildnachweise
- 147 Online Quellen
- 148 Bibliografie

Da es in der deutschen Sprache keine eindeutig gleichberechtigte Schreibweise gibt, die beide Geschlechter in adäquater Weise berücksichtigt, wird im folgenden Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit, unregelmäßig zwischen weiblicher und männlicher Schreibweise gewechselt, um das Vorhandensein beider Geschlechter deutlich zu machen.

Ortsangaben im nachfolgenden Text beziehen sich, wo nicht anders erwähnt, auf Europa, die europäischen Städte, vorwiegend im deutschsprachigen Raum, und im Speziellen auf Wien, wenngleich sich die beschriebenen Strukturen und Vorgänge im Bezug auf Stadtentwicklung und Stadtgestaltung auch in Städten und Regionen anderer Erdteile wiederfinden können.

# Einleitung



*Sichtbare Individualisierung im Wohnbau*

Die sich im permanenten Wandel befindende Gesellschaft, die oft als statisch empfundenen politischen Verhältnisse sowie die Interessen wirtschaftlicher Akteure sollen anhand dieser Arbeit in den Kontext des »urbanen Handelns« und des am Nutzer orientierten Planens gestellt werden. Welche individuellen Beteiligungsmöglichkeiten an der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung sind vorhanden oder werden den Stadtbewohnern zuerkannt, wo liegen eventuell ungenutzte Potentiale, wer entscheidet und warum? – Die Gleichzeitigkeit von Strukturen, von Systemen und deren Ambivalenzen, die Parallelität von Mechanismen und Mechaniken im Handeln bilden das zentrale Forschungsfeld dieser Arbeit.

Eingangspunkt steht die sich in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges neu formierende europäische Bevölkerung, deren Bedürfnisse und die im Bezug auf Architektur und Gesellschaft historischen Anknüpfungspunkte an diverse Formen von Beteiligungsprozessen, die Wurzeln des aktiven Handelns im urbanen Raum und welche Formen von gemeinschaftlichen Initiationen in dieser Periode von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgerinnen zugelassen, propagiert oder negiert wurden. Ebenso wird an dieser Stelle die Glaubwürdigkeit der Architektur in der ausgehenden Moderne und in diesem Zusammenhang die Politik der beginnenden 1950er-Jahre und der aus Kollaboration von Politik und Wirtschaft entstandene Bauwirtschaftsfunktionalismus [1] behandelt. Hinsichtlich der aus dem Verständnis der Moderne heraus entstandenen Entwicklungen ist die Betrachtung von nicht berücksichtigten Grundbedürfnissen aus dieser Zeit immanent.

Darauf bezugnehmend wird erläutert, ob und wie Bürgerinnen initiativ werden und im städtischen Raum auf die vorherrschenden Bedingungen reagieren. Ein spezieller Fokus liegt hierbei auf dem Handlungsumfeld im Bereich des Wohnbaus, des Städtebaus und des urbanen Raumes als zentrales Tätigkeitsfeld der Architektur. In diesem Zusammenhang werden spezielle Handlungsweisen von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgerinnen in der Gegenwart dargestellt.

Den analytischen Teil konterkarierend folgen Stellungnahmen, von zur Zeit in diesem Feld tätigen Akteuren aus den Bereichen der Architektur und Raumplanung. Momentane Entwicklungen und qualitative Erfahrungen werden in diesem Kontext in Form von theoriebildenden Experteninterviews erörtert.

Das Schlüsselthema dieser Arbeit ist die sich rasch entwickelnde Gesellschaft der „Digitalmoderne“ [2], um der Begrifflichkeit und Definition von Hanno Rauterberg

[1] Heinrich Klotz, *Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960 - 1980*, Vieweg, Braunschweig 1987, 3. Auflage, S.34ff

[2] Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage

zu folgen. Im Zentrum liegen demnach die veränderten Handlungsweisen einer digitalisierten Gesellschaft und die sich aus der permanenten Vernetzung ergebenden Möglichkeiten des »urbanen Handelns« einzelner, die binnen kürzester Zeit die Bildung von Interessensgemeinschaften zulassen, jedoch gleichzeitig ob ihrer Flüchtigkeit in der Durchsetzungsfähigkeit limitiert zu bleiben scheinen. Der rapide Wandel von Bedürfnissen verschiedener Gesellschaftsschichten, die Vielfältigkeit von Arbeitsverhältnissen und Lebensentwürfen, die auf Ordnung angewiesene politische Systematik in Verbindung mit wirtschaftlichen Interessen im Bezug auf Stadt und Raum stehen hier im Mittelpunkt.

Resultierend aus dem Netzwerk an Erkenntnissen, dem Zusammenspiel und den Wechselwirkungen der bisher verhandelten Themen auf die für die Architektur relevanten Handlungsfelder steht am Ende ein Strategiepapier mit Möglichkeiten urbaner Handlungsweisen, Initiativen mittels neuer Medien im Rahmen des Social engagements in der digitalen Moderne sowie ein Ausblick auf mögliche Strukturveränderungen im Bereich der Politik und Wirtschaft, als Leitbild für zukünftige Entwicklungen.

Diese Arbeit möchte die Wirkungsweisen, Strukturen und Koherenzen »urbanen Handelns« fragmentarisch erörtern und zu einer zeitgenössischen Darstellung zusammenfügen. Die Aussage dieser Arbeit liegt also nicht in der Formulierung von stringenten Thesen und deren Argumentation, sondern in einer Vernetzung der Begriffe um Partizipation, der Handlungsweisen verschiedenster Akteure im urbanen Raum und deren Interdependenzen. In den letzten beiden Kapiteln verdichtet sich dieses Netzwerk zu einer Aussage über die räumlichen und strukturellen Bedürfnisse der Gesellschaft der digitalen Moderne.

Frei nach Giancarlo de Carlo soll, entgegen der immer noch vorherrschenden Betrachtungsweise, von Architektur als Gestaltungsaufgabe »für« die Nutzerinnen, der Nutzer als Individuum und seine spezifischen Möglichkeiten zur Gestaltung individueller und humanistischer Lebensrealitäten »mit« den Architekten, Planern und Entscheidungsträgern im Zentrum der folgenden Arbeit stehen. [3]

[3] Vgl.: Giancarlo de Carlo, *Architecture's public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S.3ff (S.15) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.87ff)

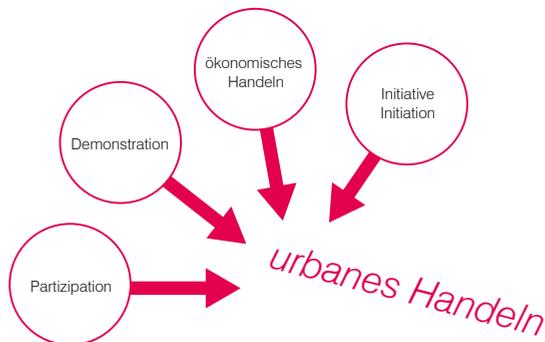
**Wer, was, wie, warum?**



## Partizipation und urbanes Handeln

Unter einer Handlung versteht man im allgemeinen Sprachgebrauch die Ergreifung eines Mittels, um ein besonderes Ziel zu erreichen. Die Handlung setzt also eine Absicht voraus und ist, im Gegensatz zum Verhalten, bewusst motiviert. Max Weber beschreibt das Handeln wie folgt: „Handeln« soll [...] ein menschliches Verhalten (einerlei ob äußeres oder innerliches Tun, Unterlassen oder Dulden) heißen, wenn und insofern als der oder die Handelnden mit ihm einen subjektiven *Sinn* verbinden.“ [4] Als Erweiterung definiert Weber noch den Begriff des »sozialen Handelns«. „Soziales« Handeln aber soll ein solches Handeln heißen, welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten *anderer* bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist.“ [5] In der folgenden Arbeit soll mit diesem Hintergrund im Speziellen auf das Handeln im urbanen Kontext eingegangen werden.

Der Begriff des »urbanen Handelns« soll grundsätzlich alle Aktivitäten der Zivilgesellschaft zur Einflussnahme auf die Stadtentwicklung und Stadtgestaltung umfassen. Darin eingeschlossen ist individuelles Handeln ebenso wie der Zusammenschluss von Bürgerinnen zur Umsetzung überindividueller Interessen.



[4] Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Johannes Winckelmann (Hg.), Mohr Siebeck, Tübingen 2002, 5. Auflage, S.1

[5] Ebd.

Im Kernbereich ist das vorwiegend die »Partizipation«, die Teilnahme an stadtgestaltenden und/oder raumbildenden Prozessen, wie beispielsweise an Beteiligungsprozessen im Wohnbau oder an der Konzeption städtebaulicher Leitbilder. Der Begriff des »urbanen Handelns« umfasst weiters das »initiative Handeln«, im Sinne von eigenständiger Wunschproduktion und der entsprechenden Durch- oder Umsetzung individueller wie gemeinschaftlicher Bedürfnisse. Eine zusätzliche Möglichkeit zur Artikulation ist die »Demonstration«, sie dient als Mittel, gegen ungewollte Entscheidungen wirtschaftlicher und/oder politischer Akteure vorzugehen. Das »ökonomische Handeln« stellt ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Faktor in der Stadtentwicklung dar und ist neben politischer Einflussnahme auch stark marktwirtschaftlich gesteuert. So können über private Investitionen und Ausgaben städtische Gebiete und Stadtteile konzeptioniert und transformiert werden, darunter fallen beispielsweise Themen wie Gentrifizierung oder Zersiedelung.

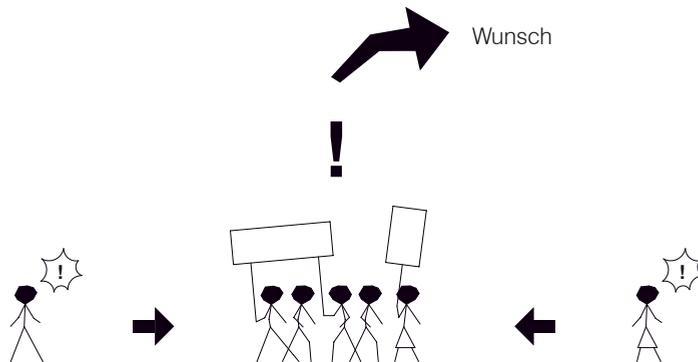
### **Selbstaktive Beteiligungsprozesse**

Die folgende grundlegende Differenzierung von Beteiligungsmechanismen in selbstaktive und aktivierte Prozesse soll im weiteren Verlauf der Arbeit als Referenz für individuelle Verhaltensweisen und die Methoden im Umgang mit Individualinteressen von Nutzerinnen sowie deren Auswirkungen auf die Entscheidungsträger dienen.

Unter selbstaktiver beziehungsweise selbstreferenzieller Bürgerbeteiligung versteht man im Wesentlichen durch individuelle Initiative angeregte Prozesse zur Realisierung persönlicher Wünsche und Bedürfnisse im urbanen Raum. Die Grundlage für selbstaktive Beteiligung ist der natürliche, individuelle Drang zur Mitgestaltung am eigenen Umfeld, die Verbesserung der äußeren Lebensumstände, die Beseitigung von Missständen und Ungleichheiten oder beispielsweise die Anpassung und Justierung in Folge neuer individueller und/oder kollektiver Bedürfnisse im Rahmen gesellschaftlicher Veränderungen. Der Impuls geht dabei immer direkt vom Individuum aus. Der subjektive Gestaltungswille wird artikuliert, um persönliche Bedürfnisse umzusetzen. Erst ab diesem Punkt, also nach der Konkretisierung der Idee im Individuum, kann direkt oder indirekt über die Bildung einer Gemeinschaft versucht werden, die entsprechenden Wünsche umzusetzen.

Einen weiteren wichtigen Parameter stellt die Identifikation des Individuums mit seinem Lebensort dar. Die individuelle Synchronisation des Stadtbewohners mit seiner Lebensrealität wird durch verallgemeinernde Rahmenbedingungen von Politik und Wirtschaft, bei gleichzeitig fehlenden Ressourcen, in meist dichten Stadtgebieten stark erschwert. Individuelle Bedürfnisse werden zugunsten des Gemeinwohles oder im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft aus Kostengründen oft nicht ausreichend berücksichtigt. Diesen Zustand kann man als »Out of sync« mit der gebauten Umwelt beschreiben. Für die Architektur stellt sich damit die Frage, ab wann Nutzerwünsche, eventuell sogar zulasten übergeordneter Interessen, zu berücksichtigen sind beziehungsweise welche Mittel zum Austausch und zur Kommunikation

mit den Nutzerinnen und Nutzern Verwendung finden können. Neue Technologien, speziell Social Media Plattformen, ermöglichen so eine neue Zusammensetzung von flüchtigen, dem Wunsch untergeordneten Gemeinschaften – Zweckgemeinschaften durch gemeinsame Bedürfnisse vereint. Eine Gemeinschaft kann damit, parallel zu einer von Peter Sloterdijk genannten „Erlebnisgesellschaft“, zusammengehalten von „Makro-Interieurs und urbanen Versammlungsarchitekturen“ [6], von innen heraus über die individuelle Berücksichtigung von Wünschen und Bedürfnissen, einen Mikrokosmos der alltäglichen Zugehörigkeit formulieren. Solcherart dynamische Entwicklungen stoßen jedoch meist bei der Berücksichtigung im Realisierungsverfahren an ihre Grenzen, da von Seiten der Entscheidungsträgerinnen keine probaten Mittel zur Einbindung von Individualinteressen bestehen und die Kommunikations- und Planungsabläufe dieser Dynamik schwer folgen können. Selbstaktivität als Mittel einer pluralistischen Individuengesellschaft, infolge unberücksichtigter Wünsche und Bedürfnisse durch Entscheidungsträger, als Mittel zur individuellen Verortung im Stadtraum und zur Identifikation der Stadtbewohner mit der Umwelt. Diverse Aktionen, wie die Organisation des *park(ing)day* [7] oder die Initiativen von *the better block* [8], zeugen von solchen Tendenzen.



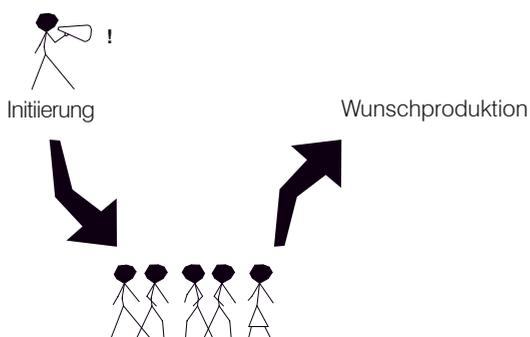
[6] Peter Sloterdijk, *Sphären. Plurale Sphärologie Band III. Kapitel 2. Indoors: Architekturen des Schaumes*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2004, S.604f

[7] Anm.: <http://parkingday.org>, abgerufen 24.08.2015

[8] Anm.: <http://betterblock.org>, abgerufen 24.08.2015

## Entwicklung von aktivierter Bürgerbeteiligung

Die zweite Grundform der Integration von Bewohnerinnen und Nutzern in stadt- und raumgestaltende Prozesse stellt die »aktivierte Bürgerbeteiligung« dar, die Partizipation an Entscheidungs- oder Mitbestimmungsprozessen mittels Initiierung und Steuerung von außen. Im Gegensatz zur selbstaktiven Beteiligung entsteht ein individueller Wunsch, das Bedürfnis nach Teilhabe, durch einen äußeren Anstoß, eine Identifizierung mit einem bestimmten Thema oder durch Einladung, beispielsweise an stadtplanerischen Entscheidungen, zu partizipieren. Geprägt sind aktivierte Beteiligungen in vielen Fällen durch konkrete Organisation und einer Top-down Struktur. Die Haltung der Initiatoren und der Organisatoren impliziert dabei die Art der Beteiligungsstruktur. Der Vorteil gegenüber selbstaktiver Beteiligung ist das klar definierte Thema, das durch die Initiatoren vorstrukturierte und gemeinschaftlich zu verfolgende Anliegen. Durch die Einigung auf einen Zweck oder ein Problem ist die Beteiligungsgemeinschaft stabiler, und gemeinsam gesetzte Ziele können so eher erreicht werden. Die Offenheit und die Tiefe der Teilhabe hängen von der Art des Beteiligungsverfahrens und von den Initiatoren respektive den Akteuren und Partnern ab.



Sollten sich Wünsche oder Bedürfnisse einzelner während des Beteiligungsverfahrens signifikant verändern, so ist eine Korrektur der Ziele – zum Beispiel in öffentlichen Verfahren wie die von der Gemeinde Wien eingesetzte Mietermitbestimmung [9], die von Ottokar Uhl 1987 proklamiert [10] und 1989 tatsächlich, wenn auch in abgeschwächter Form, eingeführt wurde – bei kommunalen Wohnbauprojekten schwer möglich, da diese Formen der Beteiligung meist objektspezifisch organisiert und durch lange Vorlaufphasen geprägt sind.

Mitbestimmung kann allerdings unbegrenzt ausgeweitet werden, wie viele Projekte aus der Vergangenheit und Gegenwart zeigen. Als Beispiel sei hier das Projekt Wo-

[9] Anm.: Stadt Wien - Wiener Wohnen (Hg.), *Mitbestimmungsstatut*, Domus Verlag, Wien 2015, <https://www.wienerwohnen.at/mieterin/lebenimgemeindebau/mietermitbestimmung.html>, abgerufen 26.03.2015

[10] Vgl.: Kurt Freisitzer, Robert Koch, Ottokar Uhl, *Mitbestimmung im Wohnbau. Ein Handbuch*, Picus Verlag, Wien 1987, S.37

luwé - U.C.L., la MéMÉ - Faculté de médecine in Brüssel von Lucien Kroll aus dem Jahr 1972 erwähnt. Hierbei wurde der partizipative Gestaltungsprozess durch Entkopplern von bautechnischen Entscheidungen mittels eigens entwickelter CAD-Elemente [11] bis zuletzt offen gehalten und sowohl zukünftigen Nutzern wie auch den Arbeitern auf der Baustelle weitreichende Kompetenzen in der Gestaltung zugesprochen.

Diese Formen laufen Gefahr obsolet zu werden und Bürgerinnen zu instrumentalisieren, wenn von den Initiatoren nicht auf ernstzunehmende Mitbestimmung und persönliche Bedürfnisse berücksichtigende Strukturen gesetzt, sondern wie es Klaus Selle beschreibt, der Erfolg von Beteiligung an quantitativer Resonanz gemessen wird [12]. Ebenso für die Nutzerinnen unbefriedigend können sich sogenannte Parallelprozesse auswirken, „[...] wenn im Hintergrund die Entscheidungen weiter gefällt werden wie bisher [...]“ [13].

### **Strategisches Handeln mit kunsthistorischen Wurzeln**

Im Folgenden soll aufbauend auf die Systematik von aktivierter Bürgerbeteiligung die Strategie beziehungsweise die strategische Komponente in partizipativen Prozessen näher untersucht und die Herkunft in einen künstlerischen Kontext, speziell der Aktionskunst der 1960er-Jahre, gestellt werden.

Die Strategie ist laut Brockhaus ein „[...] Begriff für die geplante, zielgerichtete Bereitstellung und koordinierte Anwendung aller politisch-diplomatischer, wirtschaftlicher, technologischer und wissenschaftlich-geistigen Kräfte eines Staates [...]“ [14]. Taktik hingegen ist die „[...] Kunst der Aufstellung [...]“, ein „[...] auf genauen Überlegungen im Hinblick auf Zweckmäßigkeit und Erfolg beruhendes planmäßiges Vorgehen; berechnendes, zweckbestimmtes Verhalten.“ [15] Strategie ist somit der (längerfristige) Plan des Vorgehens, die Taktik hingegen ein (kurzfristiges) planmäßiges Vorgehen, ein bewusstes Verhalten. Zeit und Ort sind dementsprechend elementare Parameter der Definition dieser beiden Begriffe.

Diese führt Michel de Certeau detaillierter aus. Als »Strategie« bezeichnet er: „[...] eine Berechnung von Kräfteverhältnissen, die in dem Augenblick möglich wird, wo ein mit Macht und Willenskraft ausgestattetes Subjekt (ein Eigentümer, ein Unternehmen, eine Stadt, eine wissenschaftliche Institution) von einer »Umgebung« abgelöst werden kann. Sie setzt einen Ort voraus, der als etwas Eigenes umschrieben werden kann und somit Basis für die Organisation seiner Beziehung zu einer be-

[11] Anm.: Lucien Kroll, *CAD-Architektur. Vielfalt durch Partizipation*, Müller, Karlsruhe 1985

[12] Vgl.: Klaus Selle, *Particitainment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, S.2, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particitainment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf), abgerufen 16.02.2015

[13] Ebd. S.6

[14] Brockhaus Enzyklopädie, *Bd. 21. Sr - Teo*, Brockhaus GmbH, Mannheim 1993, 19. Auflage, S.306

[15] Ebd. S.593

stimmten Außenwelt (Konkurrenten, Gegner, ein Klientel, Forschungs- »Ziel« oder »Gegenstand«) dienen kann. Die politische, ökonomische oder wissenschaftliche Rationalität hat sich auf der Grundlage dieses strategischen Modells gebildet.“ [16] Die Taktik hingegen ist „[...] ein Kalkül, das nicht mit etwas Eigenem rechnen kann und somit auch nicht mit einer Grenze, die das Andere als eine sichtbare Totalität abtrennt. Die Taktik hat nur den Ort des Anderen. Sie dringt teilweise in ihn ein, ohne ihn vollständig erfassen zu können und ohne ihn auf Distanz halten zu können.“ [17] Das taktische Handeln als Aktionsform, innerhalb eines unveränderlichen Systems, die oktroyierte Passivität zu durchbrechen? Die *autonome a.f.r.i.k.a. Gruppe* geht davon aus, dass Taktiken erst dann wirken und gesellschaftliches Handeln nach sich ziehen, „[...] wenn sie sich nicht mehr als vereinzelt, individualisierte und weitgehend unbewusste Handlungen in den Netzen der Strategie einrichten, sondern sich zu einer bewussten und kollektiven Vorgehensweise verbinden.“ [18]

Wenn die Bevölkerung nun aktiv am Stadtgestaltungsprozess teilnimmt, wenn die Bewohner nicht ausschließlich Konsumenten sind, sondern zu Produzenten ihres Raumes werden, setzt das möglicherweise auch eine Verschiebung der urbanen Handlungsweisen der Einzelnen, von vorwiegend taktischem, innerhalb eines vorherrschenden Systemes der Macht agierend und es solcherart indikativ modulierend, zu strategischem Handeln, im Sinne von zivilgesellschaftlich, systemkonfigurierendem Handeln, in Gang, da die Bevölkerung den urbanen Raum als den ihren versteht und, entsprechend der Definition von Michel de Certeau, einen Ort hat, den es expansiv auszuweiten, zu gestalten und zu verteidigen gilt. Das soll als Grundlage dienen, die Zivilgesellschaft in den Kreis der Akteure des Stadtentwicklungs- und Stadtgestaltungsprozesses aufzunehmen.

Initiativen wie das Community Organizing oder das Social Action Organizing, die „[...] Organisationsarbeit in Stadtteilen, Städten, Gemeinden oder Regionen [...]“, stützen sich auf ähnliche Handlungsweisen und können als Wegbereiter dieser Transformation gesehen werden. „Durch den Aufbau von Beziehungen und einer Kultur der Selbstbestimmung und demokratischer Entscheidungsfindung, werden BürgerInnen darin unterstützt, gemeinsam zu handeln und zur Lösung von Problemen in ihrem Umfeld beizutragen“ [19]. Auch Saul Alinsky, Bürgerrechtler und Gründer der *Industrial Areas Foundation* [20], stützte sich in den 1950er-Jahren im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung in Amerika auf solcherart strategische Beteiligungsverfahren, um dann punktuelle und in weiterer Folge gesamtgesellschaftliche Änderungen zu erwirken. Als Beispiel dient hier ein Interviewauszug von Saul Alinsky mit Eric Norden, im *Playboy* aus dem Jahr 1972:

[16] Michel de Certeau, *Kunst des Handelns*, Merve Verlag, Berlin 1988, S.23

[17] Ebd.

[18] autonome a.f.r.i.k.a. gruppe, Luther Blissett, Sonja Brünzels, *Handbuch der Kommunikationsguerilla*, Assoziation A, 5. Auflage, S.31

[19] Ulrike Schumacher, *COMMUNITY ORGANIZING*, [http://www.partizipation.at/community\\_organizing.html](http://www.partizipation.at/community_organizing.html), abgerufen 09.03.2015

[20] Anm.: „Die Industrial Areas Foundation ist der Dachverband von Bürgerorganisationen in den USA, die nach der Methode des Community Organizing arbeiten. Sitz der Organisation ist Chicago.“, [http://de.wikipedia.org/wiki/Industrial\\_Areas\\_Foundation](http://de.wikipedia.org/wiki/Industrial_Areas_Foundation), abgerufen 09.03.2015

„Wir beschlossen, jeden Samstag, am umsatzstärksten Einkaufstag der Woche, Busse zu mieten und ungefähr 3000 Schwarze von Woodlawn zu diesem Kaufhaus im Zentrum zu bringen, alle in ihrem Sonntagsstaat. Nun, wenn man 3000 Schwarze in eine Etage eines Kaufhauses hineinlässt, selbst in einem so großen Laden, ändert sich auf einmal die Farbe des gesamten Kaufhauses: Jeder Weiße, der durch die Drehtüren kommt, wird auf einmal denken, er sei in Afrika. So würden sie einige ihrer weißen Kunden schon direkt an der Tür verlieren. Aber das war nur der Anfang. Für arme Leute ist Einkaufen eine zeitraubende Angelegenheit, weil wirtschaftliche Dinge für sie von ungeheurer Wichtigkeit sind und sie immerzu Preise und Qualität vergleichen und bewerten. Das bedeutete, dass man an jedem Verkaufstresen Gruppen von Schwarzen haben würde, die die Waren genau beäugten und den Verkäuferinnen endlose Fragen stellen würden. Selbstverständlich würde niemand von unseren Leuten auch nur ein einziges Produkt kaufen. Es gäbe Situationen, in denen eine Gruppe die Hemdenabteilung lahmlegen und dann die Unterwäscheabteilung erobern würde, während die Gruppe, die vorher die Unterwäsche belagerte, dann den Hemdentresen übernehme. Jeder wäre natürlich sehr freundlich und höflich; wer würde denn schließlich behaupten, dass sie keine echten potenziellen Kunden wären? So würde man bis eine Stunde vor Ladenschluss vorgehen, dann würden unsere Leute anfangen, alles in Sichtweite zu kaufen und es per Nachnahme anliefern zu lassen. Das würde den Lieferservice mindestens zwei Tage lang lahmlegen, mit zusätzlichen hohen Kosten und administrativen Problemen, weil alle Käufe bei Anlieferung wieder zurückgehen würden. Als der Plan beschlossen war, ließen wir ihn zu einem der Lockvögel durchsickern, die jede radikale Bürgerplattform als direkten Draht für die Übertragung von sorgfältig ausgewählten Informationen zum Gegner braucht, und das Ergebnis kam umgehend. Am Tag, nachdem wir die Anzahlung für die Busmiete geleistet hatten, rief uns die Geschäftsleitung des Kaufhauses an und gab all unseren Forderungen nach; über Nacht öffneten sie fast 200 Jobs für Schwarze, sowohl im Verkauf als auch auf Verwaltungsebene, und die anderen Läden folgten schnell dem Beispiel. Wir hatten vollständig gewonnen, und das durch eine Taktik, die, wenn sie ausgeführt worden wäre, vollkommen legal und unwiderstehlich gewesen wäre. Tausende von Leuten hätten »shopping« gemacht und die Polizei wäre total machtlos gewesen.“ [21]

Das strategische Denken des Initiators sowie das taktische Vorgehen der Betroffenen verdeutlichen in diesem Beispiel den durch gemeinschaftliches Handeln vergrößerten Einfluss. Mit der Bürgerrechtsbewegung, dem Community Organizing und dem Social Action Organizing werden für Gruppen wichtige gesellschaftliche Ziele umgesetzt. Saul Alinsky erreicht über die Beteiligung einer gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppe eine Umsetzung seiner Zielvorstellungen, in diesem Fall den uneingeschränkten Zugang von Afroamerikanern zu Kaufhäusern. Dieser Initialprozess wird weitere Aktionen zur Folge haben und gesamtgesellschaftliche Wirkung erzielen.

Ob die Beteiligung letztendlich, wie im geschilderten Fall, reale Vorteile für die Gruppe bringt, ist nicht festgeschrieben. Da die Vorgangsweise von Initiatorinnen definiert ist und nicht wie in der selbstaktiven Beteiligung das Individuum selbst die Realisierung von Wünschen vorantreibt, kann auch ausschließlich der Initiator oder eine dahinterstehende Interessensgruppe alleinig begünstigt bleiben. Eine zen-

[21] Saul Alinsky, *Rebell trifft „Playboy“*, in Leo Penta (Hg.), *Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt*, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2007, S.32f

trale Position nehmen somit die Initiatoren ein, sie definieren die Ziele und sind für den Handlungserfolg maßgeblich. Je nach Beteiligungsform, ob Bottom-up, also von der Bevölkerung ausgehende, oder Top-down von den Entscheidungsträgerinnen initiierte Verfahren, sind die Intentionen und Zielvorstellungen unterschiedlich zu bewerten.

Im momentanen Fachdiskurs in der Architektur ist im Bezug auf die von den Entscheidungsträgern initiierte Variante oft von Bürgerberuhigung und Bürgerbefriedigung die Rede [22], meint dazu Klaus Selle, Architekt, Stadtplaner und Inhaber des Lehrstuhles für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen. Diese Unterstellung trifft, obgleich sehr häufig, nicht auf alle partizipativen Verfahren zu. So muss zum Beispiel die Bestrebung der Stadt Wien, einen „Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung“ [23] zu erstellen und mehr Mitbestimmung in die Stadtplanung zu integrieren, sicher als richtiger Schritt gewertet werden, wenngleich eine Selbstverpflichtung von Seiten der Stadt keineswegs einer gesetzlichen Verankerung von Mitbestimmung im kommunalen sowie privaten Wohnbau oder in der Stadtplanung und besonders in der Formulierung von öffentlichem Raum entspricht. Strategische Beteiligungsverfahren, die Beteiligungsform und die Initiatoren sind folglich kritisch zu hinterfragen.

Die strategische Beteiligung, im Besonderen im urbanen Kontext, als Form des »urbanen Handelns«, ist stadtgestaltendes Instrument und kann wie vorher beschrieben auch aus der historischen Entwicklung diverser Bürgerbewegungen hergeleitet werden. Wenn man davon ausgeht, dass die heutigen Initiatoren einer Vielzahl von Partizipationsprozessen die vormaligen Adressaten von Bottom-up gerichteten Initiativen waren, hat sich in der jüngeren Vergangenheit eine Art Umkehr der Organisationsrichtung ergeben. Entscheidungsträgerinnen, besonders die Stadtverwaltung und Stadtplanungsbehörden, machen sich solcherart Verfahren zunutze, um eine kritische Menge an Menschen für bestimmte Projekte zu begeistern und gegebenenfalls für die Planer einen für die Umsetzung relevanten Input zu generieren. Diese Methoden sind grundsätzlich nicht abzulehnen, da sie bei ausreichender Berücksichtigung der Beteiligten ein hohes Maß an Identifikation mit dem Projekt erzeugen können, im besten Fall werden von den Stadtbewohnern sogar neue Räume erschlossen, die vorher nicht vorgesehen oder sichtbar waren. Eine Gefahr sieht Klaus Selle dabei darin, den Menschen zu viel zu versprechen. „Sie scheinen Einfluss zu haben, ernst genommen zu werden. Große Fragen stehen zu gemeinsamer Erörterung an. Das machen nicht nur Plakate und Presseankündigungen deutlich. Auch die Moderatorinnen und Planer versichern in den Werkstattgesprächen, Bürgerversammlungen etc. [sic] wie wichtig ihnen die Meinung der Bürgerinnen und Bürger ist. Alles werde dokumentiert und könne einfließen.“ [24] Pilotprojekte der Stadt

[22] Klaus Selle, *Particitainment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, S.1f, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particitainment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf), abgerufen 16.02.2015

[23] Anm.: Stadt Wien, *Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung*, derzeit noch unveröffentlicht, <https://masterplan-partizipation.wien.gv.at/site>, abgerufen 24.08.2015

[24] Klaus Selle, *Particitainment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, S.2, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particitainment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf), abgerufen 16.02.2015

Wien, wie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Planung des Nordbahnhofareals [25], sind ein wichtiger Impuls. Eine für die Projektgröße angemessene und stadtsoziologisch aussagekräftige Reichweite an Beteiligten und eine damit verbundene Rechtfertigung erlangen sie jedoch meist nicht. So fühlen sich die Projektträger diesen vage erzeugten Leitbildern auch nicht maßgeblich verpflichtet oder „[...] der Entwickler des Schlüsselgrundstücks, das im Mittelpunkt des Planes stand, wirft das Handtuch, verkauft. Der neue Eigentümer fühlt sich an nichts mehr gebunden – und legt großen Wert darauf, die zukünftigen Investitionen an kompetenter Stelle zu besprechen. Denn: sowas gehört nicht in die Öffentlichkeit.“ [26] „Die Bürgerschaft wurde motiviert, interessiert und intensiv eingebunden. Und aus alledem resultiert – nichts. Das wunderschöne »open source-Verfahren«, die lebendige Zukunftskonferenz, das World-Cafe, das allen in bester Erinnerung blieb – was ist aus den dort erarbeiteten Inhalten geworden? In der Dokumentation zum Konzept wurden sie noch umfassend und bilderreich dargestellt. Aber schon kurze Zeit nach Drucklegung dienen sie nur mehr als Erfolgsnachweis des Moderatorenteams.“ [27] Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die Entscheidungsträger und nachfolgende Mitbestimmungsprojekte. Bürgerinnen müssen nach derartigen Rückschlüssen wieder für Partizipation motiviert und, noch schwieriger, die zerbrochene Vertrauensbasis muss wiederhergestellt werden.

Bottom-up gerichtete Beteiligungsinitiativen sind eher dem individuellen Ziel, einem zu erringenden Mehrwert verpflichtet. Die Strategie wird zum gemeinschaftsbildenden Faktor. Damit geht ein fast spiritueller Impuls einher, der zum Umdenken anregt und im Idealfall neue Denk- und Sichtweisen eröffnet. Darunter zu verstehen sind unter anderem gemeinschaftlich initiierte Bauvorhaben wie Baugruppen sowie private Initiativen, die sich der Entwicklung öffentlichen Raumes annehmen, oder Architekten, die neue Beteiligungsgruppen mittels konkreter Realisierungsvorschläge bilden, wie zum Beispiel Fritz Matzinger mit dem Projekt „Gugl Mugl“ [28] in der Kapuzinerstraße in Linz verdeutlicht.

Die Ziele, im urbanen Raum eine Veränderung oder eine Verbesserung zu erreichen, teilen dabei beide Formen, Bottom-up wie Top-down. Die Verbesserungen der Wohnqualität und des öffentlichen Raumes, das Entgegenwirken der Zersiedelung in suburbanen Bereichen oder die Verbesserung von Infrastruktur und der Verkehrserschließung der Stadt stehen im Zentrum. Private Initiativen wie die des

[25] Anm.: „Am Nordbahnhof entsteht ein neuer Stadtteil. Das war Anlass, das städtebauliche Leitbild von 1994 zu aktualisieren. 2012 wurde ein EU-weiter, städtebaulicher Ideenwettbewerb durchgeführt, mit dem Ziel, eine optimale Bebauungs- und Freiraumstruktur für das zu entwickelnde Gebiet zu finden. Auf Basis des Siegerprojektes von STUDIOVLAY, AGENCE TER und Verkehrsplanung Käfer (Planungsteam) startete im Mai 2013 der Prozess zum städtebaulichen Leitbild. Im März 2014 wurde das gemeinsam mit Fachexpertinnen und -experten sowie den Bürgerinnen und Bürgern entwickelte städtebauliche Leitbild in der Stadtentwicklungskommission (STEK) in einem Beschluss zur Kenntnis genommen. Derzeit ist ein Handbuch zum Leitbild in Ausarbeitung.“, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/leitbilder/nordbahnhof/index.html>, abgerufen 09.03.2015

[26] Klaus Selle, *Particitainment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, S.3f, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particitainment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf), abgerufen 16.02.2015

[27] Ebd. S.4

[28] Anm.: Projekt „Gugl Mugl“, Architekturbüro Matzinger, Bewohnerverein: Gugl Mugl, Bauträger: GIWOG, Bauzeit: 1999 - 2000, Grundstücksgröße: 8.767 m<sup>2</sup>, ausgebaute Wohnfläche: 3.679,91 m<sup>2</sup>, GFZ= 0,62, <http://matzinger.at/projekte/ls/LP17%20Gugl%20Mugl,12009>, abgerufen 24.08.2015

*park(ing)day* [29] drängen dabei mit taktischen Maßnahmen auf einen Rückgang des Individualverkehrs. Über eine fast künstlerische Auseinandersetzung mit dem Straßenraum werden dabei jährlich am dritten Freitag im September in verschiedenen Städten auf der ganzen Welt Parkplätze, ganz im Sinne der Situationisten, zweckentfremdet und zu »public Spaces« transformiert.

Die Taktik im Beteiligungsverfahren ist hierbei gleichsam strategisches Handeln der gesamten Gruppe. Die Ziele können dabei ebenso vielfältig sein wie die Interessen der Initiatoren, und so vielfältig die Projekte sind, so unterschiedlich sind die Methoden. Sie reichen von einfachen Bürgerbefragungen bis zur umfassenden Partizipation am Gestaltungsprozess.

In den 1960er-Jahren entstehen aus dem Bedürfnis, die als einengend empfundene Haltung der Moderne abzustreifen und den Menschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Handlungs- und Gestaltungsmacht zurückzugeben, diverse Methoden der Mitbestimmung. Christopher Alexander, Mitbegründer des *Design-Methods-Movement*, entwickelt 1977 die „Pattern Language“ [30]. Mittels einer systematischen Gliederung von Entwurfsmustern soll den Entwicklern eine einheitliche Sprache für Fragen, Probleme und Lösungen in der Architektur zur Verfügung gestellt werden. Wo sich Christopher Alexander noch eher an die Professionisten richtet, drängt Giancarlo de Carlo, Architekt und emeritierter Professor der Universität Venedig, hingegen auf eine gänzlich prozessoffene Gestaltung und Entwicklung von gebauter Realität. Jeder kann und soll den Prozess beeinflussen, denn „[...] die Architektur ist zu wichtig, um sie den Architekten zu überlassen“ [31].

*„So lange eine Gruppe von Menschen im physischen Raum existiert, wird die physische Organisation des Raumes nicht nur ein existenzielles Grundbedürfnis sein, sondern als materialisiertes System der Selbstdarstellung auch das direkteste und konkreteste Mittel der Kommunikation. Im Übrigen liegt der hauptsächlichliche Daseinsgrund der Menschen in dieser Phase ihrer Evolution in ihrer Bestimmung, ihre Umwelt willentlich und bewusst umzugestalten.“* [32]

Darüber hinaus sieht er den Entwicklungsprozess nicht mit der Übergabe des Gebäudes an die Nutzer abgeschlossen, vielmehr sollen während der Nutzung Fehler der Planung weiter behoben werden [33]. In dieser Tradition kann auch Ottokar Uhl gesehen werden, der z.B. mit seinem Haus für Kinder die zukünftigen Nutzerinnen stark am Entwurfs- und Realisierungsprozess beteiligt. Die Mitbestimmung im Planungsprozess ist weiters ein maßgebliches Instrument, Entscheidungen nicht ausschließlich entkoppelt von den Betroffenen zu fällen, sondern im Rahmen gesellschaftlicher Möglichkeiten Konsens zu erzielen – zum einen möglicherweise eine

[29] Anm.: <http://parkingday.org>, abgerufen 24.08.2015

[30] Anm.: Christopher Alexander, *A Pattern Language: Towns, Buildings, Construction*, Oxford Univ. Pr., New York 1977

[31] Giancarlo de Carlo, *Architecture's public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S3ff (S.13) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S 87ff)

[32] Ebd. S.13

[33] Vgl.: Ebd. S.17

Befriedungsstrategie, aber auch, wie vorher erwähnt, eine Möglichkeit der Stadtbewohner, die Identifikation mit dem Stadtraum herzustellen und sich mit ihrer gebauten Umgebung zu synchronisieren.

Bürgerbeteiligung kann nicht nur als harmonisierendes Mittel eingesetzt werden, sondern schließt auch widerständiges Handeln gegenüber schon beschlossenen Entscheidungen mit ein. So können Bottom-up Initiativen in der Tradition der Bürgerrechtsbewegung zum Beispiel Druck auf die Verwaltung ausüben. In Protesten, wie den Montagsdemonstrationen gegen das Bahnhofs-Großprojekt Stuttgart 21, werden die Projektverantwortlichen mit öffentlichem Druck aufgefordert, getroffene Entscheidungen zurückzunehmen. Nachträglich installierte Top-down Beteiligungsverfahren erzielen hingegen meist keinen zufriedenstellenden Konsens mehr. An dieser Stelle sei auch auf die Vorgehensweise der Stadt Wien bei der Umsetzung des Projektes Mariahilferstrasse [34] verwiesen: Erst als spürbarer Widerstand von Seiten der Anrainer und der Kaufleute gegen die geplante Fußgänger- und Shared space Zone aufgebaut wurde, hat sich die Stadtregierung bei laufender Planung zu Bürgerbefragungen entschlossen. Kostenintensive Informationskampagnen und Planungsverzögerungen waren die Folge. Bei rechtzeitiger Einbindung der Betroffenen hätten so vermutlich erhebliche Mehrkosten gespart und unter anderem medial ausgetragene Streitigkeiten vermieden werden können.

Wichtig ist, zwischen dem System, der Strategie der Initiatoren, der Beteiligungsform und der angewendeten Methode der Umsetzung in architektonischen Prozessen zu unterscheiden. Die Adressaten von Beteiligungsprozessen können sowohl die Entscheidungsträger als auch die Nutzer sein. Bottom-up Initiativen als Instrument Entscheidungsträger zu beeinflussen und Top-down Methode, um Entscheidungen möglicherweise mittels „Beteiligungskulisse“ zu legitimieren, wie Klaus Selle in seinem ersten Resümee, bemerkt [35]. Probleme mit der gebauten Umgebung, also dem gebauten Raum, folglich im Einflussbereich architektonischer Aufgabenstellungen liegend, können nicht ohne die Berücksichtigung gesellschaftlicher Prozesse und politischer sowie wirtschaftlicher Zusammenhänge gelöst werden. Die Betrachtung historischer Entwicklungen kann zusätzlichen Aufschluss über zeitgenössische Phänomene in der Stadtgestaltung und Stadtentwicklung und der Architektur im Allgemeinen geben. Giancarlo de Carlo hinterfragt in diesem Zusammenhang die Elitenposition von Architektur und konstatiert: „Sobald die Probleme des »Wie« in neutraler Art und Weise verfolgt werden, verliert sich die Erinnerung an die Probleme des »Warum.«“ [36]

Wie wird Partizipation gemacht? Der Vorgang, die Methodik, am Beispiel der Herangehensweise der *Baupiloten BDA* um deren Initiatorin Susanne Hofmann, über individuelle atmosphärische Darstellungen des späteren Nutzers und durch Beteili-

[34] Anm.: <http://www.dialog-mariahilferstrasse.at>, <http://www.wien.gv.at/verkehr/strassen/bauen/grossprojekte/mariahilferstrasse.html> (Siehe auch: <http://derstandard.at/2000010381736/Pruefbericht-zur-neuen-MahueAusschreibung-vor-Buergerbefragung>), abgerufen 24.08.2015

[35] Klaus Selle, *Participatiment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND| online, S.11f, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particitainment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf), abgerufen 16.02.2015

[36] Giancarlo de Carlo, *Architecture's public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S.3ff (S.8) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.87ff)

gung der betroffenen Anwohner, einen Gestaltungshinweis zu bekommen, die Nutzer in das Zentrum des Entwurfsprozesses zu stellen, so eine qualifizierte Aussage über Wünsche und Bedürfnisse zu erhalten und darüber hinaus eine neue Form der Raumwahrnehmung bei den Beteiligten zu erzeugen, diese Vorgehensweise sei als Annahme, in ihren Grundzügen vergleichbar mit den Kunstvorstellungen des Aktionismus, spezieller mit der Fluxus-Bewegung und ähnlich der des Happenings. Es werden von Künstlerinnen Rahmenbedingungen definiert und die Beteiligten generieren mittels Partizipation am künstlerischen Prozess eine übergeordnete, nicht vorhersehbare Aussage. Der vormalig ausschließliche Adressat von Kunst macht letztlich selbst die Kunst, ist Bestandteil des Kunstwerdungsprozesses.

*„1919 gab Marcel Duchamp seiner Schwester die Anweisung, sie solle ein Geometriebuch an einem Faden auf dem Balkon aufhängen, so dass der Wind das Buch durchblättern, sich seine eigenen Probleme aussuchen, die Seiten umwenden und herausreißen könne. Die Gestalt dieses Readymademaalhereux, wie Duchamp die Instruktion bezeichnete, war folglich einem ständigen Prozess der Veränderung unterworfen. Wie bei seinen übrigen ready-mades werden auch bei dieser Arbeit die bis dahin klaren Grenzen zwischen der Produktion und der Rezeption von Kunst durchlässig. Die Vorstellungen von Original und Autorschaft des Künstlers treten in den Hintergrund zu Gunsten einer Auffassung, die die Beteiligung des Betrachters an der Entstehung des Kunstwerks in bis dahin ungekannter Deutlichkeit betont.“ [37]*

Joseph Beuys und andere Anhänger der Fluxus-Bewegung vertraten und vertreten die Auffassung einer Konzeptkunst, die, der Kunst der Eliten entgegenstehend, eine Einheit von Leben und Kunst erzeugt. Emmett Williams´ gewinnende Aussage dazu: „Das Leben ist ein Kunstwerk, und das Kunstwerk ist Leben.“ [38] Joseph Beuys proklamiert das in seiner Aussage: „Jeder Mensch ist ein Künstler“ [39] und, dass, als „[...] Voraussetzung für das Werden einer Skulptur, [...] zuerst eine innere Form im Denken und Erkennen zustande käme und diese dann ausgesprochen werden könne in der Prägung des materiellen Stoffes, eines festen Stoffes [...]“ [40].

Die Beteiligung löst eine Auseinandersetzung mit der betreffenden Thematik aus, welche die Wahrnehmung und das Bewusstsein erweitern soll. Mit dem Begriff der „Sozialen Plastik“ [41] überlässt Beuys den Produktionsprozess gänzlich der Gesellschaft. Die einstigen Rezipienten erlangen die Gestaltungs- und Handlungsmacht wieder, und jeder Mensch kann so, durch kreatives Handeln, zum Gemeinwohl bei-

[37] Astrid Wege, *Partizipation*, in Hubertus Butin (Hg.), *DuMonts Begriffslexikon zur zeitgenössischen Kunst*, DuMont Buchverlag, Köln 2006, S.236f

[38] Volker Schmidt, *Kaputt gemacht, kaputt gelacht*, in ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/kultur/kunst/2012-09/fluxus-50-jahre>, abgerufen 09.03.2015

[39] Joseph Beuys, *Sprechen über Deutschland: Rede vom 20. November 1985 in den Münchner Kammerspielen*, FIU Verlag, Wangen 2002, S.13

[40] Ebd. S.11

[41] Barbara Lange, *Soziale Plastik*, in Hubertus Butin (Hg.), *DuMonts Begriffslexikon zur zeitgenössischen Kunst*, DuMont Buchverlag, Köln 2006, S.276f

tragen [42]. Diese Theorie wird von Joseph Beuys in der Aktion „7000 Eichen – Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung“ [43] für die Dokumenta 1982 in Kassel klar umgesetzt. „So wolle es der erweiterte Kunstbegriff: Raus aus der Nische, 7000 Eichen pflanzen und Honig in die Politik pumpen.“ [44]

In verschiedenen Partizipationstheorien werden ähnliche Vorgehensweisen propagiert. Der zum Rezipienten verdamnte Stadtbewohner, der Empfänger von Architektur in Form von gebauter Umwelt, wird wieder zum Gestalter seiner eigenen Lebensrealität, entweder durch Selbstermächtigung oder durch Ermächtigung mittels moderierter Beteiligungsverfahren. Im Unterschied zur Aktionskunst ist das Ziel nicht das Kunstwerk, sondern der architektonische und vor allem soziale Mehrwert. Der Initiator ist nicht der Künstler, sondern der Architekt oder der Nutzer selbst. Das übergeordnete Ziel, einen gesellschaftsprägenden Einfluss zu erwirken, Entscheidungsträger zu beeinflussen beziehungsweise Verwaltungs- und Verfahrensweisen zu ändern, haben Kunst und vor allem die Bottom-up Partizipation weitgehend gemeinsam. In den Happenings der 1960er-Jahre kommt ein ähnlicher Zugang zum Ausdruck, wenngleich die Wirkung eher den Happeningteilnehmern vorbehalten ist, als dass eine gesellschaftlichen Veränderung generiert werden soll.

Ohne gedankliche Aufbereitung durch die Kunst der 1960er-Jahre, würden heutige Theoriendebatten über Mitbestimmung und »urbanes Handeln« anders geführt. Dem vorangegangen waren Ideologien, wie etwa die der Situationistischen Internationale um Guy Debort, die Aktion, die Handlung ins Zentrum der Wahrnehmung zu stellen. Das Dérive, das ziellose Umherschweifen oder Driften, diente „[...] zur Untersuchung des städtischen Raumes, um Grundlagen für die Kritik der Stadtplanung und Vorschläge für ihre unmittelbare oder zukünftige Verbesserung zu formulieren.“ [45]

Die Kunst hat den Commonsense partizipativer Gestaltungsprozesse maßgeblich mitformuliert. Das Vorgehen Handelnder erster Stunde, wie etwa Ottokar Uhl und Luzien Kroll, kann, in diesem Kontext betrachtet, besser nachvollzogen werden. Die Kreativität der Stadtbewohner wird von ihnen genutzt und nicht als Hindernis verstanden.

[42] Vgl.: Joseph Beuys, *Sprechen über Deutschland: Rede vom 20. November 1985 in den Münchner Kammerspielen*, FIU Verlag, Wangen 2002, S.13f

[43] Dia Art Foundation, <http://www.diaart.org/sites/page/51/1364>, abgerufen 07.07.2015

[44] taz, *politik verstehen, kunst leben: joseph beuys zum achtzigsten*, in taz, taz Verlag, Berlin 12.05.2001 (Siehe auch: <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2001/05/12/a0122>, abgerufen 09.03.2015)

[45] Roberto Ohrt, *Situationistische Internationale*, in Hubertus Butin (Hg.), *DuMonts Begriffslexikon zur zeitgenössischen Kunst*, DuMont Buchverlag, Köln 2006, S.272f

## Die Gesellschaft der Moderne und Postmoderne

Mit Beginn der Industrialisierung in England Mitte des 18. Jahrhunderts und etwa hundert Jahre später in Deutschland und Österreich und dem damit einhergehenden Wechsel von der Subsistenzwirtschaft zur Fremdversorgungsgesellschaft, stellen sich auch für die Architektur neue Aufgabengebiete und Probleme. Bedingt durch die wachsende Industrie und den damit verbundenen Zuzug von Arbeitskräften in die Ballungsräume, steigt binnen kürzester Zeit der Wohnraumbedarf in den Städten. In Wien verdreifacht sich die Bevölkerungszahl von 1857 bis 1910 auf 2,1 Millionen Menschen [46].

Es kommt zur raschen Urbanisierung. Die gesellschaftlichen Umbildungen, die Wandlung der zuziehenden Landbevölkerung auf der Suche nach neuen Einnahmequellen zu Arbeitern und Angestellten, führt in den Ballungsräumen zu akuter Wohnungsknappheit. Wo bis zu diesem Zeitraum die meisten Menschen noch in ländlich geprägten Regionen lebten und die Bevölkerung für die Gestaltung ihres Wohn- und Arbeitsraumes noch in hohem Maß selbstverantwortlich war, tritt durch die Verstädterung die Wirtschaft, in Form der Gründerzeit, als Wohnraumproduzent in den Vordergrund. Entscheidungen über die Ausformulierung von Raum beziehungsweise von Wohnraumbedürfnissen werden nicht mehr vom Individuum getroffen oder von der Natur respektive der Umgebung vordefiniert, sondern von renditenorientierten Gründern bestimmt. Also eine Transformation von überwiegend Vernacular architecture hin zur Wohnraumentwicklung durch eine fremdbestimmende Handlungsmacht. Die persönliche Synchronisation der Bevölkerung mit ihrer Umgebung wird damit aufgelöst. In Wien vorherrschend ist bis in das beginnende 20. Jahrhundert die architektonische Gründerzeit, in Form des Historismus. Eine hohe Nachfrage nach Wohnraum durch Zuzug aus den Kronländern sowie eine liberale Wirtschaftspolitik führen in dieser Zeit zu einer mehr als angespannten Lage am Wohnungsmarkt. Die Bevölkerung ist zum Handeln gezwungen und mit der Siedlerbewegung entsteht eine neue Form der Selbstermächtigung. Architekten wie Adolf Loos oder Margarete Schütte-Lihotzky erkennen die Problematik und stehen den Siedlern mit ihrem Fachwissen zur Seite. Die eigeninitiierte Rückeroberung des Raumes durch die neuen Siedler kann aber kein generelles Umdenken erzeugen und die durchaus positiv zu bewertende Entwicklung der Gemeindebauten der Stadt Wien in der Ersten Republik entfernt die Stadtbewohner weiter von der räumlichen Übersetzung eigener Bedürfnisse und ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit dem gewählten Lebensraum. Das erklärte Ziel des sogenannten Roten Wien ist es, für alle und so schnell wie möglich adäquaten Wohnraum zu schaffen.

Aufgrund der Industrialisierung, der damit einhergehenden prekären Verhältnisse für den Großteil der Stadtbewohner und wegen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Zeit konnte oder wollte sich die Bevölkerung nicht am Stadtbildungsprozess beteiligen. Die selbstaktive Gestaltung des Lebensumfeldes wandelt sich in eine passive Haltung des Beplantwerdens.

[46] OTS-Presseaussendung, *Die Wiener Bevölkerung in den letzten Jahrhunderten. Eine demographische Studie des Statistischen Amtes*, [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20010618\\_OTS0047](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010618_OTS0047), abgerufen 12.03.2015

An dieser Entwicklung trägt auch die Architektur maßgebliche Mitverantwortung. „What is architecture´s public?“ [47] Giancarlo de Carlo stellt in diesem Zusammenhang, hinsichtlich der allgemeinen »Glaubwürdigkeit« der Architektur, auch das Verhältnis der Architektinnen zu den »Kunden« in Frage. Bilden die Architekten selbst die Öffentlichkeit der Architektur oder „[...] ihre Kunden, die die Arbeiten beauftragen? Oder doch die Leute – und zwar alle –, die Architektur gebrauchen?“ [48] Die Haltung der Architektur, am Beispiel des CIAM Kongresses 1929, zeugt von der Einstellung, sich „[...] an die Seite des Kunden statt der Nutzer zu stellen [...]“ [49]. Unter dem Thema „Die Wohnung für das Existenzminimum“ [50] „[...] setzten sich die Architekten mit dem Problem auseinander, die große Nachfrage nach Wohnraum befriedigen zu müssen, die in allen Städten der Welt nach dem Ersten Weltkrieg explodierte. Es war richtig, dass sich die Architekten damit befassten, aber im Gegensatz zu dem, was sie dachten, war das Problem nicht ihre Erfindung. Es war bereits erfunden und zugespitzt durch das Kapital, das – nachdem es die großen Massen der Landbevölkerung in die Städte gedrängt hatte, um der Industrie Arbeitskräfte zu liefern, ohne dabei auch nur im Geringsten für ihre Unterbringung in der Stadt zu sorgen – sich nun in die Enge getrieben fand, in den Windungen seiner eigenen Widersprüche.“ [51] Aus heutiger Sicht problematisch, setzten sie sich „[...] nicht nur für Reduktion der Quadrat- und Kubikmeterpro Person ein, sondern dafür, alles zu reduzieren, was nicht in der abstrakten Berechnung der physiologischen Bedürfnisse aufging.“ [52] Gegenentwürfe wie „Das wachsende Haus“ [53], ein vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise den Lebensumständen anpassbares Haus des Architekten und Stadtbaurates von Berlin, Martin Wagner, bleiben die Ausnahme, obwohl sich Architekten wie Walter Gropius, Bruno Taut und andere ebenfalls an diesem Konzept versuchen. Die industrielle Fertigung und die Technologisierung des Bauens stehen im Fokus der Gruppe [54].

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Funktionalismus der Modernisten im Sinne der *Charta von Athen*, entstanden am CIAM Kongress 1933 unter dem Titel „Die funktionale Stadt“ [55], von der Bauwirtschaft fortgesetzt. „In den europäischen Städten, in denen die wohlhabenden Klassen in den wertvollen urbanen Gebieten geblieben waren, war es der verfallene Zustand der angrenzenden Gebiete, der lös-

[47] Giancarlo de Carlo, *Architecture´s public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S.3ff (S.6ff) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.87ff)

[48] Ebd.

[49] Ebd.

[50] Anm.: Leitthema des »Congrès International d'Architecture Moderne« (CIAM II), Frankfurt am Main 1929

[51] Giancarlo de Carlo, *Architecture´s public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S.3ff (S.8ff) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.87ff)

[52] Ebd.

[53] Arch+, *Das wachsende Haus*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.116ff

[54] Vgl.: Ebd.

[55] Anm.: Leitthema des »Congrès International d'Architecture Moderne« (CIAM IV), an Bord der »Patris« zwischen Marseille und Athen 1933

tig zu werden begann, ebenso wie das Zusammenleben mit der immer zahlreicher werdenden und sich ausbreitenden ärmeren Bevölkerung.“ [56] Den CIAM Kongress im Jahr 1951 beherrschte das Thema „Das Herz der Stadt“ [57]. Nach der jahrelangen Vernachlässigung der Zentren sollte in ebendiese Bereiche wieder ein Kommunikations- und Gemeinschaftsumfeld integriert werden. Die profitable wirtschaftliche Verwertung von zentralen Flächen im urbanen Raum ist zu diesem Zeitpunkt aber schon längst im Gange; der Kongress verhilft dem ökonomischen und politischen Raubzug lediglich zu kultureller Legitimation [58].

Von allen diesen Vorgängen bleiben die meisten Stadtbewohner weitgehend ausgeschlossen. Die Transformation des »Herzens der Stadt« in Wirtschaftszentren, Handelszentren, Verwaltungszentren, Freizeitzentren oder einfach in historische Zentren wurde ohne die Partizipation der Bevölkerung ganz im Sinne einer herrschenden Klasse vollzogen [59]. Alexander Mitscherlich konstatiert dazu: „Auf die Schrecklähmung 1945 folgte ein Schreckegoismus der Überlebenden.“ [60] Statt eines Neuanfanges, der sich beispielsweise in der Kunst der 1960er-Jahre findet, bleibt die Architektur bis in die 1980er-Jahre im Wesentlichen in den funktionalistischen Dogmen des frühen 20. Jahrhunderts verhaftet. Die Bevölkerung ist dabei kein Partner der Stadtentwicklung, sondern ein zu kalkulierender Parameter.

### **Politisches System und Bauwirtschaftsfunktionalismus**

Unter dem von Heinrich Klotz geprägten Begriff des „Bauwirtschaftsfunktionalismus“ [61] hat sich in der Zeit des Wiederaufbaues nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine einseitige, der Normierung und der Massenproduktion verschriebene Planungshaltung durchgesetzt. Als vorrangiges Ziel gilt, den durch Kriegsschäden verursachten Wohnraumbedarf schnell und unter Zuhilfenahme der technologischen Möglichkeiten der industriellen Fertigung zu decken. Urbanität soll ganz im Sinne der *Charta von Athen* durch größtmögliche Dichte hergestellt werden. Zusätzlich bekommt der Autoverkehr eine große Aufmerksamkeit in der Stadtplanung. Alexander Mitscherlich sieht das Stadtbild der Nachkriegszeit als durch Ein- und Ausfallstraßen zerschnittene, ungesellige Anhäufung von Wohn- und Arbeitsplät-

[56] Giancarlo de Carlo, *Architecture 's public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S.3ff (S.10ff) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.87ff)

[57] Anm.: Leitthema des »Congrès International d'Architecture Moderne« (CIAM VIII), Hoddesdon 1951

[58] Vgl.: Giancarlo de Carlo, *Architecture 's public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S.3ff (S.10ff) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.87ff)

[59] Vgl.: Ebd.

[60] Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, 27. Auflage, S.66

[61] Heinrich Klotz, *Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960 - 1980*, Vieweg, Braunschweig 1987, 3. Auflage, S.34ff

zen [62]. Entscheidungen der Politik werden thematisch strukturiert und der offensichtlichen Dringlichkeit entsprechend abgehandelt. Zeitlich unterliegt die Setzung von Maßnahmen dabei der Periodizität von Wahlen. Was also letztlich gebaut oder neu gestaltet wird, ist nach Lucius Burckhardt und Walter Förderer nicht zwingend abhängig von einer übergeordneten gesellschaftlichen Relevanz oder einem gesellschaftlichen Interesse und wird auch nicht aufgrund von Indikationen hinsichtlich eines gesellschaftlichen Bedarfs initiiert, sondern unterliegt einem politisierten Prozess. Die Umsetzung ist angepasst an politische Rahmenbedingungen. Politik, so die Erkenntnis, braucht Erfolge und kann sich nicht an Strategien versuchen, zu vage und zu unklar ist deren Ausgang [63].

In den europäischen Städten wurden so, durch unkontrolliertes Planungshandeln der Entscheidungsträger und Behörden, im Sinne einer »modernen Gesellschaft« Stadtteile zugunsten neuer Verkehrsadern und Kreisverkehre geschleift oder großmaßstäbliche Siedlungen, meist ohne Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner, hergestellt. Die Gestalt der Städte spiegelt diese Planungshaltung in einer durch zufällige Beschlussfassung entstandenen Heterogenität [64], einer Scheinheterogenität gegenüber der Monofunktionalität von Gebäuden und Stadtteilen, wider. Der Bürger galt als »Wohnraumverbraucher« [65]. Die Gesellschaft der Nachkriegszeit, speziell in Deutschland, aber auch in Österreich, sucht ihr Selbstwertgefühl in einem Werterhalt, anstelle einer „[...] Suche nach einer Sozialgestalt [...]“ [66], was ein Steigen der Bodenpreise und die damit einhergehende Bodenspekulation in den Ballungszentren bedeutet. „Man gab schließlich die Anstrengung, zu einer verbindlichen Gesinnung zu gelangen, überhaupt auf.“ [67] Die Interesselosigkeit zeigt sich, so Alexander Mitscherlich, besonders deutlich im sozialen Wohnbau, „[...] wo am ärmsten gebaut wird, aber beileibe nicht am trostlosesten gebaut werden müsste [...]“ [68].

Die Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft hatten also wieder kein Gegenüber. Die Bevölkerung dieser Jahre verharrt in einer Stillhaltesymptomatik, ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass sie sich in Entscheidungsprozesse einmischte. Die Planenden dieser Zeit agieren weitgehend autonom und im geschichtlichen Kontext der Moderne. Eine Suche nach einer »sozialen Gestalt« [69], oder ein Neuanfang in der Baukultur wird nicht unternommen. „Der extreme Notstand der Überlebenden schien jede Kulturlosigkeit zu entschuldigen.“ [70]

[62] Vgl.: Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, 27. Auflage, S.66

[63] Vgl.: Lucius Burckhardt und Walter Förderer, *Bauen ein Prozess*, Verlag Arthur Niggli, Teufen 1968, S.9ff

[64] Vgl.: Ebd. S.17

[65] Vgl.: Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, 27. Auflage, S.38

[66] Ebd. S.63

[67] Ebd. S.62

[68] Ebd. S.62f

[69] Vgl.: Ebd. S.62ff

[70] Ebd. S.64

## Bedürfnis und Bedarfsplanung

Bis heute dominiert die Frage nach dem Bedarf das Bedürfnis, das »Wie« steht über dem »Warum« [71]. Die Stadtbevölkerung der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs muss ihre menschlichen Bedürfnisse zugunsten wirtschaftlicher Interessen unterordnen. Die, die es sich leisten können, fliehen in die Vorstadt, man »[...] kauft sich Natur, zäunt sie ein und spielt in ihr »Landbewohner« [72]. Der Mensch hat offenbar ein Kontrastbedürfnis [73], das die Stadt dieser Zeit nicht zu befriedigen imstande ist, das Bedürfnis, um seiner selbst willen zu bauen, zu tun oder seine Freizeit zu gestalten. Die Natur entfernt sich durch die Zersiedelungsprozesse in den Randzonen der Städte immer weiter, und der öffentliche Raum verdammt seine Nutzer zu normativem Verhalten, die nüchtern agglomerierte Stadt schafft keinen Raum für Identifikation, an Pseudoindividualisierung ist nur in den eigenen vier Wänden zu denken. [74]

### Exkurs: Heimat

Was ist »Heimat« und wie stellt man sie her? So könnte eine nicht unberechtigte Frage der Funktionalisten lauten. Tatsächlich lässt sich dieser Begriff nicht ohne weiteres Definieren, vielmehr liegt die Erklärung ganz im Auge des Betrachters, ist durch das Individuum und dessen charakterliche Ausprägung oder durch das Gefühl bestimmt. Was es dazu allerdings immer benötigt, ist eine innere Verbundenheit zu einem Ort und eine Freiheit sie zu manifestieren. Gegen diesen psychologischen Mechanismus, die individuelle Verbundenheit eines Individuums zu einem Ort zu befördern und zuzulassen, indem der Mensch an seiner Umweltgestaltung partizipiert, selbst die Identifikation herstellt, hat sich die Architektur jahrzehntelang verwehrt. „Die gestaltete Stadt kann Heimat werden, die bloß agglomerierte nicht, denn Heimat verlangt Markierungen der Identität eines Ortes“ [75], so Alexander Mitscherlich.

[71] Vgl.: Giancarlo de Carlo, *Architecture's public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005, S.3ff (S.8) (Siehe auch: *Die Öffentlichkeit der Architektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.87ff)

[72] Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, 27. Auflage, S.52

[73] Vgl.: Ebd. S.53

[74] Vgl.: Ebd. S.15 + S.53

[75] Ebd. S.15

## Neue Heimat und Selbsthilfekultur der 1970er und 1980er

Begünstigt durch die gesellschaftliche Revolution Ende der 1960er-Jahre entwickelt sich in Teilen der Gesellschaft ein neues Verständnis für die gebaute Umwelt. Vor allem die Jugend löst sich von den Fesseln tradierten Verhaltens, es entsteht ein neues Selbstbewusstsein im Umgang mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern. Die Auflösung des überlieferten, normativen Konsenses erschließt neue Lebenskonzepte wie das gemeinschaftliche Wohnen und das gemeinschaftliche Bauen. Zusätzlich entstehen Bürgerinitiativen, die stadtplanerische Entscheidungen ökonomisch, ökologisch und sozial hinterfragen oder, wie beispielsweise die Protestbewegung der AKW-Gegner, eine Gegnerschaft zu den politisch gefällten Entscheidungen bilden. In Deutschland werden, wenngleich nur als Scheinpartizipation und aus strategischem Kalkül der Politiker, Teile dieser Bewegung, als Repräsentanten der Zivilgesellschaft getarnt, im Rahmen von Bürgerdialogen zur Artikulation ihrer Bedenken eingeladen [76]. „Man hoffte darauf, einen Keil zwischen gesprächsbereite Gegenexperten und jene AKW-Gegner zu treiben, die ihren Widerstand mit einer radikalen Systemkritik verbanden.“ [77] Das Gegenteil trat ein, die Einladung zum Dialog hat den Wunsch mitgestaltet zu wollen zusätzlich verstärkt und so eine fundierte Protestkultur, eine Suche nach Mitsprache unter sich fortlaufend erneuern den Zielen und in allen Bereichen des öffentlichen Lebens langfristig inkludiert und den Ausbau der Zivilgesellschaft befördert.

Auch die Kritiker des baulichen Funktionalismus bekommen Rückendeckung aus der Bevölkerung, die die Zustände nicht mehr akzeptiert. Zum Beispiel die Gruppe der »Aktion 507«, benannt nach einem Versammlungsraum der Architekturfakultät der Technischen Universität Berlin. Als Einzelausstellungen junger Architekten vom Bund Deutscher Architekten und vom Architekten- und Ingenieurverein für die Berliner Bauwochen konzipiert, soll eine Werkschau die Bauleistungen der Stadt Berlin hervorstreichen. Stattdessen wird sie „[...] von der »Aktion 507« in eine kritische Auseinandersetzung mit der Berliner Baupolitik und Bauwirtschaft umfunktioniert.“ [78] Dafür schließen sich im Jahr 1968 120 Architekturschaffende für eine Ausstellung unter dem Titel „Diagnose zum Bauen in Westberlin“ [79] zusammen, um „[...] unzureichende Organisation und Koordination, mangelnde Transparenz der Planungsentscheidungen, willkürliche Vergabe von Bauobjekten [...], Interessensverflechtungen von Parteien, Administration und Baugesellschaften und unzulängliche Informiertheit der Öffentlichkeit“ [80] zu kritisieren. Konterkarierend zu der technischen und graphischen Aufbereitung der Sachthemen werden Interviews der Bevölkerung zu den Neubauprojekten und Trabantensiedlungen, wie dem Märki-

[76] Vgl.: Thomas Wagner, *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*, PapyRossa, Köln 2014, 2. Auflage, S.15

[77] Ebd.

[78] Marion Schreiber, *Aktion 507. Jungarchitekten kritisieren die Berliner Baupolitik*, in *Die Zeit* Nr.38, Zeitverlag Gerd Bucerius, Hamburg 1968

[79] Ebd.

[80] Ebd.



Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn, Jörg Müller

schen Viertel, akustisch eingespielt; „[...] hier würde ick nicht jeschenkt drin wohnen, nich in diesem Uffmarschjebiet [...]“ [81], so ein Befragter. Viele Menschen akzeptieren die Stadtentwicklungspolitik nicht mehr, fordern von der Verwaltung sozialere Lösungen und/oder beginnen oftmals selbst, aktiv neue Modelle und Möglichkeiten zu entwickeln.

Die Proteste der Stadtbewohner gegen Flächensanierung und Umweltverschmutzung erwirken einen breiten Diskurs, auch in der Politik. Der Großteil der Architektenschaft kann erst umschwenken, nachdem der Druck durch die Öffentlichkeit die Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft zum Handeln zwingt. Ursächlich dafür sind die natürlichen Abhängigkeitsverhältnisse von Architekten zu den politischen und wirtschaftlichen Akteuren.

Die ökologische wie ökonomische Unkultur des Abreißen und Neubauens ganzer Stadtteile wird langsam durch eine neue Form der Stadtplanung, der des gezielten Umbauens und der Sanierung von Quartieren, eingebremst. Ein große Gefahr sehen die Protestierenden auch in den steigenden Mieten. Zurecht, denn wie sich erst im Laufe der Zeit herausstellt, sorgt die damalige Finanzierungsstruktur, trotz aller Subventionen, „[...] gerade im ehemaligen sozialen Wohnungsbau, für Mieten oft jenseits aller sozialen Verträglichkeit.“ [82] Auch die Kritik an der Bodenpolitik bekommt größere Aufmerksamkeit. Alexander Mitscherlich wagt dazu die These, dass

[81] Ebd.

[82] Stephan Becker, *Zurück zur Stadt der Besitzer*, in taz, taz Verlag, Berlin 11.01.2013

es einer Einschränkung der privaten Eigentumsrechte an städtischem Grund bedarf, um den Planern größere Freiheiten zu geben und eine neue Urbanität herzustellen. Dieser Ansatz wird jedoch nicht objektiv berücksichtigt, sondern einerseits mit der allgemeinen Kommunismuskritik abgewehrt und andererseits mit dem Festhalten am Besitzdenken unhinterfragt verworfen [83].

Als Lösung gilt die weitere Parzellierung des Stadtgebietes im Sinne der Gründerjahre, mit dem Gedanken, dass die »Privatwirtschaft« zur Aufwertung eigenständig beiträgt, da die Besitzer auch maßgebliches Interesse an gut funktionierenden Stadtteilen haben. Das hat sich nur zum Teil bewahrheitet, vielmehr hat dieser Folgeprozess zur Homogenisierung, Gentrifizierung [84] und Spekulation beigetragen. Die neue Selbsthilfekultur manifestiert sich nicht nur im Protest oder in Hausbesetzungen, sondern sie vergegenwärtigt sich auch in der Konkretisierung individueller Bedürfnisse, wie zum Beispiel in von Architekten wie Ottokar Uhl initiierten lokalen Mitbestimmungsprojekten und Teilnahmeverfahren. Uhl und andere sehen in der Strategie, die Bewohner an Planungsprozessen zu beteiligen, einen großen Anteil an der Beseitigung von Unzufriedenheiten der Bevölkerung. Vielfältige Modelle und Ansätze werden entwickelt und gegen den Mainstream auch realisiert.

*„Im Prinzip ist das Ziel immer das gleiche: wie können Wohnwünsche und Wohnbedürfnisse optimal befriedigt werden? Alle hierzu geeigneten Mittel sollen daher entwickelt und eingesetzt werden. Die Fixierung auf lediglich ein Mittel oder auf einige wenige Mittel wäre verfehlt.“* [85]

Dabei bezieht sich Ottokar Uhl vornehmlich auf die Mittel, die den Architekten und Planern zur Gestaltung individueller Wohnbedürfnisse zur Verfügung stehen oder die im Rahmen eines Findungsprozesses neu entwickelt werden sollen, im besten Fall partizipativ. Parallel dazu formieren sich nicht primär durch Planer initiierte Systeme, sondern Gemeinschaften, die ihre neuen Lebensentwürfe selbstständig und kollektivistisch umsetzen. Das Leben in »Kommunen« oder das lose und nicht ideologisierte gemeinschaftliche Wohnen sind Beispiele der Selbsthilfe für diese immer noch wenig akzeptierten und baulich kaum berücksichtigten Lebensformen. Sie agieren Bottom-up und ziehen bei Bedarf Fachkompetenzen bei. Die Bandbreite reicht dabei von gemeinsamem Wohnen bis zu organisierten Wohnprojekten [86].

Diese vornehmlich städtische Entwicklung kann als Basis für moderne und etablierte Wohn- und Bauformen wie die Wohngemeinschaft oder das gemeinschaftliche Bauen gesehen werden. Das soll nicht heißen, dass diese Konzepte gänzlich neu wären, vielmehr wurden sie wieder kultiviert. Laut der von der Stadt Wien in

[83] Vgl.: Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, 27. Auflage, S.55 + S.67

[84] Vgl.: Stephan Becker, *Zurück zur Stadt der Besitzer*, in taz, taz Verlag, Berlin 11.01.2013

[85] Kurt Freisitzer, Robert Koch, Ottokar Uhl, *Mitbestimmung im Wohnbau. Ein Handbuch*, Picus Verlag, Wien 1987, S.22

[86] Vgl.: Robert Temel, Maja Lorbeck, Aleksandra Ptaszynska (SORA), Daniela Wittinger (SORA), Studie im Auftrag der Stadt Wien MA 50, *Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 1. Potentialabschätzung und Rahmenbedingungen*, Wien 2009, S.4, <http://www.wohnbauforschung.at/index.php?id=340>, *Baugemeinschaften\_in\_Wien\_Potentialabschaetzung\_LF.pdf*, abgerufen 31.03.2015

Auftrag gegebenen Studie zu „Baugemeinschaften in Wien“ [87] von Robert Temel und Maja Lorbeck ist in diesem Zusammenhang, weniger relevant, wer das Projekt initiiert, ob Architekten, Bewohnerinnen, Projektentwicklerinnen oder Kommunen selbst, „[...] sondern ob es weitgehende Entscheidungsmöglichkeiten für die zukünftigen BewohnerInnen über das zu entwickelnde Projekt gibt.“ [88] „Die Aneignung des eigenen lokalen Umfeldes und dessen Weiterentwicklung durch die BewohnerInnen bildet eine wertvolle Ressource der Stadt und führt zu einer steigenden Lebensqualität in städtischen Gebieten [...]“ [89], konstatieren sie dazu weiters. Das lange als Lebensmodell für Alternative angesehene Bauen und Wohnen in der Gruppe wird zum Stadtplanungsinstrument, gerade um einkommensstarke Familien und Singles, meist mit akademischem Hintergrund, in den Städten zu halten, und die Abwanderung in den Speckgürtel zu verhindern.

In ländlich geprägten Regionen und im suburbanen Raum haben sich solche Formen in modifizierter Art langsamer und nicht durchwegs positiv entwickelt. Wo heute, vor allem in urbanen Gebieten, Baugemeinschaften ein bereicherndes System darstellen, wie in Wien etwa die *Sargfabrik* [90] oder das *Wohnen mit uns! Wohnprojekt Wien* [91] am Nordbahnhofareal, um nur einige Beispiele zu erwähnen, kann für den ländlichen Raum ein durchwegs positiver Einfluss nicht ohne weiteres bescheinigt werden. Zu groß sind die Unterschiede in der Umsetzung individueller Wohnformen. Vergleicht man als Beispiel Fritz Matzingers Methode prozesshaften Entwickelns, mit dem klassischen Reihenhaustypus, ist beim Reihnhaus zwar in Grundzügen eine Personalisierung der Wohnstruktur erkennbar, bei weitem aber nicht in einer derartigen Tiefe und in solchem Ausmaß. Ohne auf die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und die Form der Initiation einzugehen, unterscheiden sich die Ausführungen auch wesentlich in ökologischer und ökonomischer Hinsicht, beispielsweise im Bezug auf die Berücksichtigung infrastruktureller Parameter und Flächenverbrauch. Für die Stadtbevölkerung und das Individuum steigern sich seit den 1970er-Jahren jedoch die Einflussmöglichkeiten auf das gebaute Umfeld und auf die gebaute Umgebung, die immer öfter, auch aufgrund gesellschaftlicher Forderungen, politisch gestützt wird.

[87] Robert Temel, Maja Lorbeck, Aleksandra Ptaszynska (SORA), Daniela Wittinger (SORA), Studie im Auftrag der Stadt Wien MA 50, *Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 1. Potentialabschätzung und Rahmenbedingungen*, Wien 2009, <http://www.wohnbauforschung.at/index.php?id=340>, *Baugemeinschaften\_in\_Wien\_Potentialabschaetzung\_LF.pdf*, abgerufen 31.03.2015

[88] Ebd. S.4

[89] Ebd. S.24

[90] Anm.: *Sargfabrik - Verein für integrative Lebensgestaltung*, Goldschlagstrasse 169, 1140 Wien, <http://www.sargfabrik.at>, abgerufen 24.08.2015

[91] Anm.: *Wohnprojekt Wien - Verein für nachhaltiges Leben*, Krakauer Strasse 19/45, 1020 Wien, <http://www.wohnprojekt-wien.at>, abgerufen 24.08.2015

# Das Feld



## Urbanes Handeln, Stadt entwickeln, die Akteure

Die räumliche Stadtentwicklung wird, bezugnehmend auf Klaus Selle, von »allen« betrieben [92], das schließt die staatliche Verwaltung ebenso mit ein wie die marktwirtschaftlichen Akteure und die Bewohnerinnen und Nutzer der Stadt, in welcher Form oder Konstellation auch immer sie auftreten. „Räumliche Strukturen werden durch das Planen, Entscheiden und Handeln vieler Akteure verändert, entwickelt [...]“ [93], so Klaus Selle. Die schlichte Gegenüberstellung von Staat und Markt, also von öffentlichen Akteuren und privatwirtschaftlich Handelnden, ist durch das wissenschaftliche Bewusstsein von vielfältigen Kohärenzen, Kooperationen und Beeinflussungen, verschiedenster direkt wie indirekt Beteiligter in der Stadtgestaltung, nicht mehr möglich.

Man kann in diesem Zusammenhang von einer Veränderung der Wahrnehmung im Bezug auf die Entwicklung von Stadt sprechen. „War die traditionelle planungstheoretische Betrachtungsweise auf öffentliche Akteure fokussiert, so wird nun der Blickwinkel so erweitert, dass die Gesamtheit aller im Raum wirksamen Akteure – und ihrer Interdependenzen – erfasst werden kann.“ [94] Aus den in der jüngeren Vergangenheit wiederentdeckten und erwirkten Handlungsmöglichkeiten ziviler Akteure, der konkreten »Entwicklung von Raum« [95] durch Nutzerinnen und Nutzer, die ganz im Sinne der Zivilgesellschaft agieren, sowie aus deren sozialem, ökologischem und ökonomischem Handeln wird damit, in vereinfachter Darstellung, die dritte Säule der Stadtentwicklung gebildet [96]. In der Politik ist aufgrund dieser Tendenzen, aber auch aufgrund der sich verändernden finanziellen Möglichkeiten der kommunalen Stadtentwicklung, das klassischen Top-down Bauplanen, in der „[...]“

[92] Vgl.: Klaus Selle, *Stadtentwicklung aus der "Governance-Perspektive". Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung*, in Uwe Altröck, Grisca Bertram (Hg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure-Strategien-Strukturen*, transcript Verlag, Bielefeld 2012, S.29

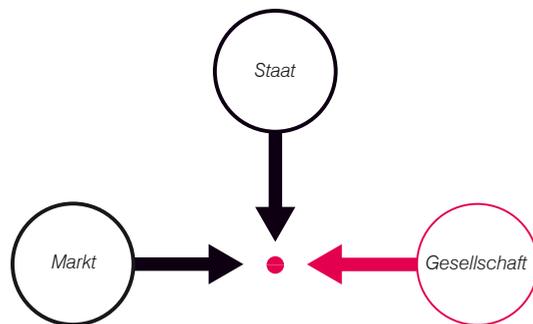
[93] Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmundener Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.111

[94] Klaus Selle, *Stadtentwicklung aus der "Governance-Perspektive". Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung*, in Uwe Altröck, Grisca Bertram (Hg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure-Strategien-Strukturen*, transcript Verlag, Bielefeld 2012, S.38

[95] Vgl.:Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmundener Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.108

[96] Vgl.: Klaus Selle, *Stadtentwicklung aus der "Governance-Perspektive". Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung*, in Uwe Altröck, Grisca Bertram (Hg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure-Strategien-Strukturen*, transcript Verlag, Bielefeld 2012, S.29ff

eine zentrale Instanz alle wesentlichen Entscheidungen trifft [...] [97], nicht mehr adäquat. Um bei den geänderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen weiterhin gestaltend einwirken zu können, wurde zum klassischen »Government«, dem „[...] eigentlichen Steuerungshandeln von Regierung und staatlicher Administration [...]“ [98], der Ausdruck und das System des »Governance« eingeführt. Das entspricht einer Weiterentwicklung vom hierarchischen System des Entscheidungsprozesses zur Heterarchie. Gemeint sind damit „Entscheidungsprozesse, ohne dass irgendjemand [klassisch (Anm. d. Verf.)] Entscheidungen trifft [...]“ [99]. Steuernd ist demnach die Gesamtheit aller Akteure und ihre vielfältigen Ansätze. „Das Handeln von Staat und Kommunen ist also lediglich Teil eines umfassenden Steuerungsprozesses, in dem es kein zentral lenkendes Subjekt gibt.“ [100] Die Strukturen, innerhalb derer umgesetzt werden kann, geben die öffentlichen Akteure dabei im Rahmen von Gesetzen, Abläufen und dergleichen weiterhin vor.



*Markt:* Bau-, Boden-, Kapital-, ...

- Investoren
- Privatwirtschaftliche Akteure

*Unternehmen*  
*Architekten*  
*Bauträger*  
*Einzelpersonen*  
*Kulturelle Akteure*

*Staat, Politik, öffentliche Akteure*

- Politische Entscheidungsträger
- Verwaltung
- Verwaltungsbehörden
- Gremien
- Ausschüsse
- Gesetzgeber
- Exekutive
- Wissensch. Einrichtungen

*Gesellschaft*

- Einzelpersonen
- Diverse Gruppen

*Kleingruppen*  
*Interessensgemeinschaften*

- Vertreterorganisierte Gruppen

*Initiativen*  
*Vereine*  
*Verbände*

- Professionell initiierte Gruppen

*z.B. Genossenschaften*

[97] Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.115

[98] Dietmar Braun, Olivier Giraud, *Steuerungsinstrumente*, in Klaus Schubert, Nils C. Bandelow (Hg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*, Oldenbourg, München - Wien 2003, S.147ff, Vgl.: Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.115

[99] Gunter Hofmann, Jan Ross, *Deutsche Illusion. Gespräch mit Lord Ralf Dahrendorf*, in Die Zeit Nr.5, Zeitverlag Gerd Bucerius, Hamburg 2005, (Siehe auch: Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.115)

[100] Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.115

Man spricht in diesem Zusammenhang meist von »good Governance«. Der Begriff wird dabei als Norm gewertet, eine nachhaltige, gute Stadtentwicklung zu praktizieren. Viel interessanter scheint allerdings die analytische Verwendung des Governance-Begriffes; dabei kann der Ausdruck als Klassifizierungs- und Untersuchungsparadigma herangezogen werden. Das bedeutet, dass, wie oben erwähnt, sich nicht die Bezüge zwischen den Akteuren sprunghaft verändert haben – zweifellos haben sie sich mit der Zeit weiterentwickelt oder gewandelt –, sondern es wird von einer Veränderung der Wahrnehmung auf die Beziehungen zwischen den Handelnden ausgegangen. „Nicht die Ordnungsmuster und Akteurskonstellationen etc. selbst haben sich verändert, sondern der (politikwissenschaftliche) Blick darauf: Stand früher einmal nur die „Regierung“ im Mittelpunkt, gerieten nach und nach weitere Akteure und gesellschaftliche Teilsysteme beziehungsweise -prozesse ins Blickfeld, bis deutlich wurde, dass diese sich vielfach selbst steuern und nur bedingt durch Regierungshandeln („Government“) zu beeinflussen sind.“ [101] Diese Bestimmung ist insofern wichtig, als dass sie alle urbanen Akteure auf dieselbe Handlungsebene setzt, vorerst unabhängig von ihrer Durchsetzungsfähigkeit respektive ihrer Fähigkeit, offensichtlich stadtgestaltend einwirken zu können.

In der Stadtplanungstheorie wird weiters häufig von Stakeholdern und Akteuren gesprochen, also einerseits von Bewohnerinnen, die Interessen an verschiedenen Entwicklungen haben, und andererseits Entscheidungsträgern, die diese oder aber auch andere Projekte umsetzen. Auch Klaus Selle verwendet diese Begrifflichkeiten, um verschiedene Vorgänge in der Stadtentwicklung zu beschreiben. Als die Akteure bezeichnet er die »Stadtproduzenten«: „[...] Bau-, Boden- und Immobilienunternehmen, die Grundeigentümer, Bauinvestoren, die Entwickler und Vermarkter, die Wohnungsunternehmen und Industriebetriebe, die Einzelhändler, die Logistik- und Verkehrsbetriebe, Entsorgungs- und Energieunternehmen und so fort.“ [102] Sie sind vorwiegend politisch und/oder wirtschaftlich orientiert. Die wirtschaftlichen Akteure sind primär den unternehmerischen Zielen unterworfen und agieren dementsprechend nur vorbehaltlich nach sozialen Zielsetzungen. Politische Akteure, wie die Stadtverwaltung, Verwaltungsbehörden oder entscheidende Politikerinnen und dergleichen, sind an politische Entscheidungsfindungsprozesse gebunden. Sie sind zumindest demokratisch legitimiert und entsprechend können, müssen oder sollten sie innerhalb der ihnen vorgegebenen Rahmenbedingungen agieren. Nicht nur, dass sie verwaltend oder lenkend eingreifen, beispielsweise als Bauträger oder in Form von public-private-partnership, sie partizipieren auch direkt am Stadtentwicklungsprozess.

[101] Klaus Selle, *Stadtentwicklung aus der "Governance-Perspektive". Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung*, in Uwe Altröck, Grisca Bertram (Hg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure-Strategien-Strukturen*, transcript Verlag, Bielefeld 2012, S.43

[102] Ebd. S.29

Als Stakeholder können die direkt oder indirekt von Entwicklungen oder Entscheidungen betroffenen Stadtbewohnerinnen gesehen werden [103]. Die Einflussnahme, so diese nicht aktiv Handeln, beschränkt sich auf die Wahl der Vertreter in Regierungs- und damit politischen Funktionen sowie auf passiv ökonomische und ökologische Einflussnahme.

Um den Begriff des »urbanen Handelns« in dieser Arbeit weiter zu konkretisieren, sollen diejenigen, die sich direkt und nicht passiv am Stadtbildungsprozess beteiligen, damit sind die Protagonisten des zivilen aktiven Handelns gemeint, auch als Akteure bezeichnet werden. Die Akteure unter dem Synonym des »urbanen Handelns« sind somit Einzelpersonen, Interessensgruppen oder sonstige Gruppierungen und zivilgesellschaftlich aktive Institutionen, die alleine oder gemeinschaftlich gewisse Ziele die Stadtentwicklung und Stadtgestaltung betreffend verfolgen, seien das bauliche oder sonstige räumlich konkreten Realisierungen, soziale, ökologische, ökonomische oder aber auch kulturelle Entwicklungen [104]. Die Bandbreite der Akteure reicht dabei von privaten Einzelpersonen über diverse Gruppen, organisiert wie lose, unterschiedlichster Zusammensetzung und Ausrichtung, bis zu Initiativen, Vereinen, Verbänden oder aber auch Baugruppen. Die klassischen Akteure bekommen also Unterstützung, sind gefordert, die neuen Einflüsse zu verwerten und im Sinne einer demokratisch organisierten Gesellschaft bei Entscheidungsprozessen mitzubersichtigen. Aus dieser Problemstellung heraus agieren sowohl Künstler, Architekten, Verwaltungsbehörden als auch Unternehmen sowie wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen, an der Schnittstelle von Markt, Staat und zivilgesellschaftlichen Belangen den Stadtraum betreffend.

### **Wer hat Stadt-Macht, wer macht Stadt?**

Zur Klärung des Themas, wer, warum und wieviel Macht, sprich Entscheidungs-, Umsetzungs-, oder Handlungsgewalt, besitzt, soll zum besseren Verständnis zuerst der Machtbegriff generell erläutert werden. Für den Soziologen Max Weber bedeutet Macht: Jede „[...] Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“ [105] Der Machtbegriff übersteigt damit deutlich die Herrschaft, die, so Max Weber, ihrerseits eine Chance ist, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden [106]. Das bedeutet, dass nicht allein eine Herrschaft die Machtverhältnisse bestimmt, sondern die Verteilung der Chancen zur Umsetzung.

[103] Vgl.: Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.113

[104] Vgl.: Klaus Selle, *Stadtentwicklung aus der "Governance-Perspektive". Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung*, in Uwe Altröck, Grisca Bertram (Hg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure-Strategien-Strukturen*, transcript Verlag, Bielefeld 2012, S.29

[105] Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Johannes Winkelmann (Hg.), Mohr Siebeck, Tübingen 2002, 5. Auflage, S.28

[106] Vgl.: Ebd.

Es entspricht auch dem Netzwerkgedanken von Klaus Selle, dass eine Vielfalt von Handelnden zur Entwicklung beitragen und der lange verfolgte Herrschaftsgedanke der öffentlichen Hand nicht mehr allein gültig ist [107]. Das ist nicht zuletzt auch in maßgeblichen politischen Entscheidungen des ausgehenden letzten Jahrhunderts begründet und beruht auf den Entschlüssen, eine liberale, sich selbst regulierende Marktwirtschaft zuzulassen und auf die Selbstständigkeit und das soziale Verantwortungsbewusstsein des Marktes zu vertrauen. Festzuhalten ist, dass Stadtentwicklung auf dem Prinzip der Gleichzeitigkeit von Handlungen »aller« Akteure beruht, aber die Chancen oder Handlungsressourcen, in der Regel (noch) zulasten der Zivilgesellschaft, ungleich verteilt sind [108].

Den politischen Entscheidungsträgern wird dabei von der Bevölkerung oftmals mehr Durchsetzungsfähigkeit unterstellt, als tatsächlich vorhanden ist. Im Ordnungssystem sind die kommunalen Akteure jedoch sehr stark auf privatwirtschaftliche Entscheidungsträgerinnen angewiesen, da diesen in vielen Fällen ausreichend Mittel zur Realisierung zur Verfügung stehen, wodurch sich in der Folge eine wechselseitige Abhängigkeit einstellt. Auf der einen Seite die öffentlichen Akteure, die über die Stadtplanungsbehörden, Flächenwidmungen und per gesetzlicher Rahmenbedingungen die Stadtentwicklung im Sinne ihrer »Klienten« steuern, und auf der anderen Seite die »Umsetzer«, die aufgrund von späteren Nutzern, Käufern und so weiter ökonomisch und profitabel agieren müssen. Die Abhängigkeiten sind komplex und immer in Bezug zu den Stadtbewohnern und die Nutzerinnen zu setzen. Will zum Beispiel die Stadt Wien einen Stadtteil neu entwickeln, wie das am Nordbahnhofareal zur Zeit der Fall ist, so hat das zuerst in enger Abstimmung mit den künftigen Investoren zu geschehen, denn sie sind jene, die in der Regel die Gebäude errichten, wohingegen die Infrastruktur und die Erschließung in den meisten Fällen von der Stadt beigestellt wird. Dass das Endprodukt oftmals nicht den Vorstellungen der Bewohner entspricht, liegt in der Natur der Sache. Sie werden zu spät oder gar nicht eingebunden. Projektiert wird nach dem wirtschaftlich und politisch erwarteten Bedarf und nicht nach dem Bedürfnis. Rahmenvereinbarungen mit der Stadt, beispielsweise über soziale Ausgestaltung, werden meist zugunsten niedrigerer Baukosten oder der Maximierung von Verwertungsflächen minimalst erfüllt.

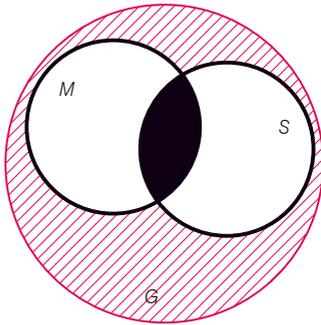
Warum ist das so? Die Erfordernis von Seiten der Kommunen etwa Wohnraum generieren zu müssen oder Flächen zu verwerten ist zu groß, als dass an diesem Punkt reale Durchsetzungsfähigkeit entstehen kann. Gleichermaßen sind auch die Nutzerinnen in der Pflicht ein neues Selbstbewusstsein zu entwickeln und nachhaltige Stadtentwicklung von wirtschaftlichen wie politischen Akteuren einzufordern. Sie sind, obwohl meistens von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, maßgeblicher Bestandteil, der wichtigste Faktor und Parameter in der Baukultur. Die Heterogenität der Masse macht eine zielgerichtete Adressierung von Nutzerwünschen jedoch sehr schwierig.

Der Markt orientiert sich an der Verwertbarkeit von Immobilien und Grundstücksflächen, die Verwertung erfolgt im Vergleich zur Nutzungsdauer nach kurzfristigen

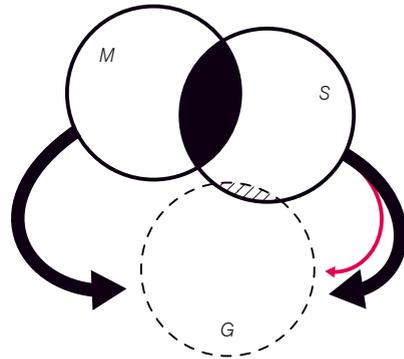
[107] Vgl.: Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005, S.114

[108] Vgl.: Ebd. S.113

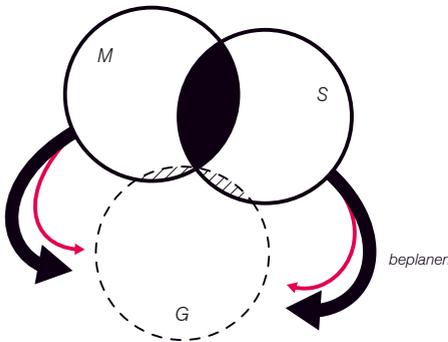
Zielsetzungen. Der klassische Planungsprozess endet mit der Herstellung, mit der letzten veräußerten Wohnung. Die langfristige strukturelle Problembehebung liegt in den Händen der öffentlichen Akteure. Das Problem haben die Nutzerinnen, zum Beispiel in nicht ausreichend urban entwickelten Gebieten, die zwar eine hohe Dichte aufweisen, aber aufgrund von Lage, Bebauung oder Infrastruktur kein urbanes Gefüge entstehen lassen. Die Verödung ganzer Gebiete ist oftmals die Folge. Erst durch aufwändige Maßnahmen seitens der öffentlichen Akteure und der Zivilgesellschaft lassen sich diese Defizite reparieren; wirtschaftlich verwertet ist das Gebiet aber schon lange. Welche regulierenden Möglichkeiten, zum Beispiel in Form von Förderungen, die öffentlichen Akteure vorab haben oder haben könnten soll an anderer Stelle dieser Arbeit geklärt werden.



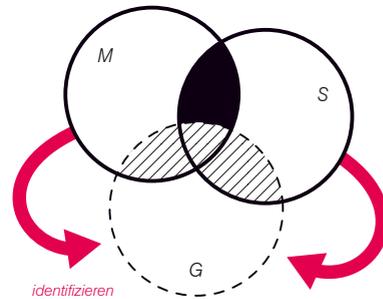
*Idealtypische Zivilgesellschaft*



*Geringe Mitgestaltung an öffentlicher Planung*



*Geringe Mitgestaltung an öffentlicher und privatwirtschaftlicher Planung*



*Ausgeglichene Akteursgemeinschaft*

Auf Seiten der öffentlichen Akteure ist eine starke Verunsicherung, die richtigen Entscheidungen zu treffen, spürbar. Sie ist oftmals in der unübersichtlichen Nutzerdiversität begründet. Man will für alle das Beste, schließlich stehen bald Wahlen an, oder es wird wider besseres Wissen gehandelt, oder man unterschätzt die Komplexität der interdependenten städtischen Struktur. Die Schuld für etwaige Fehler in der Stadtentwicklung, in dieser verflochtenen Thematik, ausschließlich den Stadtplanern oder den öffentlichen Akteuren zuzuschreiben, würde aber zu kurz greifen. Maßgeblich trägt auch das Verhalten der Nutzerinnen und Stadtkonsumenten dazu bei, wie Stadt realisiert wird. Zu unergründet sind die Möglichkeiten zu partizipieren, zu unerfahren ist die Zivilgesellschaft dabei, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, gar zu adressieren, und zu wenig scheinen sich die Bewohner mit ihrer Umwelt auseinandersetzen zu wollen.

Das alte Politikverständnis der Bevölkerung, Handlungsmacht und Entscheidungshoheit abzugeben, hält weiterhin vor. Schließlich ist es einfacher, sich nicht mit der Stadtgestaltung auseinanderzusetzen, jedoch später alle Schuld den Planungsverantwortlichen zu übertragen. Das soll die Akteure von Staat und Markt nicht von ihrer Verantwortung befreien, vielmehr müssen alle Akteure auf dasselbe Ziel, nachhaltige Stadtentwicklung, eingeschworen und eventuelle Wissens- und Erkenntnisdefizite ausgeglichen oder gemeinsame Werkzeuge zur Überwindung des Wissensvorsprunges der Planenden entwickelt werden. Das Verständnis von »Governance« nur auf der Ebene öffentlicher und privatwirtschaftlicher Entscheidungsträger zu diskutieren genügt nicht; vielmehr müssen der Bevölkerung der Umgang mit ihrer Handlungsressource und die Relevanz ihrer individuellen Handlungen erklärt werden. Die Systematik des Netzwerkes, der Erkenntnisgewinn, muss fundamentaler Teil des zivilgesellschaftlichen Agierens werden. Anders betrachtet, müssen aber auch die Nutzer von den klassischen Akteuren als Handelnde akzeptiert und ernst genommen werden. Sie dürfen nicht instrumentalisiert, in einer Eventkultur abgestumpft und ihres Drangs nach Mitbestimmung nachhaltig beraubt werden. Klaus Selle verhandelt das in einem Aufsatz als „Particitainment“ [109]: „Statt substanzieller Diskurse im Kontext einer lebendigen lokalen Demokratie wird eine Bürgerbeteiligung inszeniert, die Teilhabe an Meinungsbildung und Entscheidungen suggeriert ohne diese einlösen zu können.“ [110]

Erst dann lassen sich eingespielte Machtstrukturen auflösen und sukzessive zu einer heterarchischen Struktur entwickeln. Auf den Marktdruck, dem die öffentlichen Akteure ebenso wie die Stadtbewohner ausgesetzt sind, können diese nur mäßig reagieren, was einem langwierigen prozesshaften Vorgehen entspricht. Die ökonomische Handlungsweise vieler vermag diesen Druck möglicherweise zu mindern.

[109] Klaus Selle, *Particitainment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, S.3, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particitainment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf), abgerufen 16.02.2015

[110] Ebd.

## Handlungsweisen von Entscheidungsträgerinnen

Im folgenden Abschnitt sollen anhand von drei Beispielen die Handlungsweisen und die Interdependenzen der verschiedenen Akteure und Entscheidungsträgerinnen im Feld des »urbanen Handelns« dargestellt werden. Wie im vorangegangenen Punkt schon einleitend beschrieben, sind vielfältige gegenseitige Beeinflussungen, Vernetzungen, Abhängigkeiten, Überlagerungen und/oder Kooperationen, aber auch Vorteilmnahmen und Tricks diesem Betätigungsfeld immanent. Die folgenden Fälle mit Realitätsbezug sollen einen Einblick in diese Thematik geben und das Machtgefüge zwischen Einzelpersonen und/oder Gruppen verschiedenster Akteure in der Stadt- und Lebensraumgestaltung detaillieren.

### *Wenn Großkonzerne sich mit zivilen Federn schmücken*

Ein Stadtteil oder ein Areal scheint entwicklungsbedürftig. Gleichzeitig stellt dieser Ort für ein Unternehmen ein außergewöhnliches Entwicklungspotential dar: Es gibt Konsumenten, die perfekt in die Marketingzielgruppe eines Unternehmens passen, und noch dazu lässt sich Bürgerbeteiligung fantastisch vermarkten – die Idee scheint perfekt und die Vorgangsweise klar. So geschehen in Berlin Kreuzberg.

Die Initiatoren eines urbanen »Think Tanks«, ein Veranstalterkonglomerat aus Investoren, Marke sowie Kunst- und Kulturinstitution: das *BMW Guggenheim Lab*. Der Standort ist eine der bekanntesten und umkämpftesten Brachen in Kreuzberg, die Cuvrystrasse 50-51. Hier sollen, wenn es nach dem Portfolio des ansässigen Immobilieninvestors geht, auf einer Grundstücksgröße von 9.300m<sup>2</sup>, 39.000m<sup>2</sup> Mietfläche, darunter Wohnungen, Einzelhandel und Büros, entstehen [111].

Vielfältige Freizeitangebote, hohe Kaufkraft bei den Zuziehenden und eine unaufhaltsame Gentrifizierung des ehemaligen Arbeiterbezirkes – umgangssprachlich ausgedrückt: Der Bezirk ist »hip«. Die Ziele der Veranstaltung sollten unter anderem »[...] the exploration of new ideas, experimentation, and ultimately the creation of forward-thinking visions and projects for city life« [112], die Vernetzung der Bürgerinnen und eine diskussionsoffene Auseinandersetzung mit dem Thema »making« sein. »The Berlin Lab's 97 talks, 101 workshops, 14 screenings, 5 special events, and 27 citywide explorations offered practical ways to empower residents with tools and ideas for shaping their urban environments.« [113] Die Intentionen der Veranstaltergruppe sind vielfältig: Der Autokonzern rechnet unter anderem mit positivem »Branding«, die Betreiberorganisation der Guggenheim Museen möchte mittels partizipativen Aktionen Imagepflege hinsichtlich der gescheiterten Bilbao-Strategie be-

[111] RITTER - Finest Real Estate, <http://www.ritter-projekte.de/objekte/aktuelle-projekte/2012-cuvrystrasse-50-51-berlin.html>, abgerufen 20.04.2015

[112] The Solomon R. Guggenheim Foundation, *What Is the Lab?*, <http://www.bmwguggenheimlab.org/what-is-the-lab>, abgerufen 20.04.2015

[113] Ebd.

treiben [114] und damit versuchen, wie Tobias Timm es in *Die Zeit* beschreibt, „den Ruch imperialen Hochmuts“ [115] abzustreifen.

Die Stadtvertreter sind glücklich einen derartigen Partner in der Stadt zu haben und plötzlich mit New York und Mumbai, den anderen Destinationen des Labs, auf derselben Stufe zu stehen. Außerdem hat die Stadt das wirtschaftliche Potential der »Kreativen Klasse« erkannt, will es in die Stadt bringen und in der Stadt halten. Man verspricht sich von der Zielgruppe also einen kreativen Impuls für den Standort, der sich in einer positiven ökonomischen Entwicklung der Stadt oder Region niederschlägt. Nach den Regeln des Richard Florida, soll die Kreativindustrie der Motor der Zukunft sein. Die Veranstaltung verspricht also, neben der Zielgruppenbindung, die übrigen Bewohner fit für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts zu machen. Es geht um Talente, Technologie und Toleranz [116], aber auch prekäre Arbeitsverhältnisse, Konkurrenzkampf und Kapitalismus, um die Kehrseite mit einzuschließen.

Schlussendlich landet das Laboratorium nach harschen Anwohnerprotesten in Kreuzberg am Pfefferberg in Prenzlauer Berg, einem Bezirk, der sich in den letzten Jahren in vielen Gentrifizierungsdebatten bemerkbar machte, in einem, so könnte man sagen, schon aufgewerteten Areal. Der Anwohnerverein *Leute am Teute* spielte bei der neuerlichen Formierung von Bürgerprotesten, laut Thomas Wagner, eine entscheidende Rolle. „Auch hier (Anm. d. Verf.: Bürgerproteste hatten die Veranstalter veranlasst, den ursprünglichen Veranstaltungsort zu räumen.) erkannte man rasch, dass es beim *BMW Guggenheim Lab* nicht um die Installierung eines emanzipatorischen Diskussionsforums geht, sondern um den elitären Versuch, den Verlauf wichtiger gesellschaftlicher Debatten mit Hilfe einer entsprechenden Rahmensetzung zugunsten privater Profitinteressen zu steuern.“ [117] Der Protest gegen diese harmlos erscheinende und vielleicht sogar brückenschlagende Veranstaltung ist in den Befürchtungen begründet, das Viertel könnte dadurch weiter aufgewertet oder noch stärker »entwickelt« werden. Schon jetzt sind in Berlin massive Mietpreiserhöhungen nach Sanierung einfacher Gründerzeitimmobilien um bis zu 185% keine Seltenheit. Hier eine soziale Verantwortung bei privatwirtschaftlichen Akteuren einfordern zu können, wäre utopisch. Die Sichtweise und Einordnung von leistbarem Wohnraum ist klar von der finanziellen Lage der Stadtbewohner abhängig. Umso mehr gilt es, mit sozialer Verantwortung im Stadtraum zu agieren.

Aber wer reguliert? Wenn der Staat, oder in diesem Fall die Stadt, die finanziellen Handlungsmöglichkeiten verliert, um ein den Bedürfnissen der Stadtbewohner entsprechendes Lebensumfeld bereitzustellen, sollte man sich dann nicht glücklich schätzen, auf sozial aktive Großkonzerne vertrauen zu können? Idealerweise wollen wir also sozial verantwortungsbewusste Marktakteure, die sich für die Belange

[114] Vgl.: Thomas Wagner, *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*, PapyRossa, Köln 2014, 2. Auflage, S.25

[115] Tobias Timm, *Matschen für Berlin. Mit Wut, Bangen und Hoffnung wurde es erwartet. Jetzt hat das BMW Guggenheim Lab mit der Arbeit begonnen*, in *Die Zeit* Nr.26, Zeitverlag Gerd Bucerius, Hamburg 2012

[116] Vgl.: Richard Florida, *The Rise Of The Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*, Basic Books, New York 2002, S.249

[117] Thomas Wagner, *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*, PapyRossa, Köln 2014, 2. Auflage, S.26

der Bevölkerung einsetzen. Ist die Werbung, die sie damit betreiben, ein notwendiges Übel, das es für einen übergeordneten Mehrwert in Kauf zu nehmen lohnt? Im Grunde vielleicht ja. Aber es stellt sich die Frage, welche Entwicklung die »Akteure« mit »Entwicklung« meinen, wie wirksam die sogenannten »Tools of Empowerment« tatsächlich sind und wer die Zielgruppe des Mitbestimmungsprozesses ist.

»Entwicklung« enthält grundsätzlich die Problematik, dass manche auf der Strecke bleiben. In diesem Fall sind es die zahllosen auf geringe Mieten und ein leistbares Lebensumfeld angewiesenen Bürger. Ihnen bleibt häufig, dramatisch veranschaulicht, nur der Wegzug in die Massenquartiere der Randbezirke. Man könnte behaupten, diese Entwicklungen fanden schon immer statt und werden immer wieder stattfinden. Stadtentwicklung ist, gerade in Berlin, einem permanenten Kreislauf der Umsiedelung und Erneuerung unterworfen. Die Frage ist nur, ob die solcherart entwickelnden Eingriffe der Akteure nicht eher denjenigen zugute kommen sollten, die dort leben, und ihnen so ein Mitwachsen ermöglichen, oder ob stattdessen ein marketingwirksamer »Input« von außen die Wirtschaftsleistung anregt und vorbereitend für eine neu zuziehende Zielgruppe wirkt. In den Rahmenbedingungen der partizipativen Veranstaltungen sind, wie das Wort »Partizipation« für sich schon beschreibt, nur die Teilnahme an Prozessen erwünscht, nicht aber deren Entwicklung. Das »Making« beschränkt sich also auf eine vordefinierte Auswahl an Möglichkeiten und stellt keinen langfristigen Raum für selbstaktives Handeln bereit. Vielmehr wird den Teilnehmenden eine Verantwortung am Prozess suggeriert, die sie nicht währenddessen, sondern oft erst bei Missglücken der sogenannten Entwicklungen übertragen bekommen. Die Bewohner erhalten also nur vordergründig die Möglichkeit, sich mit der Stadt mitzuentwickeln. Sie sollen Fertigkeiten des »urbanen Handelns« lernen, die aber außerhalb dieses speziell inszenierten Rahmens keinen Raum bekommen, nicht von den öffentlichen Akteuren und noch weniger von den Markt-Akteuren.

Das *BMW Guggenheim Lab* konnte, wenn man etlichen Nachbesprechungen Glauben schenkt, die Erwartungen, einen offenen Diskurs zu führen bei weitem nicht erfüllen. Hannah Pilarczyk schreibt im *SPIEGEL ONLINE*: „Nicht zuletzt der Protest gegen die mögliche Ansiedlung des Labs in Kreuzberg hat gezeigt, dass vor Ort längst vielschichtige Kontroversen laufen, in den [sic] Anwohner ihre Vorstellungen von Stadt und lebenswerten [sic] Wohnraum äußern. Aber ein Andocken oder Weiterführen bestehender Diskussionen schien gar nicht das Anliegen des Labs zu sein [...]. Nein, das Kuratorenteam schien davon ausgegangen zu sein, dass man mit dem Lab vor allem Wissen in die Stadt werde tragen können.“ [118]

[118] Hannah Pilarczyk, *BMW Guggenheim Lab: Occupy, sponsored by*, in *SPIEGEL ONLINE*, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/bmw-guggenheim-lab-resuemee-des-umstrittenen-projekts-a-846775.html>, abgerufen 20.04.2015

„Wien wächst...“ [119]. Das ist der Leitsatz, wenn es um die derzeitigen Entscheidungen in der kommunalen Stadtentwicklung in Wien geht. Bis ins Jahr 2034 soll die Stadtbevölkerung laut Statistik gegenüber 2014 um bis zu 15% wachsen [120]. Was bedeutet das für die Bauwirtschaft? Aufträge. Für die lokale Wirtschaft? Eine Vergrößerung des Absatzmarktes vielleicht? Für die öffentlichen Akteure? Viele offene Entscheidungen. Und für die zivilen Akteure des »urbanen Handelns«, die Stadtbewohner? Wir wissen es nicht! Die Tendenzen für die staatlichen und wirtschaftlichen Akteure lassen sich relativ klar über Statistiken prognostizieren. Die demografischen Entwicklungen ebenso. Es lassen sich Leitbilder erstellen oder Stadtentwicklungspläne. Zum Verhalten und dem Verhältnis der Bewohner zu urbanen Räumen kann man keine zielgenaue Voraussage treffen. Zu individuell sind die Lebensrealitäten, zu rasch fortschreitend sind die gesellschaftlichen Entwicklungen und der technologische Fortschritt ändert kontinuierlich unsere Lebensweisen, unsere Kommunikation und unsere Interaktion. Wir können nicht voraussagen, was in Zukunft unsere konkreten Bedürfnisse und Wünsche an das städtische Umfeld sein werden. Wir können sie höchstens errahnen.

Die Stadt Wien geht davon aus, „[...] dass in Zukunft eine verstärkte Präferenzneigung zugunsten der urbanen Lebensweise zu erwarten sein wird. Das betrifft einerseits Singles und kinderlose Haushalte, für die der städtische Freizeit- und Kommunikationswert einen hohen Stellenwert besitzt. [...] Aber es ist auch davon auszugehen, dass mit zunehmendem Alter nicht nur die Mobilitätsbereitschaft abnimmt, sondern die Vorzüge der städtischen Infrastruktur im Gesundheits- und Kulturbereich hoch geschätzt wird.“ [121] Folgerichtig muss die Stadt das Neubausvolumen erhöhen. Es beträgt bis zum Jahr 2024 ca. 79.000 zusätzliche Wohneinheiten.

Aber was ist urbaner Lebensstil, ist es die bloße Bereitstellung von urbanen Strukturen wie Dichte, kulturelles Angebot, gute Infrastruktur und kurze Wege, um nur einige Faktoren zu nennen, oder wandelt sich der urbane Bewohner nicht gerade in seinen Vorstellungen von Lebensmodellen, Gewohnheiten, Flexibilität und Selbstbestimmung? Gehört zum urbanen Lebensstil in Zukunft auch das »urbane Handeln«, das Mitgestalten und Mitentscheiden? Wenn wir heute starre Strukturmodelle, räumlich wie sozial, in den Stadtraum implantieren, kann diese Struktur sich mit den Änderungen des urbanen Verhaltens mitverändern, mitwachsen, sich mitentwickeln oder ist der behäbige Umformungsprozess aktueller Raum- und Gesellschaftsstrukturen ein Bremsklotz für zukünftige Entwicklungen?

Ein Beispiel aus der Zeitspanne von 2014 bis 2034, also von zwanzig Jahren, soll einen Klärungsversuch darstellen. 1994. Die erste Version des Netscape Navigator wird veröffentlicht, das Internet wird langsam einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und die erste SMS wird gerade versendet. Der verbindliche Stadtentwick-

[119] Stadt Wien, *STATISTIK JOURNAL WIEN 1/2014. WIEN WÄCHST... Bevölkerungsentwicklung in Wien und den 23 Gemeinde- und 250 Zählbezirken*, Magistrat der Stadt Wien MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik (Hg.), Wien 2014, <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/wien-waechst.pdf>, abgerufen 22.04.2015

[120] Vgl.: Ebd. S.13

[121] Ebd. S.98

lungsplan *step* feiert sein zehnjähriges Bestehen. In der Stadtplanung wird über das zunehmende Bevölkerungswachstum, die sich durch den Fall des Eisernen Vorhangs geänderten und durch internationale Zusammenschlüsse ergebenden marktwirtschaftlichen Veränderungen, die neuen verschärften Wettbewerbs- und Konkurrenzbedingungen und eine »Neue Gründerzeit« gesprochen [122]. Helmut Zilk schreibt im Vorwort des *step1994*: „Gemeinsam mit den politischen Verantwortlichen ist es die Aufgabe aller in Wien gestaltenden Kräfte – damit meine ich auch jeden einzelnen Mitbewohner dieser Stadt – im Geiste des vorliegenden Stadtentwicklungsplanes an der Gestaltung unseres Wiens mitzuwirken.“ [123] Eine klare Aufforderung und eine klare Vorgabe an die politischen Akteure.

Die Mittel der Stadt Wien, um die zur damaligen Zeit vorrangig erscheinenden Ziele zu erreichen, sind die kompakte und konzentrierte Stadtentwicklung, eine dynamische Stadtentwicklung mit adäquater Expansion und gleichzeitig einer inneren Stadtentwicklung hohe Relevanz zukommen zu lassen [124]. Eingefordert wird von den Verfassern des *step1994* auch eine neue Planungskultur. Das ist umso beeindruckender, da das einer noch nicht dagewesenen Selbstkritik im Bezug auf Handlungsweisen der politischen Akteure, speziell im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Akteure, gleichkommt. Es scheint so, als hätten die Planungsverantwortlichen die Wissensressource der Bevölkerung und die positiven Aspekte der Bürgerbeteiligung erkannt und wollten durch den Einsatz neuer „[...] Organisationsformen und institutioneller Träger in Planungsverfahren [...]“ [125], dabei sollen bevorzugt horizontale Organisationsformen mit geringer Hierarchie eingesetzt werden, direkt auf die Stadtbevölkerung zugehen. So sollen die Planungsverantwortlichen der öffentlichen Hand durch neue Kompetenzen beispielsweise durch die „[...] Einübung in kooperatives Planen [...]“ und die „[...] Stärkung der sozialen Kompetenzen der Planungsbeteiligten (Animation zur Aktiven Planungsbeteiligung und Interessensvertretung, Einübung in kooperatives Arbeiten in Gruppen und kooperative Entscheidungsfindung, moderierte Planungsverfahren) [...]“ [126], die Lücke zu den Nutzerinnen und Stadtbewohnern schließen.

Die vorrangig angewandten vertikalen Organisationsformen politischer Entscheidungsprozesse laufen diesem Konzept allerdings zuwider. Vor allem wenn sie in enger Abstimmung mit den wirtschaftlichen Akteuren erfolgen, ist nicht davon auszugehen, dass eine großzügige Einbindung im Interesse der Stadtbewohner oder der direkt Involvierten angestrebt wird beziehungsweise systembedingt überhaupt angestrebt werden kann, da zum Beispiel Flächenwidmungen, Bebauungsstudien, Vorentwürfe mit Bebauungsplänen und Grünraumkonzepten und so fort, schon vor der Einbindung der Nutzerinnen mit den wirtschaftlichen Akteuren im Rahmen von konkreten Verwertungsvorstellungen festgelegt werden und im Nachhinein

[122] Vgl.: Stadt Wien, *Stadtentwicklungsplan für Wien. step1994*, Magistrat der Stadt Wien MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wien 1994, Mitteilung an den Wiener Gemeinderat (Sitzung am 15. April 1994) I, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b006750.pdf>, abgerufen 22.04.2015

[123] Ebd. Vorwort

[124] Vgl.: Ebd. S.56

[125] Ebd. S.195

[126] Ebd.

auch von Seiten der Politik nicht mehr ohne Weiteres korrigierbar sind. Zur Verdeutlichung der Problematik soll als Praxisbeispiel die Bebauung der Donauplatte und die Entwicklung der Donacity in Wien dienen, die in die Zeit des *step1994* fällt. Der Standort, im Besitz der Stadt Wien, sollte ursprünglich die ExPO 1995 beherbergen. Nach einer Volksbefragung, in der sich die Stadtbewohnerinnen gegen die Austragung entscheiden, wird dieses Projekt allerdings abgesagt und das Gebiet an die WED, die *Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum AG*, an der die größten österreichischen Banken und Versicherungen, unter anderem die *Bank Austria*, *BAWAG P.S.K.*, *Erste Bank*, *Raiffeisen*, *UNIQA* und die *Wiener Städtische* beteiligt sind [127], übertragen. Dem 1992 erstellten Masterplan von Adolf Krischanitz und Heinz Neumann, der vielbeachtete positive Resonanz in der Fachwelt auslöst und ein städtebauliches Ordnungssystem für die zukünftige Bebauung vorsieht, das den künftigen Bewohnerinnen und Kultursuchenden einen breiten Nutzungsmix anbietet, wurde mit den eingeleiteten Wettbewerbsverfahren nur mehr untergeordnete Beachtung geschenkt. So beschreibt Robert Temel in *architektur.aktuell*: „Krischanitz/Neumann entwickelten eine kleinteilige Struktur aus quadratischen Parzellen mit 42 m Seitenlänge, in denen jeweils entlang einer Seite mit einer Gebäudetiefe von 19 bis 25 m gebaut werden durfte. Der große Wurf des Konzeptes war neben dieser aleatorischen Ordnung die Aufgabe der bisher in allen Plänen vorgesehenen Riesenplatte über das gesamte Gebiet: Durch den Aushub der ehemaligen Mülldeponie war ein 9 m tiefes Loch entstanden, das nun für eine vielfältig bespielbare, offene Höhenentwicklung genutzt wurde: Auf der Ebene 0 sollte der Autoverkehr situiert sein, auf der Ebene 3 die Fußgänger, und dazwischen Garagen, Grünräume und diverse Sondernutzungen. Für das Konzept erhielten Krischanitz/Neumann 1995 den ersten Otto-Wagner-Städtebaupreis.“ [128] Und weiter: „Wenn man nun aus heutiger Sicht die Ziele des Krischanitz/Neumann-Masterplans mit dem derzeitigen Stand der Dinge vergleicht, so stellt man fest, dass die heutige Bebauung und Planung der Donau-City wesentlich weniger kleinteilig ausgefallen ist, als das intendiert war. Der Masterplan sah eher gleichmäßig niedrige, gleichwertige Strukturen vor, während jetzt starke Höhendifferenzierungen ausgebildet werden.“ [129] Zusätzlich wurde in den meisten Fällen zugunsten einer optimierten Verwertung der Gebäude auch auf die offenen Erdgeschoßzonen und Geschäfte verzichtet. So sollten laut ursprünglichem Masterplan sogar zwei Geschäftsebenen über der 0-Ebene einen urbanen Charakter sicherstellen und die Entwicklung einer eigenständigen identitätsstiftenden Stadtkultur unterstützen. Ein übergeordnetes Konzept für eine sinnvolle Durchwegung des Areals ist ebenfalls nicht erkennbar, vielmehr scheinen sich die Einzelparzellen klar voneinander abzugrenzen zu wollen. Die gesperrten Zonen, die baulichen Barrieren (damit sind nicht nur die Gebäude, sondern auch die zahllosen, wahllos positioniert erscheinenden technischen Einrichtungen gemeint), die kleinteiligen Treppenanlagen werden sich wohl den Ortskundigen nach einiger Zeit erschließen, eventuellen Besuchern eher nicht. Ein nutzbarer, gar aneignbarer öffentlicher

[127] Vgl.: Reinhard Seiß, *Wer baut Wien?*, Verlag Anton Pustet, Salzburg 2013, 4. Auflage, S.26

[128] Robert Temel, *Ideenspuren. 15 Jahre Planungsgeschichte in der Donau City*, in *architektur.aktuell* 09/99 Nr. 232, *architektur.aktuell*, Wien 1999, S.100f

[129] Ebd.



Kulturzone

Raum ist nicht erkennbar. Mit Besuchern oder Stadtflaneuren, die die Wege und Plätze begehen sollten, ist ohnehin nicht zu rechnen, da es keinen offensichtlichen Grund gibt, sich in der Donau City aufzuhalten. Der geplante urbane Nutzungsmix ist nicht spürbar, vielmehr wirken die Bewohner wie Einzelhandelsattraktoren für die Grundversorgung der Büroangestellten. Die von der WED ausgewiesene Kulturfläche, die das Donauufer mit der Donaucity verbinden sollte, zeigt sich im Frühjahr 2015 immer noch als eingefriedete Brachfläche. Eine entsprechende Zwecknutzung scheint aber ohnedies nicht sinnvoll, da die besagte Kulturfläche sich vorwiegend dadurch auszeichnet, von zwei Seiten von Wohnbauten eingefasst zu sein. Aber man wird sehen. Die nachträgliche Entwicklung einer Stadtkultur wird vermutlich erst mit der steigenden Unzufriedenheit der Bewohner beginnen. Die Nachteile einer solcherart willkürlich agglomerierten Bebauung auszuführen, würde nur einer Wiederholung des Abschnittes über den Bauwirtschaftsfunktionalismus entsprechen, damit sei auf das besagte Kapitel verwiesen. Ob die Initiatoren von urbanisierenden Prozessen letztlich die Bewohner selbst sein wollen oder die Stadtverwaltung diese Aufgabe zugesprochen bekommt, wird sich in Zukunft weisen.

An diesem Fall lässt sich jedenfalls gut erkennen, wie durch eine Dysbalance der Akteure von Markt, Staat und Zivilgesellschaft beziehungsweise dem gänzlichen Fehlen einer Hauptinteressensgruppe, jener der Nutzer, im Stadtentwicklungsprozess gezielt an der Nutzersphäre vorbei agiert wird, um privatwirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Ein urbanes Gefüge herzustellen oder den Aufbau einer Stadtkultur zu unterstützen, wie in der ursprünglichen Masterplanung vorgesehen, sollte jedenfalls die Aufgabe der Entscheidungsträger sein. „An städtebauliche Strukturen

sollte der Anspruch gestellt werden, möglichst vielseitige Spielräume für zukünftige Interpretationen offen zu lassen und auch nachträglichen Veränderungen bis zu einem gewissen Ausmaß standhalten zu können. Beispielsweise könnte durch die möglichst nutzungsoffene Gestaltung der Erdgeschoßzonen in den geplanten Stadtentwicklungsgebieten eine relativ nutzungsflexible, »morphologische Grundstruktur« geschaffen werden.“ [130] Nachträglich in eine räumlich ungeeignete Struktur ein urbanes Gefüge oder eine örtliche Identität abseits der schönen Bilder zu integrieren, wird, wenn überhaupt, nur durch langwierige und massive Investitionen der öffentlichen Akteure, finanziell wie personell, und durch die couragierte Teilnahme der Bewohnerinnen möglich sein. Eine Erkenntnis, die dem verbindlichen Stadtentwicklungsplan von 1994 ebenfalls zu entnehmen gewesen wäre: „Eine höhere Dichte erlaubt zwar eine entsprechende Ausnutzung der Infrastruktur und ermöglicht damit die Lebensfähigkeit der notwendigen Versorgungseinrichtungen, garantiert aber noch keine »Urbanität« in den Stadterweiterungsgebieten. Da »Urbanität« nicht produzierbar ist, kann es in diesem Sinn keine »Rezepte« geben, sondern nur Vorbilder.“ [131] Die Lehre aus der Vergangenheit könnte sein, soweit es die Hauptakteure zulassen, Vorbilder zu schaffen, planerische, räumliche und soziale Strukturen offen zu halten und so zukünftige Veränderungen möglich zu machen. Eine Masterplanung und -verwertung wäre zumindest organisatorisch im Bereich des Möglichen gewesen. Raumgreifende Strukturen, wie in der ursprünglichen Planung vorgesehen, widersprechen aber offenbar der Machthaltung eigener Komplexe, die nur durch Parzellierung und Signalwirkung zu transportieren sind.

Wer dabei im grundlegenden Planungsprozess welche Rolle einnimmt, Markt, Staat oder Gesellschaft, wird lediglich durch ein individuelles, ein subjektives Zugehörigkeitsgefühl definiert, durch eine persönliche Identifikation mit Politik, Wirtschaft oder eben Zivilgesellschaft. Mit anderen Worten: Hinter allen Akteuren steckt wiederum der Nutzer selbst. Jede Konstruktion, Struktur oder jedes Ordnungssystem ist menschlichen Ursprungs und kann dementsprechend auch verändert werden. Die zivilen Akteure, die Nutzerin und der Bewohner, müssen für die Ausgestaltung ihres Lebensraumes selbst eintreten. Das Ziel muss sein, die im 18. Jahrhundert begründeten Vorstellungen der Aufklärung zur realen Handlungsweise der Zivilgesellschaft zu entwickeln. Um mit Immanuel Kant zu folgern: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ [132]

[130] Stadt Wien, *Stadtentwicklungsplan für Wien. step1994*, Magistrat der Stadt Wien MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wien 1994, S.58, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b006750.pdf>, abgerufen 22.04.2015

[131] Stadt Wien, *Stadtentwicklungsplan für Wien. step1994*, Magistrat der Stadt Wien MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wien 1994, S.57, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b006750.pdf>, abgerufen 22.04.2015

[132] Immanuel Kant, *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* in *Berlinische Monatsschrift*, Haude und Spener, Berlin 1784, Band 12, S.481, in *Deutsches Textarchiv*, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, [http://www.deutschestextarchiv.de/kant\\_aufklaerung\\_1784](http://www.deutschestextarchiv.de/kant_aufklaerung_1784), abgerufen 20.04.2015

In genauer Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten, der Umfeldsituationen und Zusammenhänge, ergeben sich für die Stadtbewohner oftmals lokale Handlungsmöglichkeiten, mittels derer kurz- oder langfristig, temporär oder statisch, über selbstaktives Handeln oder aktivierte Beteiligung neue städtische Räume erschlossen und qualitative Verbesserungen im Lebensumfeld erreicht werden können. Das soll als Ressource angesehen werden. »Urbanes Handeln« ist in diesem Sinne als Selbstermächtigung der Nutzer, aber auch als ein Wissenstransfer von lokalem Know-how an die Planer zu sehen. Die vorangegangenen Beispiele verdeutlichen dabei ausschnittsweise, welche Auswirkungen Stadtentwicklung ohne die Berücksichtigung der Handlungs- und Wissensressourcen der Stadtbewohner haben kann. Das bedeutet, dass entweder keine potentiellen Entwicklungsstrukturen in der Planung und bei den realisierten Projekten vorgesehen sind, die eine nachträgliche Aneignung durch die Nutzerinnen ermöglichen könnten, oder aber, dass Beteiligungsverfahren stattfinden, die allerdings nicht auf die Nutzung dieser Ressourcen der Bevölkerung abzielen. Hier sollen als Reaktion die Mittel der Stadtbewohner und die Einflussmöglichkeiten durch »urbanes Handeln« beispielhaft in den Fokus genommen werden.

»Urbanes Handeln« kann Orte aufwerten und entwickelt die Stadtstruktur parallel zur formalen Stadtentwicklung mit. Das heißt, dass »urbanes Handeln« nicht als Konkurrenz oder zwangsweise als Verbesserungsmethode bei schlechter Stadtentwicklung zu sehen ist, sondern parallel zur klassischen Stadtentwicklung stattfinden kann und soll. Vor allem Neubauquartiere können so zusätzlich eine emotionale Wertsteigerung erfahren, die Identifikation der Bewohner mit ihrem Lebensumfeld erhöhen und somit auch für die politischen und wirtschaftlichen Akteure einen positiven Impact generieren – zum Beispiel die Verminderung von Fluktuationen in Wohngebäuden, folglich die Stabilität von Mietverhältnissen, damit eine Gemeinschaftsbildung und Nachbarschaftshilfe, Stärkung des öffentlichen Raumes mitsamt ökonomischen Handlungen, Stärkung der lokalen Wirtschaft mit gleichzeitiger Sicherung von Arbeitsplätzen und generell die Identifikation durch die Bewohnerinnen, die Zentrumsbildung, soziale Aufwertung und Attraktivierung von Gebieten, um nur einige Faktoren zu nennen. Maßgeblich für die Realisierung ist das persönliche Engagement aller Beteiligten, der Wille gemeinschaftlich zu agieren und die Perspektive, dass die gesetzten Zielvorstellungen auch wirksam werden.

So haben Jason Roberts (IT) und Andrew Howard (Verkehrsplaner) 2010 die *the better block* Initiative in Dallas, Texas, ins Leben gerufen, die mit einfachen Mitteln und innerhalb von 24 Stunden aus einer Durchzugsstraße ein Stadtteilzentrum entwickelte. Nötig waren lediglich die Unterstützung der lokalen Geschäfte und der Anwohner sowie ein Budget von 1000 Dollar. Da die öffentlichen Auflagen bis zu diesem Zeitpunkt streng und in der kurzen Zeit keine Genehmigungen einholbar waren, entschlossen sich die Initiatoren zu einer Guerilla-Taktik. Im Rahmen einer vorwiegend illegalen Rückeroberung des öffentlichen Raumes wurden so binnen kürzester Zeit Fahrradwege geschaffen und der Verkehr reduziert, Geschäftslokale revitalisiert, Straßenbeleuchtungen und Bepflanzungen aufgestellt, Freizeitflächen errichtet sowie Cafés und Popupstores eröffnet und dergleichen mehr. Die Bezirksverantwortlichen zeigten sich beeindruckt und forcierten nun die Änderung von



Urbane Initiative, San Antonio, Texas, USA, the better block

komplizierten und hinderlichen Bestimmungen [133]. Man könnte meinen, dass solch eine Intervention nur von kurzer Dauer ist, aber die Aufwertung des Straßenraumes blieb. Zu positiv waren die Resonanzen auf das veränderte Verkehrskonzept, und die lokalen Händler konnten langfristige Umsatzsteigerungen verzeichnen. Das Gelingen von Projekten wie das der *the better block* Organisatoren setzt jedenfalls eine Struktur voraus, in der die Einzelhandlungen in einer übergeordneten Gesamttaktion wirksam werden. Sozusagen ein angeführtes Netzwerk an Handelnden. Solcherart Netzwerke zu generieren oder zu begleiten könnte eine neue Form oder einen neuen Teilbereich der partizipativen Stadtentwicklung an der Schnittstelle von öffentlichen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Organisationen darstellen. Finanzielle Ressourcen sind für einen Initialprozess, wie er hier beschrieben wurde, kaum nötig. Wichtig ist jedoch, dass die öffentlichen Akteure auch ein Mindestmaß an Offenheit für die Entwicklungsbelange der Bewohnerinnen aufbringen und diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Die organisatorische Top-down Planung führt hingegen oft zu Missverständnissen und damit zu unbefriedigenden Lösungen für die Nutzerinnen.

Zu unterscheiden sind die besprochenen Formen der bürgerlichen Aktivitäten auch von den wirtschaftlich oder staatlich inszenierten Beteiligungsverfahren. Die vordergründig artikulierte Dialogbereitschaft ist meist nicht mehr als ein Versuch, die Bevölkerung in diese oder jene Richtung zu lenken, Entscheidungen zivilgesell-

[133] Vgl.: <http://betterblock.org/> und Jason Roberts, *How To Build a Better Block*, TEDxOU 27.01.2012, <http://tedxtalks.ted.com/video/TEDxOU-Jason-Roberts-How-To-Bui;search%3AJason%20Roberts>, abgerufen 27.04.2015

schaftlich zu legitimieren oder aber die Entscheidungsverantwortung schlicht zu verteilen, um nachträgliche Einsprüche oder die Einsprüche von einer sich formierenden Gegnerschaft abwenden zu können. Die Zivilgesellschaft wird so zu einem »Kampffeld« der Akteure mit dem Ziel, Interessen mehrheitsfähig durchzusetzen. Damit wird langfristig nicht nur die aufkeimende Handlungsbereitschaft der Bevölkerung unterminiert, sondern die politischen Akteure fügen sich selbst erheblichen Schaden in der öffentlichen Meinung zu. Mit anderen Worten: Solcherart Strategien der öffentlichen Akteure vermindern insgesamt das Standing der öffentlichen Akteure bei ihrer Wählerschaft [134].

Jesko Fezer und Mathias Heyden zufolge scheint es nur eine Frage der Zeit, bis auch die politischen Akteure die Möglichkeiten und darüber hinaus auch den Mehrwert von urbanen Handlungsweisen und Mitgestaltungsprozessen erkennen werden. „Der prozesshaft-diskursiven Technik der Mitbestimmung wird eine ökonomische Überlegenheit gegenüber statisch-hierarchischen Organisationsmodellen zugeschrieben. Selbstorganisationstheorien aus der Biologie, Mathematik, Informatik, Ökonomie oder Stadtplanung erkannten schon früh die Fehlerfreundlichkeit durch Selbstkorrektur und die Innovationskraft selbstorganisierter Zusammenhänge. So betrachtet überlagert sich die Hoffnung auf gesellschaftliche Enthierarchisierung durch Partizipation in der Regel mit dem Versprechen der Effektivität und besseren Kontrolle.“ [135] Ob die Werkzeuge und Mittel in einer für die Gesellschaft positiven Form Anwendung finden, wird sich in der Zukunft herausstellen. Sicher ist jedenfalls, und das beweist auch die Resonanz auf die mittlerweile zahlreichen Projekte von *the better block*, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, an solcherart Projekten mitzuwirken, erheblich gewachsen ist.

### **Planungs-, Bauabläufe, Zeitplan und Instanzen**

Kommunale Planungs- und Steuerungsverfahren beginnen in der Regel mit der Artikulation der Zielvorstellungen der öffentlichen Akteure. Das inkludiert die Schaffung von Wohnraum, Büroflächen, öffentliche Einrichtungen, öffentlichen Räumen, Grünräumen, substanziellen Verbesserungen, Verbesserung der Infrastruktur, des Verkehrs und vielem mehr. Zur Indikation von Planungsvorhaben dienen unterschiedlichste Quellen: Statistiken, Verpflichtungen und Versprechen oder ökonomische Parameter, um nur einige zu nennen. Die Gesprächspartner in dieser frühen Phase sind allerdings nicht die Nutzerinnen, sondern die Ausführenden beziehungsweise die Akteure des Marktes.

Das private Planungsverfahren beginnt in der Regel mit der Artikulation der Zielvorstellungen der wirtschaftlichen Akteure. Das inkludiert, vorbehaltlich der Nut-

[134] Vgl.: Thomas Wagner, *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*, PapyRossa, Köln 2014, 2. Auflage, S.136

[135] Jesko Fezer, Mathias Heyden, *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004, S.15

zenmaximierung, die Schaffung von Wohnraum, Büroflächen, Geschäftsflächen, die Abwicklung öffentlicher Aufträge und dergleichen mehr. Zur Indikation der Planungsvorhaben dienen unterschiedlichste Quellen: Statistiken, Markttendenzen, wirtschaftliche und ökonomische Parameter und so fort. Auch hier sind die Gesprächspartner in den wenigsten Fällen die Nutzerinnen, sondern die Auftraggeber, die Investoren, die politischen Entscheidungsträger und die öffentliche Verwaltung.

Damit ist in beiden Fällen, unabhängig von der Art oder der Projektgröße, der Zeitpunkt zur qualitativen Einbindung der Nutzersphäre in den Planungsprozess überschritten. Bei einer späten Einbindung der Nutzerinnen in den Projektverlauf lassen sich beispielsweise stadtplanerische oder räumlich-organisatorische Defizite vielfach nicht mehr ausreichend verbessern, da die maßgebliche Entscheidungsverantwortung von der öffentlichen Ebene auf die privatwirtschaftliche Ebene gewechselt hat, und die Beteiligung, zum Beispiel an der Detailplanung, kaum strukturelle Wirkung erzielt.

Diese Ordnung stammt aus einem überlieferten Planungsverständnis, in dem lediglich zwei Kommunikationspartner planungsrelevante Entscheidungen treffen: Bauherr und Ausführer. Dieses Verständnis kann nur sinnvoll sein, solange der Bauherr auch der Nutzer ist. Bei öffentlichem Planungshandeln ist es jedoch gleichbedeutend mit dem Ausschluss der zivilgesellschaftlichen Akteure. Es gibt folglich keinen gesicherten Anspruch der Nutzer darauf, an Planungen und maßgeblichen Veränderungen der Stadt mitzuwirken. Eine Neuorganisation dieser Abläufe ist der wissenschaftlichen und politischen Anerkennung »aller« als raumwirksame Akteure [136] immanent. Notwendig ist folglich eine Veränderung der Planungskultur und, im Sinne vorausdenkender öffentlicher Planungsbeteiligter, eine „[...] bessere zeitliche Ordnung von Planungsverfahren zur Wahrung öffentlicher Interessen und Vermeidung individueller Nutzenmaximierung auf Kosten der Allgemeinheit – nur so sind auch Elemente der Partizipation und abgestimmter, »planvoller« Entscheidungsfindung entwickelbar und anwendbar.“ [137]

[136] Vgl.: Klaus Selle, *Stadtentwicklung aus der "Governance-Perspektive". Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung*, in Uwe Altröck, Grischa Bertram (Hg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure-Strategien-Strukturen*, transcript Verlag, Bielefeld 2012, S.38

[137] Stadt Wien, *Stadtentwicklungsplan für Wien. step1994*, Magistrat der Stadt Wien MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wien 1994, S.199, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b006750.pdf>, abgerufen 22.04.2015



### **Wer, wenn nicht »Sie«: ein Leitsystem**

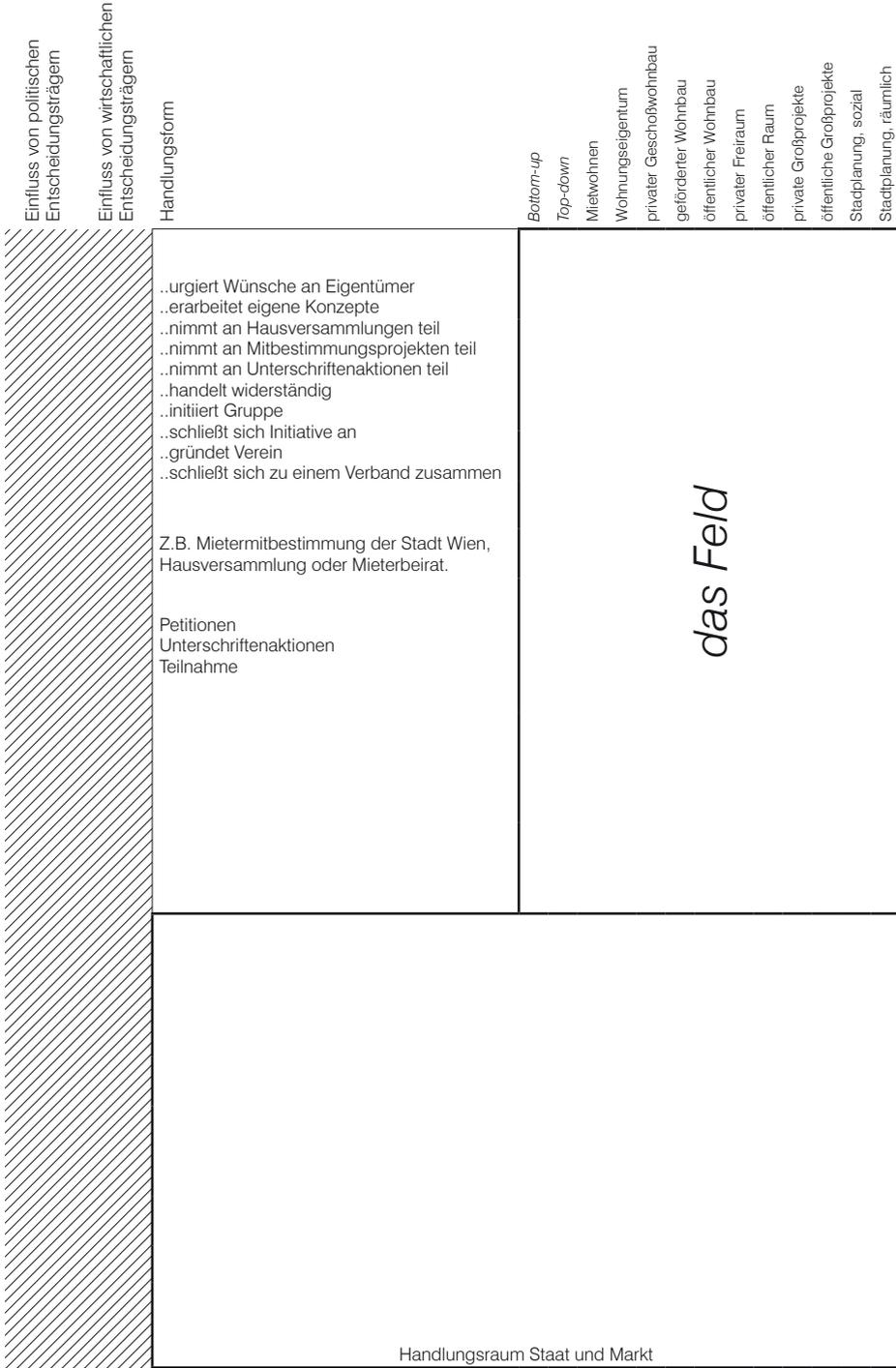
Die folgende Grafik stellt die bisher behandelten Kategorien von Nutzerbeteiligung und ihre Maßstäbe gegenüber. Sie soll die Beziehungen zwischen den Akteuren und Gestalterinnen verschiedener partizipativer Prozesse veranschaulichen. Ein Leitsystem ist bei einem derart weiten Feld sicherlich problematisch, da es Grenzen aufzeigt, die in manchen Prozessen möglicherweise überschritten werden, in dieser Form nicht vorhanden sind oder aber Grenzen zieht, wo keine sein müssten. So ist die nachfolgende Aufschlüsselung als Veranschaulichung der Vorgänge auf diesem Gebiet zu deuten und maßt sich keine vollständige Beurteilung an. Die Größen resultieren aus einer Interpretation der Literatur dieser Arbeit, da auch diesbezüglich keine absoluten Zahlen herangezogen werden können. Um die privaten Initiativen und Gruppierungen weiter zu differenzieren, wurde dem Leitsystem zur Kategorisierung eine Analyse zu selbstorganisiertem Wohnen von Simone Kläser beigelegt [138].

[138] Simone Kläser, *Selbstorganisiertes Wohnen*, in Arch+ 176/177, Arch+ Verlag, Aachen 2006, S.90ff

# Urbanes Handeln

# Stadt entwickeln

Akteure		Profil	Personenzahl	Autorität	gesetzlicher Einfluss	
Diverse Gruppen	Einzelperson	Einzel agierende Stadtbewohner, die als Ziel eine Verbesserung des persönlichen Lebensumfeldes anstreben.				
	Kleingruppe	Zusammenschluss mehrerer Personen, die als Ziel eine Verbesserung des Lebensumfeldes anstreben. <u>Demografisch gemischt, sozialkulturell eher homogen.</u>				
	Generationsübergr. Gruppen*	<u>Generationsübergreifend, sozial u./o. kulturell eher homogen.</u>				
	Lebenssituationsgruppen*	<u>Sozial u./o. demografisch u./o. kulturell homogen.</u>				
	Special Interest Group*	<u>Demografisch gemischt, sozialkulturell eher homogen.</u>				
Org. Gruppen	Initiative	Interessensvereinigung, die für die Erwirkung einer Zielvorstellung gegründet ist und diese Ziele entsprechend organisiert verfolgt. <u>Demografisch gemischt, sozialkulturell eher homogen.</u>				
	Verein	Professionell initiierte, rechtlich strukturierte Gruppe, die ein dem Verein entsprechendes Ziel verfolgt. <u>Sozial u./o. demografisch u./o. kulturell inhomogen.</u>				
	Verband	Zusammenschluss von Vereinen und Unterverbänden. <u>Sozial u./o. demografisch u./o. kulturell inhomogen.</u>				
	Architektur					
Politik	Privatwirtschaftliche Akteure	Eigenverantwortlich und zur persönlichen Durchsetzung von Zielen wirtschaftlich agierende Personen.				
	Politische Entscheidungsträger	Personen in (meist) hohen Ämtern mit Weisungsmacht.				
	Öffentliche Verwaltung, Exekutive	Verwaltungsbehörden, Regierungen, Organe, die im Sinne der ihnen überantworteten Vorgaben handeln.				
	Legislative	Gesetzgeber, Parlamente, Ausschüsse, Gremien.				
	Markt	Unternehmen				
		Bauträger				
		Investoren				



Stadt »gestalten«

gering 
  mittel 
  hoch

## Raumplanung

In Österreich liegt die Kompetenz zur örtlichen und überörtlichen Raumordnung und Raumplanung unter landesgesetzlicher Regelung bei den Ländern, Städten und Gemeinden. Das ist dem bundesstaatlichen Prinzip und der Kompetenzverteilung in der Republik Österreich geschuldet. Die örtliche Raumplanung und Flächenwidmung wird weiters dem Verwaltungsbereich der Gemeinden zugeordnet.

Raumplanung ist folglich keiner überregionalen Ordnungsstruktur unterworfen, der Bund hat keine direkte Raumordnungskompetenz und auch die Länder erheben keinen Anspruch, auf die Flächenwidmung regulierend einzuwirken. Einen Versuch der Vereinheitlichung oder zumindest einer überregionalen Kooperation stellt die 1971 gegründete *Österreichische Raumordnungskonferenz* unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers und dessen Erstem Stellvertreter, dem Vorsitzenden der Landeshauptleuterkonferenz, dar. Die Aufgabe dieses Organes ist es, neben laufenden Empfehlungen, im Abstand von zehn Jahren ein unverbindliches, überregionales Raumordnungskonzept zu erstellen [139].

Für zukunftsorientierte Entwicklungsprozesse notwendige überregionale Konzepte, etwa zur geordneten Entwicklung von Grenzregionen nicht nur zwischen Österreich und seinen Nachbarstaaten, sondern beispielsweise auch zwischen den Ländern Niederösterreich und Wien sowie zwischen Wien und den angrenzenden Gemeinden, sind abhängig von einer gemeinsamen Strategie und von gemeinsamen politischen Entscheidungen auf lokaler Ebene. Man möchte daraus schließen, dass die Problematik nun in den divergierenden politischen Programmen oder Ausrichtungen, im Sinne von interregional eventuell unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten oder dergleichen, liegt – aber die Entwicklungsinteressen von Stadt und Land könnten sich nicht ähnlicher sein.

In diesem Kontext ist das Bestreben jeder Gemeinde, vereinfacht dargestellt, das Wachstum, also die Bevölkerungszahl zu steigern und die steuerlichen Einnahmen durch lokale Wirtschaftsleistung zu maximieren [140]. Die Länder und Gemeinden profitieren bei einem Bevölkerungszuwachs und durch neue Gewerbetreibende direkt, unter anderem im Rahmen des horizontalen Finanzausgleiches (die steuerlichen Einnahmen kommen dabei anteilmäßig wieder dem Land zugute, in dem die einhebende Finanzbehörde ihren Sitz hat) oder durch die bevölkerungsabhängig geregelte Verteilung der Finanzmittel an Länder und Gemeinden. Und auch die öffentlichen Entscheidungsträger ziehen letztlich Vorteile aus einer steigenden Bevölkerungszahl in den Gemeinden, da beispielsweise die Gehälter bei Bürgermeisterinnen unter anderem an der Einwohnerzahl gemessen errechnet werden [141]. Die vorrangigen Mittel der Länder und Gemeinden, zusätzliche Wirtschaftsleistung zu akkumulieren und den Zuzug zu befördern, sind die Flächenwidmung und Bebau-

[139] Vgl.: Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), *Raumordnung in Österreich*, Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz, <http://www.oerok.gv.at/die-oerok/raumordnung-in-oesterreich.html>, abgerufen 04.03.2015

[140] Vgl.: Stefan Kurath, *Die Unschuld des Einfamilienhauses*, in TEC21 Heft 31-32, *Auf Knappem Grund*, espazium Verlags AG, Zürich 2006, S.12

[141] Vgl.: Reinhard Seiß, *Land der Häuser, folgenreich!*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.10ff

ungsplanung. Im suburbanen Raum, an der Schnittstelle von Stadt und Land und an der Schnittstelle unterschiedlicher Raumplanungs- und Raumordnungskonzepte, ist das gleichbedeutend mit einem aktiven Zersiedelungsprozess. Warum?

Das erste Problemfeld ist der von öffentlicher Seite etwa durch die Wohnbauförderung unterstützte Wunsch nach einem Eigenheim im Grünen. Dadurch sind die Planungsverantwortlichen, am Beispiel der Stadt Wien, nicht nur den Wünschen der Stadtbewohner verpflichtet, sondern auch damit befasst, den zusätzlichen Bedarf und die Bedürfnisse der Abzugswilligen zu decken. Das *STATISTIK JOURNAL WIEN 1/2014* bemerkt hierzu: „Was die interregionale Wanderungsverflechtung betrifft, verzeichnet die Bundeshauptstadt Wien Bevölkerungsverluste durch familienbezogene Abwanderung insbesondere ins Wiener Umland.“ [142] Die Stadt muss folglich die Begehrlichkeiten dieser Stadtbewohnerinnen in adäquater Form befriedigen. Dabei tritt die Stadtverwaltung bei der Entwicklung neuer Siedlungsgebiete in Konkurrenz zur Siedlungsgestaltung und Förderpraxis des Umlandes und setzt zusätzliche Anreize wie beispielsweise gute Verkehrsinfrastruktur, Kulturangebote und naturnahe Bebauung [143]. „Rund 3.480 Wohneinheiten entstehen im Rahmen der Neuen Siedlerbewegung, in besonderer Weise charakterisiert durch große individuelle Grünflächen für die Mieter.“ [144] Oftmals jedoch auf infrastrukturell schwer zu erschließenden, für die Stadtentwicklung nicht prioritären Gebieten und verbunden mit erheblichem Flächenverbrauch innerhalb der Stadtgrenzen. Oder: Um Anreize für potentielle Investoren von Großprojekten zu schaffen werden teilweise schwer nachvollziehbare und dem Stadtentwicklungsplan wie auch dem Grünraumkonzept widersprechende Widmungsänderungen durchgeführt [145] und zusätzlich finanziell belastende infrastrukturelle Vorleistungen zur Gebietsentwicklung angeboten, die naturnahen Lebensraum lediglich suggerieren und so einen Abzug in die angrenzenden Regionen verhindern sollen. Diese Handlungsweisen begünstigen die Zersiedelung innerhalb des Stadtgebietes und die Versiegelung wertvoller Grünzonen.

Parallel dazu pflegen die angrenzenden Regionen aktiv den Mythos des Idylls in der Einfamilienhaussiedlung und schaffen für abwanderungswillige Gruppen aus den Stadtgebieten starke Anreize, etwa in Form der Wohnbauförderung kombiniert mit günstigen Grundstückspreisen. Mehr noch, durch die propagierte Einfamilienhauspolitik werden gleichzeitig Bodenressourcen für Großbetriebe und Industrie in infrastrukturellen Gunstlagen oder stadtnahen Bereichen verknappt. Die wirtschaftlichen Akteure sehen laut Gerlind Weber dadurch einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für den Standort Österreich [146].

[142] Stadt Wien, *STATISTIK JOURNAL WIEN 1/2014. WIEN WÄCHST... Bevölkerungsentwicklung in Wien und den 23 Gemeinde- und 250 Zählbezirken*, Magistrat der Stadt Wien MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik (Hg.), Wien 2014, S.92, <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/wien-waechst.pdf>, abgerufen 22.04.2015

[143] Vgl.: DER STANDARD, *Neue "Siedlerbewegung": Wien will Stadtfucht reduzieren*, in DER STANDARD, STANDARD Medien AG, Wien 30.05.2006

[144] DER STANDARD, *Wien will Stadtfucht reduzieren*, in DER STANDARD, STANDARD Medien AG, Wien 31.01.2007

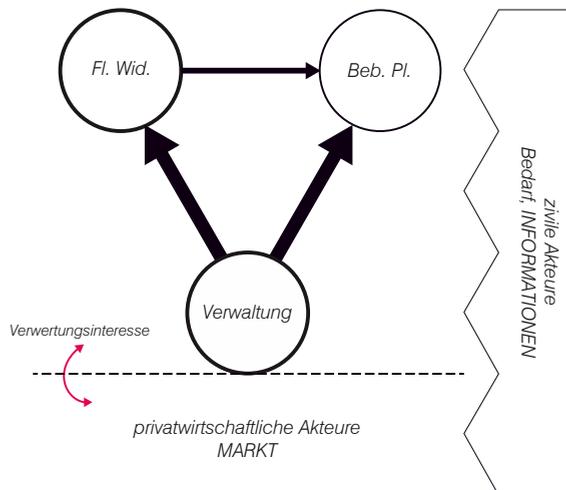
[145] Vgl.: Reinhard Seiß, *Wer baut Wien?*, Verlag Anton Pustet, Salzburg 2013, 4. Auflage, S.127f

[146] Vgl.: Gerlind Weber, *Zersiedelung - Die verkannte Zukunftsbelastung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.67

Die Wirtschaftsleistung mit Gewerbegebieten in der eigenen Region zu halten und neue Betriebe anzusiedeln, ist damit ein weiterer wesentlicher Aspekt der Zersiedelungsproblematik. Im Spannungsfeld von Wohnbaupolitik und der Standortpolitik wirtschaftlicher Akteure entstehen ambivalente Strategien, die die Zersiedelungsprozesse zusätzlich befördern. Das Land Niederösterreich nützt dabei das Naheverhältnis zu Wien, um aktive Standortpolitik auf eigenem Boden zu betreiben und zugleich vom Wirtschaftsstandort und von der Kaufkraft des Ballungsraums zu profitieren. Daraus entstehen durchaus positive Synergieeffekte, in der Praxis und ohne überregionale Regulierung wird der Zersiedelungsprozess aber von beiden Seiten irreversibel und unkontrolliert vorangetrieben.

Dieser von öffentlichen Akteuren ausgetragene Konkurrenzkampf steht dem vorrangigen Konzept einer zentral verdichteten Stadtentwicklung mit maximalem Erhalt von Grünflächen [147], aber auch der Lösung von zukünftigen Problemen mit der finanziell schwer aufrechtzuerhaltenden breiten kommunalen Infrastruktur in ländlichen Regionen diametral entgegen. So konstatiert Reinhard Seiß in diesem Zusammenhang: „Die Erschließung der Einfamilienhausgebiete mit Straßen, Strom, Gas, Wasser oder Kanalisation kostet die öffentliche Hand ein Vielfaches im Vergleich zu kompakten Siedlungsformen. Und dasselbe gilt für die soziale Versorgung – seien es Kindergarten- und Schulbus, seien es »Essen auf Rädern« oder mobile Pflegedienste.“ [148]

Die Stadt Wien versucht in Kampagnen für das Wohnen im Grünen mit ländlicher Idylle und städtischer Infrastruktur zu werben. Das kann in verdichteter Bauweise mit maßvollem Flächenverbrauch und guter Infrastruktur durchaus großes Potential entwickeln.



[147] Vgl.: Stadt Wien, *Stadtentwicklungsplan für Wien. step1994*, Magistrat der Stadt Wien MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wien 1994, S.8, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b006750.pdf>, abgerufen 22.04.2015

[148] Reinhard Seiß, *Land der Häuser, folgenreich!*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.10

Entscheidungen für ein offensichtlich günstiges Eigenheim im Umland oder gegen verdichtete, städtische Siedlungsstrukturen werden maßgeblich von außen beeinflusst: Zum einen ist es die schon erwähnte Wohnbauförderung, die ohne die Bewertung von Standort und der zur Verfügung stehenden Infrastruktur gewährt wird und so für den Inanspruchnehmenden einen zusätzlichen Benefit darstellt, in stadtnahe Regionen abzuwandern. Die einfache Rechnung lautet für das Gros der Eigentumsanwerber: Mehr Nutzfläche für weniger Geld und zusätzlich ein Garten, unabhängig der individuellen Folgekosten und unabhängig von den Gemeinkosten für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und dergleichen. Ein weiteres Entscheidungskriterium mag die imaginierte Freiheit sein, eine persönliche, introvertierte Entfaltungsmöglichkeit im Raum, die, wie auch immer sie sich gestaltet, mit dem Besitz eines Eigenheimes im Grünen einhergeht.

Um mit der oftmals lediglich in der Vorstellung existierenden individuellen Handlungsfreiheit zu konkurrieren, ist eine schon in den vorangegangenen Kapiteln erwähnte »neue Planungskultur« und die Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse notwendig, die die Identifikation der Bewohner mit deren Lebensraum auch in dichter bebauten Gebieten ermöglicht. Gleichzeitig ist aber auch eine umfassende überregionale Planungsverantwortung der öffentlichen Akteure nötig. Diese sind sogar mehrfach gefordert: Einerseits müssen die öffentlichen Akteure die Wichtigkeit von Raumplanung erkennen und verbindliche überregionale Konzepte entwickeln. Das heißt konkret, es bedarf einer Legitimation des Raumordnungswesens. Sinnvoll beziehungsweise notwendig sind dafür sicherlich ein Regulativ wie beispielsweise die Akkordierung des Finanzausgleiches, das den Konkurrenzkampf der politischen Entscheidungsträger von Gemeinden, Städten und Ländern eindämmt [149], sowie eine Ordnungserhöhung von Flächenwidmungsentscheidungen zumindest auf die Landesebene. Letztlich sollten, insbesondere in Stadterweiterungsgebieten und in den Metropolregionen, einheitliche Raumordnungsparameter herrschen, die eine gezielte und ressourcenadäquate Stadtentwicklung über die definierten Landesgrenzen hinaus ermöglichen. Die starren regionalen Grenzziehungen und Zuständigkeitsbereiche hingegen verhindern eine zukunftsorientierte Raumplanungspolitik.

[149] Vgl.: Reinhard Seiß, *Land der Häuser, folgenreich!*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.10

## Wohnbauförderung

Wie schon im vorangegangenen Punkt erwähnt, nimmt die Wohnbauförderung eine zentrale Rolle in der momentanen Entwicklung von regionalen und überregionalen Siedlungsstrukturen ein. Im Folgenden soll geklärt werden, welche Vor- und/oder Nachteile das aktuelle System bietet und ob es Möglichkeiten gibt, das Wohnbauförderwesen zur Entwicklung ökonomisch und ökologisch nachhaltiger Raumordnungsstrukturen zu verwenden. Ein weiterer zu erörternder Faktor ist, inwieweit sich die Wohnbauförderung als Schnittstelle zwischen öffentlichen und zivilen Akteuren eignet und damit als Instrument für die Initiation von selbstaktiven Handlungsprozessen im urbanen Raum Wirkung erzielen kann.

Die Wohnbauförderung kann grundsätzlich in zwei Systeme mit differenter Wirkungsrichtung unterschieden werden: Die Objektförderung, die zur „[...] Finanzierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude oder an der Wohnung dient und unabhängig vom Wohnungsnutzer gewährt wird [...]“ [150], und die Mittel zur Subjektförderung, „[...] die direkt dem Mieter oder Nutzer einer Wohnung zur Reduzierung der monatlichen Kosten ausbezahlt werden. Es handelt sich dabei um eine Zusatzförderung für Einkommensschwache.“ [151] Laut einer Analyse der Arbeiterkammer Niederösterreich stellt das österreichische, vorwiegend objektorientierte Fördermodell einen erheblichen Vorteil gegenüber einer Förderung über mehrheitlich Wohnbeihilfen, also einer Subjektförderung, dar, da auf Entwicklungen am Wohnungsmarkt beziehungsweise auf den entsprechenden Wohnraumbedarf besser und unmittelbarer reagiert werden kann und das Fördermodell imstande ist, das Wohnungsangebot langfristig zu sichern.

Zusätzlich wird die Wohnbauförderung auch als Wirtschaftsmotor angesehen, da ein beträchtlicher Teil der österreichischen Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft tätig ist. „Der Bausektor, einschließlich der vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche, stellt einen der wichtigsten Arbeitgeber der heimischen Volkswirtschaft dar. Zwischen 7,2 Prozent und 8,2 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten waren im Zeitraum zwischen 2000 und 2009 im Bauwesen tätig.“ [152]

Die Mittel der Wohnbauförderung werden unter anderem mit einem Prozent des Bruttolohnes aus den Sozialversicherungsbeiträgen lukriert. Die Hälfte tragen die Arbeitnehmer, die andere Hälfte wird von den Dienstgebern finanziert [153]. Insgesamt sind das, inklusive zusätzlicher Bundesfinanzmittel und Länderfinanzierungen, zirka ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Ausschüttung der Wohnbauförderung liegt in Österreich in der Kompetenz der Länder.

[150] Gerald Fröhlich, *Die Wohnbauförderung der Bundesländer. Ein Vergleich*, AKNÖ-Wirtschaftspolitik (Hg.), Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, Wien 2012, <http://media.arbeiterkammer.at/noe/pdfs/broschueren/Wohnbauforderung.pdf>, abgerufen 06.05.2015, S.5

[151] Ebd.

[152] Ebd. S.8

[153] Vgl.: Reinhard Seiß, *Wohnbauförderung hat unangenehme Nebenwirkungen*, in DER STANDARD, STANDARD Medien AG, Wien 14.12.2013

Ein wesentlicher Kritikpunkt am aktuellen System ist die 2008 gänzlich annullierte Zweckbindung der Förderbeträge, der Rückflüsse und auch der Verzinsungen. Sowohl die Sozialpartner, allen voran die *Wirtschaftskammer Österreich*, als auch weite Teile der Bundespolitik sprechen sich mehrheitlich für eine Wiedereinführung der Zweckbindung aus [154], nicht zuletzt wegen diverser Spekulationsaffären und dergleichen. „Der Wegfall der Zweckbindung der Wohnbauförderung führte dazu, dass die für den Wohnbau bzw. die Wohnhaussanierung vorgesehenen Mittel nicht mehr zur Gänze hierfür eingesetzt wurden. Es besteht die Möglichkeit, die Mittel in anderen Politikbereichen einzusetzen, für Budgetsanierungsmaßnahmen einzusetzen bzw. die Mittel zu veranlagern.“ [155] „In Niederösterreich wurden beispielsweise die Erlöse aus den veräußerten Wohnbaudarlehen am internationalen Kapitalmarkt risikoreich veranlagt.“ [156] Bei zweckgebundener Verwendung der Mittel hätte die Wohnbauförderung hingegen nach einiger Zeit sogar das Potential, sich aus den Kapitalrückflüssen inklusive der Verzinsungen selbst zu erhalten [157].

Zur Erwirkung eines, an den Gesamtbaukosten für ein Einfamilienhaus gemessen, sinnvollen Wohnbauförderdarlehens sind in den meisten Fällen hohe Energieeffizienzstandards und technisch aufwändige Ausstattungen erforderlich. Oftmals wird unter diesen Voraussetzungen moniert, dass die Förderung weniger den Verbrauchern als der Bauwirtschaft und im Speziellen der Haustechnikindustrie zugute kommt, also eher einer Wirtschaftsförderung entspricht. Diesbezüglich stellt sich die Frage, ob die, beispielsweise von Reinhard Seiß proklamierte, Wirkung der Wohnbauförderung auf die Zersiedelung tatsächlich so groß ist [158] oder ob eventuell andere Faktoren eine noch entscheidendere Rolle spielen.

Unbestritten wird die Eigenheimförderung von den Ländern als politisches Marketinginstrument eingesetzt. Die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und das Wohnen im klassischen Familienverband aus Vater-Mutter-Kind in den eigenen vier Wänden werden idealisiert. Das bestärkt in der Bevölkerung möglicherweise eher den Wunsch nach Einfamilienhäusern als nach zum Beispiel dem Wohnen in horizontal verdichteten Bauformen oder im Geschoßwohnbau. Diese Typologien werden vom überwiegenden Teil der politischen Entscheidungsträger nicht signifikant gefördert oder beworben und auch von den meisten Planern in ländlichen Regionen weniger stark forciert.

Die grundsätzlichen Vorstellungen des Siedelns sind in Österreich eng mit dem Begriff »Alleine«, im Sinne von eigenständig, verknüpft, ungeachtet der gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen. Die individuelle Gestaltungsfreiheit in der Bauform mag zusätzlichen Anreiz für ein eigenständiges Bauprojekt lie-

[154] Vgl.: Paul Trummer, *Wohnungsnot treibt die Preise*, in Kurier.at, Telekurier Online Medien GmbH & Co KG, Wien 2012, <http://kurier.at/wirtschaft/marktplatz/wohnungsnot-treibt-die-preise/1.502.785>, abgerufen 07.07.2015

[155] Gerald Fröhlich, *Die Wohnbauförderung der Bundesländer. Ein Vergleich*, AKNÖ-Wirtschaftspolitik (Hg.), Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, Wien 2012, <http://media.arbeiterkammer.at/noe/pdfs/broschueren/Wohnbauforderung.pdf>, abgerufen 06.05.2015, S.22

[156] Ebd. S.23

[157] Vgl.: Ebd. S.23ff

[158] Vgl.: Reinhard Seiß, *Wohnbauförderung hat unangenehme Nebenwirkungen*, in DER STANDARD, STANDARD Medien AG, Wien 14.12.2013

fern. Dabei kommt es weniger auf die Signifikant unterschiedliche Bauweise zum Nachbargebäude an, als eher darauf, überhaupt in den Entstehungsprozess, in welcher Form und in welcher Tiefe auch immer, eingebunden zu werden. So bauen die Nutzer, für viele Architekten vollkommen unverständlich, zu einem Fertigteilhaus eine individuelle Bindung auf. Faktum ist allerdings, dass die Nutzer direkt am Entstehungsprozess beteiligt sind und Verantwortung tragen: Sie haben gewählt und entschieden, sich mit der Lage der Räume befasst, Vorstellungen entwickelt und sind dabei ihre Wünsche zu realisieren, wohingegen beim klassischen Geschoßwohnbau am Land, in suburbanen Gebieten wie in der Stadt der überwiegende Teil vordefiniert und im Sinne des Nutzerwohls vorab entschieden ist. Das könnte bedeuten, dass das Bauen von Eigenheimen auf der Flur weniger mit dem Typus des Einfamilienhaus an sich zu tun hat als mit der Partizipation am Entstehungsprozess und mit dem gelindesten Mittel zur Realisierung dieses Wunsches, mangels Alternativen. Die Möglichkeit zu individuellem Handeln und die Suche der Nutzerinnen nach Identifikation sind ein wesentlicher Faktor für die Zersiedelungsprozesse in ländlichen und suburbanen Gebieten. Die Raumordnungsfrage und die Strukturlosigkeit der Erweiterungsgebiete kann hingegen als eigenständige Problematik der politischen Akteure und der Raumplanung angenommen werden.

Die Wohnbauförderung in ländlichen Regionen kann gerade bei einer Verschärfung der Bestimmungen hinsichtlich Flächenverbrauch und Standortkriterien zu einem Beispiel für die Gestaltung idealer Siedlungstypen werden. Jetzt schon werden beispielsweise bei kombinierten Gebäuden, wie etwa Reihenhäusern, teilweise Zusatzförderungen ausgeschüttet. Die Beträge sind in der Regel allerdings nicht so hoch, dass sie tatsächlich pädagogische Wirkung erzielen könnten. Mit Ausnahme von Tirol, wie auch Reinhard Seiß erwähnt. Hier wird eine maximal Förderung von bis zu 112.000 Euro bei einer Parzellengröße von 200m<sup>2</sup> gewährt. „Während die herkömmliche Eigenheimförderung je nach Haushaltsgröße bei 21.000 bis 34.000 Euro liegt.“ [159]

Durch derartige Anreize – in Kombination mit sorgfältiger Raumplanung sowie Flächenwidmung und unter fachlicher Begleitung der Ausgestaltung durch Architektinnen, die ihre Leistungen am Nutzer orientieren – könnten Eigenheimanwärter durchaus für neue Siedlungsmuster überzeugt werden. Eine Verringerung der eigenen Grundstücksfläche bringt neben den langfristigen ökologischen Vorteilen zusätzlich einen finanziellen Spielraum in der Planungsphase, um anstelle eines Musterhausbaues auf von Architekten moderierte Planung zurückzugreifen. Fritz Matzinger beispielsweise zeigt seit den 1970er-Jahren eindrucklich, dass eine maßvoll verdichtete Bauweise mindestens ebensoviel Freiraum bieten kann, wie der klassische, freistehende Einfamilienhaustypus.

Über die Wohnbauförderung stellt die Stadt Wien ebenfalls Möglichkeiten zur Erlangung niedrigerverzinster Darlehen zur Wohnraumschaffung zur Verfügung: Die Finanzierung von Einfamilienhäusern, Reihenhäusern, Eigentumswohnungshäusern, die Errichtung von Mietwohnungshäusern, Heimen und dergleichen sowie diverse Förderungen zur Sanierung und Wohnraumverbesserung.

[159] Ebd.

Im Geschoßwohnbau wird sowohl die Wohnbauförderung im Mietswohnungs- als auch im Eigentumswohnungsbau als Finanzierungsmittel für Neubauprojekte eingesetzt. Niedrig verzinste Darlehen sind in Wien, unter Einhaltung entsprechender Voraussetzungen, gemeinnützigen wie auch gewerblichen Bauträgern zugänglich. Diese erwirken damit unter anderem für potentielle Käuferinnen oder Mieter, als Ausgleich zum freifinanzierten Wohnungsmarkt, ein Kontingent an geförderten Eigentumswohnungen oder geförderten Mietwohnungen. Dabei haben gewerbliche Errichtungsgesellschaften bei Inanspruchnahme von Fördermitteln ein Drittel der hergestellten Wohnungen als Anbotswohnungen über die *Wohnservice Wien GmbH* zu entsprechenden Konditionen anzubieten [160].

Die Projektierungsphase, die Planungsphase und die Bauphase werden dabei fast immer ohne die künftigen Bewohnerinnen durchgeführt. Bei vielen Projekten der gewerblichen Anbieter sind zum Beispiel lediglich die Oberflächen im Endausbau aus einem Katalog wählbar. Der Mitbestimmungsgrad der späteren Nutzerinnen an der Wohnraumgestaltung ist damit in der Regel äußerst gering. Weiters sind aufgrund der verwirtschaftlichten Planungs- und Abwicklungsverfahren der gemeinnützigen Bauträger und der primär wirtschaftlichen Verwertungsinteressen bei gewerblichen Errichtungsgesellschaften, die Ausgestaltung beispielsweise von Sockelzonen oder von Freiräumen zur gemeinschaftlichen Nutzung, die wesentlich zur Urbanisierung von Gebieten und zur Interaktion der Bevölkerung dienen können, nicht prioritär.

Ein genereller Kritikpunkt im laufenden Diskurs ist die Errichtung von geförderten Eigentumswohnungen. So schreibt Reinhard Seiß in *DER STANDARD*: „Für die Zukunft ist zu klären, ob im Sinne der sozialen Treffsicherheit der Wohnbauförderung im städtischen Wohnbau auch weiterhin Eigentumswohnungen subventioniert oder ob die immer knapperen Gelder auf den Bau von Miet- und Genossenschaftswohnungen konzentriert werden sollen.“ [161] Ein beträchtlicher Teil der von der Stadt Wien unter dem Anspruch der Wohnraumsicherung und zur Verbesserung der Lebenssituation zur Verfügung gestellten Darlehen kommt dabei finanzstärkeren Gruppen zugute. Christian Donner bemerkt dazu: „In Österreich wurde ein sehr großzügiges, aber auch aufwändiges Wohnbauförderungssystem entwickelt und damit ein eindrucksvolles Neubauvolumen geschaffen. Aber nicht unbedingt für jene, die es am Notwendigsten gehabt hätten. Dieses Instrument hat nämlich auch viele Haushalte begünstigt, die aus eigener Kraft ihren Wohnungsbedarf decken hätten können.“ [162] Das heißt, es werden in großem Ausmaß auch Wohngebäude errichtet, die am gesetzten Förderziel vorbei geplant werden, zudem kaum gesellschaftliche, soziale, stadtsoziologische und/oder urbanistische Impulse setzen und kaum partizipative oder die Stadtkultur unterstützende Mechanismen enthalten.

[160] Robert Temel, Studie im Auftrag der Stadt Wien MA 50, *Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 2 Rechtsfragen, Leitfaden, Grundstücksvergabe*, Wien 2009 (rev. April 2010), S.17, <http://www.wohnbauforschung.at/index.php?id=341>, *Baugemeinschaften\_Wien\_Rechtsfragen\_Leitfaden\_LF.pdf*, abgerufen 31.03.2015

[161] Reinhard Seiß, *Wohnbauförderung hat unangenehme Nebenwirkungen*, in *DER STANDARD*, STANDARD Medien AG, Wien 14.12.2013

[162] Christian Donner, *Zeitgemäße Wohnungspolitik - Sozial orientiert und ökonomisch effizient*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.139

Eine Ausnahme hinsichtlich der Nutzerbeteiligung am Planungsprozess bilden Baugemeinschaftsprojekte. Sie dienen der individuellen und persönlichen Wohnraumbeschaffung und -gestaltung. Es soll an dieser Stelle nicht en détail auf die Umsetzungsmöglichkeiten von Baugemeinschaften und Baugruppen, sondern auf das Potential von selbstaktiven und aktivierten Bürgerbeteiligungen und Handlungsweisen im Rahmen der Wohnbauförderung eingegangen werden.

Man könnte sicherlich argumentieren, dass auch Projekte von Baugemeinschaften oder Baugruppen nicht immer dem allgemeinen Verständnis der »sozialen Treffsicherheit« entsprechen. Dieser Punkt sei hier aber ausgeklammert und die These vertreten, dass durch individuelle Handlungsmöglichkeiten einzelner, seien diese nun selbstaktiv oder aktiviert, bei kontinuierlicher Anwendung durch viele, ein beträchtlicher Mehrwert für die gesamte Stadtbevölkerung generiert werden kann, was allerdings durch zukünftige Praxis noch zu beweisen wäre.

Baugruppenprojekte zu realisieren ist mit einem erheblichen Maß an Eigenleistung der Gemeinschaft verbunden. Darin liegt gleichzeitig aber auch deren Stärke und Nachhaltigkeit. Dabei geht es in der Regel weniger um ein bauliches Hands-on als um die Organisation und die Entwicklung der Gebäudestruktur und Ausstattung nach den Vorstellungen der Gruppe und der gemeinsamen Abwicklung von finanziellen und bürokratischen Erfordernissen. Baugemeinschaftsprojekte können einerseits wie klassischer Geschoßwohnbau realisiert werden, daraus folgen entweder gemeinnützige oder gewerbliche Miet- oder Eigentumsprojekte. Je nach Grundstückseigentumsverhältnissen, Grundstückseigentum oder Baurecht, sind auch Mietkauf-Optionen realisierbar [163]. Die Beauftragung eines Bauträgers zur Projektentwicklung kann dabei helfen, den persönlichen Aufwand zu reduzieren, schmälert aber gleichzeitig das Mitspracherecht bei planungsrelevanten Entscheidungen [164]. Ein weiteres Hindernis nennt Robert Temel: „Doch noch viel gravierender ist das Finanzierungsproblem, das durch die Anbotswohnungen entsteht: Die Anbotswohnungen können vom Wohnservice Wien frühestens bei Förderungszusicherung, meist später vergeben werden. Das bedeutet, dass die Baugemeinschaft ein Drittel des Projektes bis zu diesem Zeitpunkt allein vorfinanzieren muss – jedes Mitglied muss demnach den eineinhalbfachen Anteil an den bis dahin fällig gewordenen Gesamtkosten übernehmen, was natürlich für die allermeisten nicht möglich sein wird.“ [165] Das legt die Nutzung der Wohnbauförderung für Wohnheime nahe, bei der keine Anbotswohnungen zurückzustellen sind. Zudem können Gemeinschaftsflächen in die förderbare Nutzfläche miteingerechnet werden [166], was auf deren Ausgestaltung durch die zukünftigen Bewohner begünstigend wirkt. Weiters erlaubt es „[...] das Abgehen von der Entgeltbemessung nach Nutzwert [...], dass das Heim verschieden hohe Entgelte einhebt und somit einkommensheterogene Gruppen möglich werden, indem Einkommensstärkere ein höheres Entgelt zahlen als

[163] Vgl.: Robert Temel, Studie im Auftrag der Stadt Wien MA 50, *Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 2 Rechtsfragen, Leitfaden, Grundstücksvergabe*, Wien 2009 (rev. April 2010), S.22, <http://www.wohnbauforschung.at/index.php?id=341>, Baugemeinschaften\_Wien\_Rechtsfragen\_Leitfaden\_LF.pdf, abgerufen 31.03.2015

[164] Vgl.: Ebd. S.41

[165] Ebd. S.17

[166] Vgl.: Ebd. S.61

Einkommensschwächere – entweder als Sozialtarif, etwa bemessen am Einkommen; oder als verschiedene Tarife für verschiedene Wohnlagen, beispielsweise am Dach und im ersten Geschoß.“ [167]

Den Unterschied zum herkömmlichen Geschoßwohnbau macht in beiden Fällen die initiale Aktivität und die Organisation der zukünftigen Bewohner als Gruppe, in welcher Art auch immer sie sich rechtlich gründet. Dadurch können im Vorfeld Parameter in die Projektplanung integriert werden, die zum Beispiel aus Bauträgersicht bei einer klassischen Vermarktung nach oder während der Realisierungsphase nicht vorgesehen sind. Beispiele hierzu sind die Ausgestaltung von Gemeinschaftsbereichen, Geschäftsflächen und/oder Freibereichen. Unter Beibehaltung des Bauvolumens können sich so Gemeinschaften als übergeordnete Interessensstruktur auf etwaige Verringerungen der Wohnnutzfläche zugunsten von Gemeinschaftsflächen einigen. Der soziale Zusammenhalt im Gebäude kann auch positive Einflüsse auf die direkte Nachbarschaft entwickeln oder zusätzlich Kleinstinfrastruktur für die nähere Umgebung zur Verfügung stellen, beispielsweise durch eine selbstverwaltete Greißlerei [168]. Solcherart Projekte sind dynamische Stadtentwicklungsinstrumente, die mit geringem Zutun öffentlicher Akteure große Feldwirkung erzielen können.

Bei der Weiterentwicklung der Wohnbauförderung sollte es darum gehen, die Förderung so zu modifizieren, dass sie sowohl in ländlichen Regionen als auch in Ballungsräumen strukturelle Wirkung erzielt. Es sollen also gezielt umfassende, ressourcenschonende und partizipative Bauformen etabliert werden und die Bürgerinnen damit auch ein Werkzeug zur Stadtgestaltung in die Hand bekommen. Dadurch wirkt die Wohnbauförderung in gewissem Maß regulierend auf die Zersiedelungsproblematik, schafft gesellschaftliches Bewusstsein für Bodenverbrauch und öffentliche Infrastruktur und bietet den Bewohnern gleichzeitig ein Instrument zur Selbstverwirklichung. In diesem Kontext kann sie ein elementares Mittel in der eigenständigen und von Bürgern initiierten Wohnraumbeschaffung darstellen und kann darüber hinaus, im Sinne einer am Gemeinwohl orientierten und einer von Bürgerinnen mitgetragenen Stadtentwicklung, ein adäquates Mittel sein, um Anreize für »urbanes Handeln« zu schaffen.

[167] Ebd. S.16

[168] Anm.: *Wohnprojekt Wien - Verein für nachhaltiges Leben*, Krakauer Strasse 19/45, 1020 Wien, <http://www.wohnprojekt-wien.at>, abgerufen 24.08.2015

## Zersiedelung

Die anhaltende Zersiedelung der urbanen Landschaft führt, wie in den vorangegangenen Punkten schon vielfach erwähnt, unter anderem zu einer Ausdehnung der erforderlichen Infrastrukturen. Davon vorrangig betroffen sind der Straßenbau, Kanal und Wasserversorgung, die Aufschließung des Stromnetzes und sonstiger Energielieferanten, der Internetverkabelung, Einrichtungen des öffentlichen Lebens wie Schulen, Kindergärten, Verwaltung und dergleichen mehr [169]. Dabei steigt gleichzeitig der Bedarf nach individueller Mobilität, der Individualverkehr nimmt in ländlichen Gebieten nach wie vor zu. Lange Wege müssen damit zu den Arbeitsplätzen zurückgelegt werden; damit einhergehender Zeitverlust und oft schwierige tägliche Organisation sind die Folge. Das sind aber nicht die einzigen ressourcenverbrauchenden Faktoren. So ist der vorrangig verwendete Gebäudetypus des Einfamilienhauses volkswirtschaftlich die teuerste Siedlungsform [170].

Mit dem erhöhten Grundstücksverbrauch und der damit einhergehenden Bodenversiegelung ist auch der gesteigerte Einsatz von Dämmstoffen auf Rohölbasis und dergleichen für die kurzfristig günstige Errichtung von Eigenheimen nicht nachhaltig. Es lassen sich Energiekosten zwar im direkten Vergleich einsparen, die Ressourceninvestition und die Herstellungsbedingungen der eingesetzten Materialien werden dabei jedoch nicht ausreichend berücksichtigt. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben die hohen Abstrahlungsverluste der exponierten Bauform und der Energiebedarf größerer Wohnnutzflächen im Vergleich zu dichteren Bauformen [171]. Gerlind Weber bemerkt in diesem Zusammenhang auch: „So genügt es heute bei weitem nicht, nur darüber eine Auseinandersetzung zu führen, »wie« in Zukunft gebaut werden soll, vielmehr gewinnt die vorausseilende Frage, »wo« gebaut werden soll an Bedeutung.“ [172] „Denn ein Nullenergiehaus am falschen Standort – das also nur mit dem Auto zur Alltagsbewältigung taugt – verbraucht mehr Energie als ein normales Haus, dessen BewohnerInnen ohne Auto im Alltag auskommen.“ [173]

Eine Förderung dieser Baukultur ist in ökologischer Hinsicht und mit diesen Parametern nicht wünschenswert. Es stellt sich allerdings die Frage, ob der Siedlungstypus per se schlecht ist oder ob er starker Ausdruck eines gesellschaftlichen Bedürfnisses und einer lang andauernden Entwicklung ist und wie man damit umgehen sollte. Die Einfamilienhaussiedlung einfach zu negieren, würde zu kurz greifen, da sie dem menschlichen Maßstab vielleicht am nächsten ist, vermutlich mehr als die Stadt, die in Fachkreisen oft als idealtypisch, ressourcenschonend, verdichtete Siedlungsform und als Ausdruck persönlicher Freiheit gilt.

[169] Vgl.: Reinhard Seiß, *Land der Häuser, folgenreich!*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.10

[170] Vgl.: Ebd. S.12

[171] Vgl.: Gerlind Weber, *Zersiedelung - Die verkannte Zukunftsbelastung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.67

[172] Ebd. S.71

[173] Ebd. S.68

Stefan Kurath versteht das Einfamilienhaussiedlungsgefüge als gesellschaftlich konstituiert und als Ausdruck der Gesellschaft von heute [174]. „Macht man das Einfamilienhaus zum Sündenbock für die auftretenden Probleme, kritisiert man die heutige Gesellschaft mit ihren Bedürfnissen.“ [175] Eine Kritik scheint aber durchaus angebracht, sie sollte sich jedoch nicht ausschließlich an die Bauherren oder Konsumenten richten, sondern ebenso an die Träger von formalen Strukturentscheidungen, an Politiker und an die Planer. Das heißt an »alle«. Darüber hinaus ist es laut Stefan Kurath an der Zeit, die bestehende Nachfrage nach Einfamilienhäusern zu akzeptieren, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu definieren und dadurch Typologien und Siedlungsformen zu optimieren [176].

### *To do*

#### Strukturieren

- Gemeinden- und Länderübergreifende Raumplanung und Flächenwidmung
- Strukturierung von überregionalen Ballungsräumen
- Bessere Akkordierung des Finanzausgleiches
- Strukturen zur effizienten Versorgung
- Kleinere Grundstücke fördern
- Kleinere Parzellierung

#### Bewusstsein schaffen

- Kostenlose (oder verpflichtende) Beratung für Eigenheimanwärterinnen, über Finanzierungsmöglichkeiten, Kosten, Honorare, Ausstattungsstandards, Standortwahl, Grundstücksverbrauch und dergleichen

#### Planen

- Größere Gebäudehöhen ermöglichen
- Keinen „Ortsbildschutz“ durch verpflichtende Giebeldächer
- Verpflichtender Einsatz von überwiegend ökologischen Materialien
- Geringeren technischen Ausstattungsstandard ermöglichen
- Anreize für verdichtete Bauformen schaffen
- Standorte mit wirkungsvoller öffentlicher Infrastruktur bevorzugen

#### Forschen

- neue Siedlungstypologien entwickeln
- Lösungen für das Nachverdichten von Siedlungen entwickeln
- Nachnutzungen für Absiedelungsgebiete entwickeln

[174] Vgl.: Stefan Kurath, *Die Unschuld des Einfamilienhauses*, in TEC21 Heft 31-32, *Auf Knappem Grund*, espazium Verlags AG, Zürich 2006, S.12

[175] Ebd.

[176] Vgl.: Ebd. S.16

## Alt, älter, Überalterung

Die demografische Entwicklung der österreichischen Gesellschaft bringt die Erfordernis mit sich, der fortlaufend älter werdenden Bevölkerung mit neuen Strategien zu begegnen – in ländlichen Regionen, in suburbanen Gebieten und in der Stadt selbst. Von dieser Tendenz sind alle Siedlungstypen, wenn auch auf unterschiedliche Weise, betroffen. Laut Rainer Münz wird die Verschiebung der Gewichte zwischen den großen Altersgruppen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung haben. „Die Zahl der Älteren (65+ J.) wird in den kommenden Jahrzehnten von derzeit 1,5 Millionen auf 2,6 Millionen Personen (2050) anwachsen. Gleichzeitig wird die Zahl der Erwachsenen im Haupterwerbsalter (20-64 J.) trotz Zuwanderung leicht schrumpfen: von derzeit 5,2 Millionen auf 5,0 Millionen Personen.“ [177] In der Gruppe der Kinder und Jugendlichen (0-19 J.) soll es demnach kaum Veränderungen geben. Sie stagniert in etwa bei 1,7 Millionen Personen, so Münz [178].

Im Grunde bedeutet »Überalterung«, dass künftig weniger erwerbstätige Menschen für die Versorgung einer wachsenden Bevölkerungszahl aufkommen werden müssen. Die politischen Debatten werden dabei meist über die Finanzierbarkeit des Pensions- oder Gesundheitssystems geführt. Darüber hinaus ist aber auch die weitläufige Infrastruktur und eine stetig wachsende Zahl von Gebäuden zu erhalten [179]. Die Frage nach der Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung des Status quo kann und soll jedoch nicht primärer Teil dieser Arbeit sein. Vielmehr soll die demografische Bevölkerungsentwicklung als Indikator für zukünftige Handlungsweisen, im Sinne von Siedlungsmustern und als Parameter für den Umgang mit den dafür erforderlichen Infrastrukturen, gedeutet werden. Das betrifft einerseits die notwendige Erhaltung der bestehenden großflächigen Verkehrsinfrastruktur, der verteilten Siedlungsstruktur sowie aller damit verbundenen Nebenfaktoren in ländlichen Regionen und andererseits den ressourcenschonenden Ausbau und Weiterbau derselben auf Basis nachhaltiger Siedlungsentwicklung.

Wie bereits erläutert, ist eine ideologische Weiterentwicklung und übergeordnete raumplanerische Fokussierung auf diese Bereiche unerlässlich. Über die notwendige Strukturhaltung hinausgehend verändern sich aber auch die Bedürfnisse dieser stetig wachsenden Bevölkerungsgruppe. Eine steigende Zahl älterer Menschen fordert neue Umgangsformen mit den Themen Mobilität und Erschließung von zersiedelten Gebieten. Weitläufige Siedlungsstrukturen können durch die Abhängigkeit von individuellen Verkehrsmitteln bei Verlust der persönlichen Mobilität zu Vereinsamung und zur sozialen Isolation von Menschen führen. Die öffentliche Verkehrserschließung in ländlichen Regionen ist vielerorts mangelhaft oder kann aus finanziellen Gründen nicht weiter ausgebaut werden, was beispielsweise Arztbesuche schwierig macht, ältere Menschen von kulturellen Aktivitäten und Freizeitangeboten ausschließt und einen aktiven Lebensstil im Alter unterminiert. Gleichzeitig

[177] Rainer Münz, *Das Österreich von morgen: Für wen wo gebaut werden muss*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.122

[178] Vgl.: Ebd.

[179] Vgl.: Gerlind Weber, *Zersiedelung - Die verkannte Zukunftsbelastung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.70

besteht umgekehrt das Problem der Versorgung dieser Bevölkerungsgruppe mit den Dingen des täglichen Bedarfs. Fahrdienste, *Essen auf Rädern* oder mobile Ärzte- oder Pflegedienste [180] können diese Probleme abmildern, aber keine soziale Infrastruktur ersetzen. Gerlind Weber spricht sich diesbezüglich für die vorrangige Entwicklung von zentrumsorientierten Siedlungsstrukturen aus [181]. „Solche »nach innen« orientierten Siedlungsstrukturen fördern die Unabhängigkeit Betagter durch kurze Wege und Nachbarschaftshilfe, sie ermöglichen eine zeitsparende Erbringung der immer bedeutender werdenden Betreuung alter Menschen auf professioneller Basis und sind zudem bodenschonend.“ [182]

Problematisch ist, dass ein erheblicher Teil der folgenden Generation 65+ schon Besitzer von Siedlungsobjekten in Form von Einfamilienhäusern in strukturschwachen Regionen ist und sich deshalb augenscheinlich nur Lösungsmodelle anbieten, die die Auswirkungen dämpfen, sich jedoch nicht mit der Ursache beschäftigen. Der Restrukturierungsprozess ist damit schon überfällig. Die Bereitschaft umzusiedeln ist zudem gering.

Um den Bogen zu »urbanem Handeln« zu spannen, sollten diese »neuen« Siedlungsformen ein Höchstmaß an individueller sowie struktureller Anpassbarkeit aufweisen, um einerseits Aneignungsmöglichkeiten für die Bewohner sicherzustellen und andererseits bei etwaigen Nachnutzungen in dörflich zentraler wie auch in städtischer Lage neue Nutzungsformen aufnehmen zu können. Eine Umgestaltung, Nachverdichtung oder Transformation bestehender abgelegener Siedlungen ist sinnvoll, wenn die regionale Bevölkerungsentwicklung einen stetigen Zuzug oder zumindest eine Stagnation prognostiziert und eine Zentrumsbildung möglich und sinnvoll erscheint.

Im städtischen Raum sind funktional durchmischte, strukturoffene Gebäudetypen und Stadtteile mit hohem Urbanisierungsgrad von großer Bedeutung für ältere Menschen. Es profitieren aber auch die übrigen Stadtbewohner von kurzen Wegen in der Freizeit und zur Arbeit, von guter Nahversorgungsinfrastruktur und sozialem Austausch. Erich Raith bringt zusätzlich den Faktor der Nutzungsquote von Gebäuden in den Diskurs strukturoffener Gebäude ein. Demnach ist die Auslastung von einseitig genutzten Gebäuden und Stadtteilen unverhältnismäßig gering im Vergleich zu diversiven, pulsierenden undutzungsgemischten Gebieten. Das heißt, dass solche Gebiete in der Regel erst nach der Arbeit belebt sind, während sich dort untermittags kaum Menschen aufhalten [183]. In monofunktional wohngenutzten Quartieren ist die Gefahr der Vereinsamung älterer Mitbürger damit ungleich höher. In naher Zukunft ist nicht von einer Trendwende bei der Überalterung der Gesellschaft auszugehen. Aus der Nutzerperspektive scheint eine Änderung der Planungshaltung der öffentlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgerinnen

[180] Vgl.: Reinhard Seiß, *Land der Häuser, folgenreich!*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.10

[181] Vgl.: Gerlind Weber, *Zersiedelung - Die verkannte Zukunftsbelastung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.70

[182] Ebd.

[183] Vgl.: Erich Raith, *Gebäudetypologie als Thema der Stadtentwicklung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.109ff

hinsichtlich vitaler, urbaner, nutzungsoffener und räumlich wie ideologisch aneignbarer Siedlungsstrukturen überfällig. Eine nachträgliche bauliche Umstrukturierung ist beispielsweise bei bestehenden monofunktionalen Wohn- oder Büroquartieren, zumindest aus heutiger Sicht, nicht ohne erheblichen Aufwand möglich.

# Interview



In den nachfolgenden, theoriegenerierenden Expertengesprächen mit Anwenderinnen und Erforschern integrativer Planungsmethoden auf dem Gebiet der Mitbestimmung und Mitgestaltung »aller« Akteure an Planungsprozessen sowie Spezialisten im Bezug auf Stadtplanung, Stadtgestaltung und Stadtentwicklung, soll ein zusätzlicher Einblick in Abläufe und Mechanismen partizipativer Planung gegeben werden.

Die Expertengespräche sollen als eigenständige Theorie dieser Arbeit gelesen werden. Sie bilden im Spannungsfeld der übrigen Literatur einen teilweise sehr persönlichen Erfahrungshorizont der Planerinnen und Planer ab und liegen damit sehr nahe an Realität und Praxis der aktuellen Stadtentwicklungsprozesse.

### **Susanne Hofmann**

Prof. Dr.-Ing. AA Dipl.- Architektin BDA Susanne Hofmann ist selbstständige Architektin und Professorin der TU Berlin am Fachbereich Entwerfen und Baukonstruktion. 2001 gründet sie das auf Partizipation und Mitbestimmungsprojekte spezialisierte Architekturbüro *die Baupiloten BDA*.

*Frau Hofmann, wie schätzen Sie persönlich die Entwicklungstendenzen in der Bauwirtschaft hinsichtlich der Einbeziehung von Nutzerinnen und Nutzer in Planungsprozesse ein?*

Es ist ein großes Interesse vorhanden. Wir haben bis jetzt viele Interessensbekundungen, aber noch wenig Konkretes. Den Wohnungsbaugesellschaften in Berlin beispielsweise wird partizipatives Planen sehr ans Herz gelegt. Bürgerbeteiligung wird mittlerweile fast schon erwartet, sowohl von der Politik als auch von den Leuten. Es scheint sich etwas zu entwickeln, bei manchen habe ich sogar ein wenig das Gefühl, dass sie das auferlegt bekommen und machen müssen. Umfassende Partizipationsaufträge, die über Workshops und Vorträge hinausgehen, sehen wir im Moment aber nicht. Ich denke, das ist jetzt gerade so im Kommen und was ich hoffe ist, dass sich die Spreu vom Weizen trennt, gerade jetzt tummeln sich viele Leute auf dem Markt der Partizipation und das ist nicht nur gut, sondern es ist auch viel Scheinpartizipation und schlechte Methodik vertreten.

*Welchen Stellenwert hat partizipative Planung für die aktuelle Stadtentwicklung in Berlin?*

Das Thema wird oft aufgegriffen. Begriffe wie Gemeingut, Urban commons und solche Worte werden mittlerweile häufig gebraucht. Aktuell läuft in Berlin eine große Stadtdebatte in Form eines Online-Dialoges. Da gilt es nun abzuwarten, wie wirksam die Ergebnisse die zukünftige Stadtentwicklung beeinflussen. Die Bürger fordern das zwar ein, leider landen sehr viele dieser Prozesse aber irgendwo in der Schublade, weil sie zu einem großen Teil nicht ergebnisorientiert geführt wurden.

*Was sind Ihrer Meinung die herausragenden Potentiale von partizipativer Architekturproduktion?*

Das Allerwichtigste ist, davon bin ich überzeugt, dass man eine gute bedarfsgerechte, situative Architektur nur entwickeln kann, wenn man lokales Wissen hat. Am Ende ist es wichtig, dass wir qualitätvolle Räume und Häuser schaffen in denen sich die Menschen wohl fühlen und sich am Ende damit identifizieren.

Wenn wir zum Beispiel ein Wohnprojekt machen, den Leuten ein entsprechendes Werkzeug in die Hand geben und sie bitten drüber nachzudenken, wie sie eigentlich wohnen wollen, dann finden diese das zum Teil erstmals richtig heraus, die Methoden und die Werkzeuge geben ihnen dabei eine Möglichkeit der Artikulation ihrer Wunschvorstellung. In einem Prozess, wo viele miteinander zusammen arbeiten, löst das natürlich auch die ein oder andere Diskussion aus, die man aber auch als Lernprozesse werten kann, bei Bürgern, Verwaltung und Architekten, auf allen Ebenen. Sich folglich im Laufe des Entwurfsprozesses anzunähern, führt dazu, dass dann auch das Projekt von einer viel größeren Mehrheit mitgetragen wird.

*Wie erleben Sie die Resonanz aus der Bevölkerung und der Beteiligten auf partizipative Planungsprozesse?*

Durchwegs gut. Es haben sich bei uns schon Leute bedankt, dass sie für sich herausarbeiten konnten, wie sie eigentlich wohnen wollen.

*.. wie ist die Resonanz der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger?*

Eine unsichere, denn man weiß noch nicht, wohin die Reise geht. Einzelpersonen reagieren sehr positiv, viele Leute wissen aber nicht genau, was sie erwartet. Ich denke auch, viele Auftraggeber und auch Architekten fürchten das Unkontrollierbare und das Unvorhersehbare im Bezug auf das Ergebnis, haben Angst vor Zeit- und Kostenaufwand und glauben oft, das sei doch lediglich eine Sammlung von Wünschen, die man nicht erfüllen kann. Ich hingegen sage, Partizipation muss keine Extra-Zeit und kein Geld kosten, wenn man es entsprechend ergebnisorientiert und auch methodisch vorbereitet und dann natürlich auch ausgewertet und weiterentwickelt. Wir sind sogar überzeugt, dass partizipative Planung auch Zeit sparen kann. Wir haben schon die Erfahrungen gemacht, dass, mit entsprechenden Verhandlungswerkzeugen, nach drei bis vier Stunden intensiver Zusammenarbeit der Beteiligten gut erkennbar war, wo die Prioritäten der unterschiedlichen Leute liegen und was

die gemeinsame Priorität ist. Es gibt so viele verschiedene Partizipationsprozesse und -kontexte und -verständnisse und es gibt Prozesse, da geht es schlicht darum, gut und bedarfsgerecht zu planen und den Nutzer mitzunehmen, und da kann man Zeit sparen.

In Deutschland wird sehr stark getrennt. In die sogenannte »Phase Null«, was einer Vorphase entspricht, in der alle Bedürfnisse eruiert werden, und dann wird auf Grundlage dieser Ergebnisse eine Ausschreibung verfasst. Man versucht die Partizipation vom Entwurf zu entkoppeln. Die Auftraggeber begründen das mit zwei sehr unterschiedlich gelagerten Expertisen. Sie nehmen die Besten in der Partizipation und sie nehmen die augenscheinlich Besten in der Planung, sehen dabei aber nicht, dass ganzheitliche Planung viele Vorteile bietet, wenn man das erarbeitete Wissen über die Bedürfnisse über alle Leistungsphasen mit sich trägt und rückkoppelt. Hat man einmal das Gespür für die Belange der Leute durch den Partizipationsprozess erlangt, kann man dann auch ganz gut planen.

Es gibt aber auch Prozesse, wo ohne getrennte Ausschreibung im Vorfeld in einer großen Gruppe zusammengearbeitet und robuste Nutzungsszenarien entworfen werden. Je nach Auftraggeber können diese unterschiedlich geartet und unterschiedlich intensiv sein, zum Beispiel für eine deutsche Schule in Alexandria, vom auswärtigen Amt und vom Bundesbauministerium beauftragt, ist der Aufwand gut eingeplant, um herauszufinden wie deren pädagogisches Programm funktionieren kann, was die Leute wollen und so fort.

*Wie wird gemeinschaftlich produzierte Architektur von den nachfolgenden Nutzern, die nicht am Gestaltungsprozess beteiligt waren, wahrgenommen?*

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das positive Gefühl »weitervererbt« wird. Es bleibt das Gefühl, dass der Ort mit den Nutzern entstanden ist, mit Leuten, die an diesem Ort interessiert sind. Und wenn das eben vor fünf Jahren war und jemand noch nicht da oder nicht beteiligt war, ist das trotzdem ein anderes Gefühl, ob man in einer Architektur wohnt, die von oben herab bestimmt wurde, oder ob die Architektur aus einer Gruppe heraus entstanden ist. Bei Schulen ist das sehr offensichtlich. Wichtig ist aber, dass die Architektur offen ist und auch neue Interpretationsmöglichkeiten bietet.

*Gibt es Maßstabsgrenzen für Partizipation oder Mitbestimmung?*

Nein, es gibt keine Maßstabsgrenzen, für unterschiedliche Maßstäbe sind nur unterschiedliche Methoden erforderlich. Was man braucht, sind Akteure, die das wollen, ansonsten kann man es sein lassen. Wir haben beispielsweise für Neukölln ein Format entwickelt, das sehr gut funktioniert hat, wir konnten unglaublich viel Erfahrung über den Ort und wahnsinnig viel lokales Nutzerwissen ansammeln, und dann ist es eben nicht weitergegangen.

*Wie entwickelt sich Ihrer Meinung nach das Verhältnis der Menschen zu öffentlichen Räumen?*

Konkret sehe ich in einem unserer aktuellen Bauprojekte zur Modernisierung einer Studentenwohnanlage, dass man vermehrt Räume für einen noch größeren oder diverseren, heterogenen Austausch nutzen kann. Dort wird es pro Haus Gemeinschaftsflächen geben, gleichzeitig soll es aber auch eine Gemeinschaft im Größeren geben, über die ganze Anlage gesehen, bis hin zum öffentlichen Raum. So werden Räume geschaffen, die Möglichkeiten des Austausches und der Aneignung bieten, ohne direkt durchgestaltet zu sein. Ich glaube, dass der Wunsch nach diesen öffentlichen Räumen sehr stark ist.

*Ist die Digitalisierung mit ihren Möglichkeiten zur Vernetzung der Bevölkerung ein Mittel, um die Zivilgesellschaft als Akteur im Kreis der Entscheidungsträger zu etablieren?*

Bis zu einem gewissen Grad sicherlich, aber ich halte nicht sehr viel von den bisherigen Online-Portalen, weil ich immer glaube, dass der Dialog untereinander und die Präsenz vielmehr bewirken. Wir bedienen uns in unserer Arbeit eigentlich gar keiner digitaler Mittel, sondern sind da ganz klar darauf aus, Leute zusammenzubringen.

*Architektinnen und Planer in der Zukunft als Lobbyisten der Bevölkerung, die Architektur als Demokratisierungsinstrument?*

Partizipative Architektur, Partizipationsprozesse und Beteiligungsprozesse sehe ich nicht als reines Bottom-up Planen, sondern für mich ist das wirkliche Ziel, eine wohlüberlegte Kombination aus Top-down mit Bottom-up Elementen, mir geht es darum, dass die Experten auf einer Augenhöhe kommunizieren können und die Experten für ihre Rolle da sind. Wenn die Nutzer und Leute vor Ort sind, die man befragt, dann ist deren Nutzerwissen wichtig, in einer Schule sind die Pädagogen für ihr pädagogisches Wissen wichtig, die Kinder für ihr Wissen um ihre eigenen Bedürfnisse und so fort. Wir Architekten sind weiterhin die Experten der Raumproduktion und das halte ich für wichtig. Ich sehe die Architektur als sozialen Katalysator, wenn die Leute in der Architektur mitsprechen können, ist das ein demokratisches Handeln.

## Reinhard Seiß

Dr. techn. Reinhard Seiß ist Raumplaner, Publizist, Buchautor und Filmemacher. Er unterrichtet an verschiedenen Universitäten im In- und Ausland und schreibt für nationale wie internationale Zeitungen und Fachmagazine. Im folgenden theoriegenerierenden Expertengespräch legt er seine Sichtweise in Bezug auf aktuelle Stadtentwicklungsplanung und Machtstrukturen im Planungsgefüge dar.

*Herr Seiß, Sie beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit der Planungskultur in Wien und fordern, unter anderem auch in Ihren Büchern und Publikationen, eine Veränderung der bestehenden Planungskultur ein. Wie haben die politischen Akteure, die Planer, die Verwaltung und die Architekten in diesem Zusammenhang auf den Wiener Stadtentwicklungsplan step1994 reagiert?*

Ich hatte zu dieser Zeit noch keine Insiderkontakte oder Einblicke in die Stadt und die Stadtentwicklung und habe sie daher eher aus der Außenperspektive wahrgenommen. Was ich aber weiß ist, dass es damals noch einige sehr, im positiven Sinn, widerspenstige Planer in der Stadtverwaltung gegeben hat. Allen voran der auch im Buch „Wer baut Wien?“ [184] zitierte Georg Kotyza und noch weitere, die mit aller Konsequenz, mit allem Durchhaltevermögen und aller Diplomatie die Inhalte, die ihnen wichtig waren, durchgesetzt und auch beschlussfähig gemacht haben. Das Problem ist, ein Plan, der halbherzig beschlossen wird, kann keine Wirkung entfalten, weil die faktischen Entscheidungen wiederum von anderen getroffen werden. Das ist vielleicht ein Charakteristikum all dieser unverbindlichen Pläne und Konzepte in Österreich, in Wien.

Oft wird propagiert, auch international, dass dieses normative, festlegende und verbindliche Planen nicht mehr zeitgemäß sei. Ich denke, wir haben in Österreich, natürlich mit Ausnahmen, eine politische, aber auch eine Beamten-, Stadtplanungs- und Architekturkultur, die noch nicht nachgewiesen hat, dass man allein mit gegenseitigem Respekt und über Ausverhandeln und Ausdiskutieren zu konsequent guten Lösungen kommen kann. Ich sehe jedenfalls die Erfolge eines weniger festschreibenden, weniger hoheitsrechtlichen Planens noch nicht. Ich fände es schön, nur bräuchte es in unserer Gesellschaft dafür eine andere Kultur, die wir in Österreich in dieser Form aber – noch – nicht haben. Dieses fehlende sachliche Verhandeln, ohne auf nur die eigenen Pfründe zu achten, das fehlt uns auch in anderen Bereichen – warum sollte es plötzlich in der Stadtentwicklung gelingen?

Gehen wir doch von der Mikroebene Stadtplanung weg auf die allgemeine politische Ebene: Wie funktioniert denn unser Parlamentarismus? Da sind, wiederum mit Ausnahmen, Politiker und Mandatäre, die nie auch nur auf die Idee kommen, über Parteigrenzen hinweg Themen fachlich zu diskutieren. Den Clubzwang, den es bei besonderen Abstimmungen gibt, braucht es bei uns gar nicht, denn es kommt seltenst vor, dass jemand anders stimmt, als die Parteilinie es vorgibt. Es dreht sich

[184] Anm.: Reinhard Seiß, *Wer baut Wien?*, Verlag Anton Pustet, Salzburg 2013, 4. Auflage

permanent um das Durchsetzen der eigenen Interessen und niemals um das große Ganze. Aber Stadtplanung oder Stadtentwicklung funktioniert nur dann, wenn jemand das große Ganze bedenkt. Das ist die Aufgabe der genau dafür gewählten Politik, die dabei natürlich Experten und Bürger einbeziehen soll, aber im Endeffekt schon entscheiden muss, wohin die Reise gehen soll. Aber das wird hierzulande eigentlich nie mit Blick auf die ganze Stadt und nie unter Vernachlässigung ureigenster Individualinteressen entschieden.

Der Stadtentwicklungsplan ist ein unverbindliches Instrument, der angesichts der politischen Kultur dieser Stadt – und das ist ja keine Momentaufnahme, sondern die Erkenntnis der letzten 20, 30 Jahre – überhaupt keine Kraft entfalten kann, weil das grundlegende Bekenntnis der entscheidenden Player zu einer geordneten Entwicklung prinzipiell fehlt. Es scheitert selten an den Instrumenten, die Instrumente gibt es schon – außer im Bereich der Bodenpolitik, die in Österreich schmerzlich fehlt, was ein politisches Versäumnis darstellt, das vor Jahrzehnten verfassungsrechtlich repariert werden hätte müssen. Wie in Amsterdam beispielsweise, wo es im Grunde keine privaten Umwidmungsbegünstigten mehr gibt, sondern Grünland bei Umwidmung in Bauland automatisch über die öffentliche Hand auf den Markt geworfen wird. Man könnte auch andere Lösungen wählen, die andernorts bereits erprobt sind, etwa das Instrument des Baurechts, das das Grundeigentum bei der Kommune belässt.

Ein weiteres instrumentelles Vakuum besteht in Wien noch auf Stadtteilebene. Ein Flächenwidmungs- und Bauungsplan kann auf Stadtteil- oder Grätzelebene kein ganzes Quartier sinnvoll planen – und ebenso wenig kann ein Stadtentwicklungsplan das; da fehlt dazwischen einfach etwas.

*Wie schätzen Sie die Wirksamkeit neuer Stadtentwicklungspläne persönlich ein?*

Der Stadtentwicklungsplan ist in Wien für mich, und das gilt auch für auch viele andere Konzepte, eine reine Willenserklärung, die am nächsten Tag bereits durch konkrete rechtskräftige Entscheidungen konterkariert werden kann. Wenn man den *step2005* oder den *step1994* ernst genommen hätte, hätten wir seither in vielen Bereichen sichtliche Zeichen einer Verbesserung. Nur, das hat sich nie erfüllt. Solange Politik sich darauf beschränkt, Absichten zu erklären, ohne die konkreten Maßnahmen folgen zu lassen, klafft weiter eine tiefe Schlucht zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Um ein Beispiel zu nennen: der Ausbau von S-Bahnen, um den Pendlerverkehr auf der Straße zu reduzieren.

Der Stadt kommt aber zupass, dass die Leute vernünftiger werden. Ich führe die Zunahme des Radverkehrs und die Abnahme des Autoverkehrs in Teilen Wiens nicht unbedingt nur auf die verkehrspolitischen Innovationen der letzten fünf Jahre zurück, sondern in erster Linie auf eine Bevölkerung, insbesondere auf eine Jugend, die klug ist und weiß, dass in einer Stadt wie Wien ein Auto eher Belastung als Komfort ist und Radfahren nicht nur lässig und gesund, sondern auch schnell ist. Der generelle Wandel der Gesellschaft und die wiedergekehrte Akzeptanz eines Lebens in der Stadt trotz hoher Dichte sind Entwicklungen, die helfen, dass es in manchen Bereichen besser wird. Ob das wirklich von einem der letzten Stadtentwicklungspläne ausgegangen ist, wage ich zu bezweifeln.

*Die offene und selbstreflexive Gesellschaft der Digitalmoderne. Nimmt die Politik die neuen Handlungsmuster der Menschen auf?*

Ja und nein, die Politik ist in manchen Bereichen so klug und tut das. In manchen Bereichen sehe ich ein Auseinanderdriften der politischen Realität und der Realität mancher Bevölkerungsgruppen.

Zunehmend mehr Menschen koppeln sich aus dem System aus, finanzieren es zwar noch mit, aber haben für sich selbst eigentlich andere Strukturen aufgebaut. Es ist beispielsweise nicht mehr so üblich, dass irgendwo ein Kulturzentrum eingefordert wird, wie es in den 1970er- oder 1980er-Jahren noch war. Die Bürger erfüllen sich ihre kulturellen Bedürfnisse selbst, sie bekommen zum Teil zwar Unterstützung von der öffentlichen Hand, die aber nicht das Entscheidende ist. Das sehe ich als sehr positive Entwicklung in der Gesellschaft, auch wenn es nur einen Teil der Gesellschaft betrifft. Gleichzeitig ist es ein Armutszeugnis für die Politik, da die Anpassung der Politik an neue Bedürfnisse der Bürger in vielen Fällen viel zu langsam vonstatten geht. Im kulturellen Bereich gelingt das noch ganz gut, im Bildungs- und Gesundheitsbereich dagegen überhaupt nicht.

*Wäre es einfach, diese Strukturen zu verändern?*

Natürlich, aber das ist das Enttäuschende: Unsere Politiker sind Teil eines Apparats, der sich nicht nur – und das liegt in der Natur solcher Systeme – nicht selbst reformieren kann, sondern leider auch nicht reformieren lassen will. Neuerungen, Veränderungen kommen stets von außen, von unten, aber nicht aus dem Apparat selbst. Warum haben wir etwa keine sozial gerechte Bodenpolitik nach Münchner Vorbild? Weil es die Interessen derer, die mit der Stadtentwicklung viel Geld verdienen, massiv beschneiden würde. Es gibt aus meiner Sicht keinen anderen Grund.

*Architekten und Planer der Zukunft als Lobbyisten der Bevölkerung, die Architektur als Demokratisierungsinstrument?*

Das kann und soll im Grunde jede Berufsgruppe. Jeder Arzt kann Lobbyist der Bevölkerung sein, jeder Lehrer kann den Demokratisierungsprozess anschieben – und natürlich auch jeder Architekt. Im Grunde ist das eine Bürgerpflicht oder eine Bürgerchance. Und der Architekt oder Planer hat es dabei sicher leichter als der Maschinenschlosser. Wir haben in Österreich schon Phasen gehabt, wo Architekten sehr viel mehr für gesellschaftlichen Fortschritt, für das Gute und Schöne eingetreten sind, da brauchen wir gar nicht auf das Rote Wien zurückgreifen. Beispielsweise bei der Besetzung des Ammerlinghauses gegen den Abriss des Spittelbergs in den 1970er-Jahren, bei Protesten gegen den Abriss der Stadtbahn-Pavillons von Otto Wagner am Karlsplatz oder beim Engagement für die Erhaltung des Wittgensteinhauses und so weiter.

Die heutigen Bürgerinitiativen, etwa gegen die Zerstörung des Bacherparks oder des Otto Wagner-Spital-Ensembles am Steinhof, werden hingegen mehrheitlich von Bürgern getragen. Vielleicht ist zufällig einmal ein Architekt dabei – Otto Kapfinger ist einer der wenigen Überzeugungstäter, die sich da engagieren –, aber die Speer-

spitze sind einfache Bürger. Wo bleiben die engagierten Kollegen? Wir haben jetzt einen Hype an Baugruppen, der eindeutig von Bürgern getragen ist, von Bauwilligen, die sich Architekten suchen, die sie begleiten. In den 1970er-Jahren hat es Architekten wie Ottokar Uhl in Wien oder Fritz Matzinger in Linz gegeben, die so etwas aufgezogen haben. Im Grunde beobachten wir eine Umkehr, dass Innovationen heute stärker von den Bürgern ausgehen und weniger von den vermeintlichen Machern. In der Politik ist das eklatant und in der Architektur nicht soviel anders.

*Können sich Politik, Stadtplanung und Architektur verändern, oder ist es letztlich nur die Gesellschaft, die die notwendigen Veränderungen herbeiführen kann?*

Ich habe nicht den Anspruch, dass Politiker und Architekten permanent die Gesellschaft vor sich hertreiben. Aber natürlich könnten sie das in gewissem Maß. Es wäre wünschenswert, dass dieses Push und Pull von allen Seiten ausgeht, dann wäre der Fortschritt ein schnellerer.

Wenn man sich ansieht, wie banal das Sonnwendviertel bisher errichtet wurde, fragt man sich doch, warum Architekten und Bauträger so etwas tun. Vielfach fehlt einfach das Verständnis dafür, wie wir unsere Stadt urbaner gestalten könnten. Wenn ich mit Bauträgern rede, höre ich zum Teil sogar das Bedürfnis: Sagt uns doch, was wir gescheiter machen können! Oft kommen dann aber Architekten und überzeugen sie von ihrer sehr speziellen Vorstellung von Neuartig- und Großartigkeit. Viele Architekten holen die Bürger nicht bei ihren Bedürfnissen ab, sondern sagen: Wir zeigen den Menschen jetzt, was urbanes, zeitgemäßes Wohnen ist. Nur, im Grunde realisieren sie ihre ästhetischen Vorlieben, und das ist nicht das, was ich mir unter gesellschaftlich verändernd und befruchtend vorstelle. Es ist vielfach nichts wirklich Programmatisches, es ist eine formalistische Selbstdarstellung, eine Selbstverliebtheit.

Ich bin überzeugt, dass manche Bauträger durchaus etwas Spielraum und Bereitschaft haben, ein bisschen mehr Geld in die Hand zu nehmen, um ein bisschen intelligentere Wohnungen hinzukriegen. Wenn dieses Geld nicht in unnötige gestalterische Spleens fließt, sondern in wirklich gescheite Maßnahmen, dann haben wir schon gewonnen. Hier besteht ein großer Bedarf nach neuen Ideen.

In der Stadtplanung wie auch im Wohnbau hat sich ein selbstreferentielles System etabliert, das sich am Leben erhält. Im Fachbeirat, im Gestaltungsbeirat für die Vergabe von Wohnbauförderungen und in diversen anderen Gremien sitzen die Planer und Architekten, die genau solche Viertel und Häuser machen, die wir nun im Sonnwendviertel, am Nordbahnhof und in vielen anderen Entwicklungsgebieten finden. Es ist erschlagend, wie sehr Jurys und andere Foren im Grunde dazu missbraucht werden, die eigenen Netzwerke zu bedienen.

Es geht um Macht. Es geht nicht ums wirtschaftliche Überleben, es geht um Macht, Einfluss und Selbstdarstellung. Das sind die Triebfedern für die erfolgreichen Planer und Architekten, die wir haben. Jedes Wort von wegen Verantwortung für die Stadt und so weiter ist aus ihrem Mund absolut unglaubwürdig.

*Als Zukunftsvision: Was stellen Sie sich vor, könnte mit dem Straßenraum passieren, wenn es morgen keine Autos mehr gäbe?*

Das wäre phantastisch. Da bräuchte es auch gar keine Ideen mehr von Seiten der Politik oder der planenden Zunft. Es würde reichen, den Freiraum den Menschen zurückzugeben, auf dass sie ihn nutzen, wie sie wollen. Und es würde sicher eine wunderbare Vielfalt an Nutzungsformen entstehen. Die Stadt könnte vielleicht Entsiegelungen durchführen, Saatgut zur Verfügung stellen und so weiter, aber prinzipiell wäre das die Wiedergewinnung der Stadt für die Menschen durch die Menschen.

*..alle strukturell urbanistischen Probleme gelöst, könnte man fast sagen?*

Die Stadtstruktur würde ohne Autoverkehr eine gänzlich andere werden, das ist klar. Dass man für Autos befahrbare Straßen auch weiterhin brauchen wird, nicht zuletzt für Einsatzfahrzeuge und Müllabfuhr, versteht sich von selbst. Es würde weiter Taxis und Carsharing-Fahrzeuge geben, aber für diesen Verkehr brauchen wir keine flächendeckende Trennung mehr in Gehsteige, Radwege und Fahrbahnen, dafür brauchen wir schon gar keine oberflächlichen Parkplätze – das könnte alles weg sein.

## Robert Temel

Robert Temel ist freier Journalist, Architekturvermittler und selbstständiger Architektur- und Stadtforscher. Er ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied der *Initiative für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen* sowie seit 2013 Sprecher der Plattform *Baukultur*.

*Herr Temel, wie sehen Sie die Entwicklungstendenz in der Bauwirtschaft hinsichtlich der Einbeziehung von zivilen Akteuren in Planungsprozesse?*

Grundsätzlich ist die Bauwirtschaft, wie heutzutage fast alle Sektoren, zunehmend spezialisiert und arbeitsteilig organisiert, darum ist Beteiligung immer schwierig. Alles was in diese Richtung versucht wird, wie zum Beispiel Baugruppenprojekte, braucht dann auch sehr spezielle Rahmenbedingungen, die darauf eingehen, die möglich machen, dass die Akteure, die über dieses Feld viel weniger Wissen besitzen, auch beteiligt werden können. Das heißt, es braucht spezielle Anstrengungen dafür, dass das funktioniert.

Es gibt Städte wie Tübingen, in einem gewissen Ausmaß und für spezielle Sektoren ist das sicher auch für Berlin, Hamburg und dergleichen zutreffend, wo es schon eine gewisse Tradition und eine allgemeine Bekanntheit solcher Planungsprozesse gibt und das deshalb auch besser funktioniert. In Städten wie Wien, wo das Prinzip bisher nicht sehr vertreten ist, ist das relativ schwierig und kompliziert. Der Punkt ist, dass es immer wieder Projekte gibt, die von zivilen Akteuren selbst initiiert werden, das Wohnprojekt Wien ist ein Beispiel dafür, es passiert aber sehr selten, weil es dafür sehr starke Akteure braucht, die das können. Um das breiter möglich zu machen und auch eine breitere Kultur dieser Beteiligung zu erreichen, braucht es spezifische Angebote, zum Beispiel Architekten, die darauf spezialisiert sind, und Projektentwickler, die spezialisiert sind, und so weiter. Mit diesen funktioniert so etwas besser, oder vielleicht einfacher, dadurch sind mehr solcher Projekte möglich. Das bedeutet natürlich auch, dass die eigentlichen Initiatoren dann eben nicht diese zivilen Akteure sind, sondern professionelle, die sozusagen ein spezielles Angebot für diese Akteure schaffen.

*Versucht die Stadt Wien die Hürden für Baugruppenprojekte abzuflachen?*

Also in den letzten Jahren ist in den Stadterweiterungsgebieten ein Thema geworden, dass man einen kleinen Teil der Wohnbaugrundstücke für Baugruppen reserviert. Das ist jetzt in Aspern gemacht worden, wird derzeit am Hauptbahnhof gemacht, und wird vermutlich in zukünftigen Stadterweiterungsgebieten auch der Fall sein, das ist sozusagen die Nische, in der diese Projekte im Moment möglich sind. Am freien Grundstücksmarkt oder in der historischen Stadt ist das in Konkurrenz zu den professionellen Akteuren kaum durchführbar. Solange die Wiener Stadtplanung das als einen Fokus sieht und auch spezielle Angebote schafft, ist es durchaus möglich, dann aber in einer Größenordnung, die die Stadt solchen Projekten einräumt.

*Was sind Ihrer Meinung nach die Potentiale dieser Form von partizipativer Architekturproduktion?*

Die Frage ist immer Potentiale für wen, da gibt es natürlich immer verschiedene Sichtweisen. Es gibt einerseits die Gruppen selbst, für die es verschiedene Aspekte gibt, aber die zentralen Themen sind natürlich, sich in einer Form von Gemeinschaftlichkeit und von Selbstbestimmung guten Wohnraum zu schaffen. Das ist die interne Perspektive. Von außen gesehen, zum Beispiel, von Seiten der Stadt oder der Gesellschaft oder der Architekten, gibt es natürlich verschiedene andere Sichtweisen. Die Städte, speziell die Stadt Wien, unterstützt solche Projekte in Aspern und anderswo, weil sie glauben, dass diese Gruppen sehr engagiert und aktiv sind und auch auf das umliegende Stadtgebiet positiv ausstrahlen, sie Nutzungen anbieten oder sich um den öffentlichen Raum kümmern.

*Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die positiven Aspekte dieser Bauform auch einem überwiegenden Teil der Stadtbevölkerung zugänglich zu machen?*

Es gibt mehrere Aspekte. Durch die vorher beschriebenen professionellen Angebote können die Hürden in einem gewissen Ausmaß reduziert werden. Baugruppenprojekte sind aber weitgehend ein Mittelschichtphänomen. Es ist ein gewisses Einkommensniveau und auch ein gewisses Bildungsniveau erforderlich, um an diesen Projekten teilnehmen zu können. Es gibt jedoch Gruppen, die von sich aus darauf achten, dass in einem gewissen Ausmaß auch Geringverdiener dabei sein können.

Diese Problematik ist relativ schwierig überwindbar, das kann individuell in den Projekten funktionieren, indem einige Wohnungen kostengünstiger zur Verfügung gestellt werden, oder durch Kooperieren mit einem Bauträger. Alles was darüber hinausgeht, braucht ein Angebot der öffentlichen Hand, beispielsweise bestimmte Bereiche des geförderten Wohnbaus oder den Gemeindebau. Diese Angebote gibt es für diesen speziellen Sektor im Moment aber nicht wirklich.

Einige Akteure, wie Bauträger und andere hingegen spezialisieren sich und schaffen Projekte mit einer Art Top-down Partizipation, nicht in negativem Sinn, sondern mittels niedrighschwelliger Angebote und ohne der Voraussetzung, dass sich die zukünftigen Bewohner ihr Projekt selbst organisieren. Sozusagen einen partizipativen geförderten Wohnbau, der aber nicht im engsten Sinn eine Baugruppe ist. Beispielsweise das Projekt So.vie.so im Sonnwendviertel. Das ist natürlich kein sehr breites Angebot, sondern ein relativ kleiner Sektor, der ungefähr so groß ist wie der Baugruppensektor selbst.

In der erste Konjunktur von Baugruppen und Wohnprojekten in den 1980er- und 1990er-Jahren wurde versucht, die Vorteile und die Entwicklungen in diesem Sektor breiter nutzbar zu machen. Im Gemeindebau und auch bei einigen großen Bauträgern ist das Konzept des Mietermitbestimmungsstatus entstanden, das allerdings nicht in der Form gelebt wird, wie es intendiert war.

*Dabei geht es aber eher um die Organisation im Gemeindebau und nicht um die Wohnraumproduktion..*

Das politische Ziel war, zuerst in der Nutzung und im laufenden Betrieb in Richtung mehr Selbstbestimmung zu gehen. Bis zur Produktion ist man damit aber nie gekommen. Trotzdem könnte das ein interessanter Aspekt sein, auch im Betrieb gibt es sehr viel zu entscheiden, selbst zu organisieren und selbst zu bestimmen.

*Sie sind Mitbegründer der „Initiative für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen“ [185] in Wien. Welche Ziele verfolgen Sie mit dieser Initiative?*

Wir haben diese Initiative vor sechs Jahren gegründet und das Ziel war, als das Thema Wohnprojekte gerade wieder seine ersten Schritte gemacht hat, nachdem es zehn Jahre praktisch inexistent war, und erste neue Projekte entstanden sind, vermehrt in den öffentlichen Fokus zu rücken. Es ging im Wesentlichen darum, das Thema bekannter zu machen und ihm dadurch mehr Chancen zu geben. Prinzipiell in ganz Österreich, aber vor allem in Wien.

*Sie sprechen als Ziel auch von der Gründung einer Dachgenossenschaft. [186]*

Es gibt dieses Prinzip der Dachgenossenschaften in einigen deutschen Städten, zum Beispiel in Hamburg, da geht es einerseits darum, den einzelnen Projekten die Gründung und Entwicklung zu erleichtern, die Finanzierung zu erleichtern, Know-how-Transfer zu schaffen, also vorhandenes Wissen und vorhandene Kompetenzen zu bündeln, gleichzeitig aber im eigenen Bereich weitgehend autonom bleiben zu können. Im Prinzip geht es darum, eine Rechtsform zu bieten, die mehrere einzelne Wohnprojekte umfasst und Synergien schafft.

*„Denn zur Stadt gehört dieser Kern, dieser siedlerischer Akt der Schöpfung eines Kristallisationspunktes, an dem Generationen weiterwirken können, [...]“ [187] Ist es aus Ihrer Sicht gelungen, solche »Kristallisationspunkte« im Rahmen der jüngeren Stadtentwicklung zu schaffen?*

Die Frage ist, ob die Gesellschaften heute noch so funktionieren, dass es diese Kristallisationspunkte in dieser Form gibt. Es gibt sie sicherlich nicht mehr in der Stärke, wie es sie in historischen Städten gegeben hat. Vielleicht gibt es sie inzwischen kleinteiliger.

Wien ist nach wie vor eine stark zentral organisierte Stadt mit der Innenstadt und dem Stephansdom in der Mitte, das ist ganz sicher ein Kristallisationspunkt. Die Frage ist, wie weit strahlt dieser Kristallisationspunkt, nach Transdanubien strahlt er nicht mehr sehr stark aus. Es gab in der Planungsgeschichte von Wien immer wieder Versuche, zusätzliche Zentren zu schaffen. Ein wichtiger Schritt war der Planungs-

[185] Anm.: <http://gemeinsam-bauen-wohnen.org>, abgerufen 24.08.2015

[186] Anm.: <http://gemeinsam-bauen-wohnen.org/die-initiative/gruppe-4>, abgerufen 24.08.2015

[187] Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, 27. Auflage, S.79

ansatz von Roland Rainer, der Subzentren an der Wiener Peripherie vorgeschlagen hat, die teilweise, zumindest in Ansätzen, auch realisiert wurden. Das sind natürlich andere Kristallisationspunkte als die Wiener Innenstadt und es ist auch nicht sehr konsequent gemacht worden. Wenn man sich dann spätere Stadterweiterungsgebiete anschaut, gibt es diese Kristallisationspunkte weniger oder teilweise einfach gar nicht. In der Seestadt Aspern ist das Zentrum beispielsweise eine Leerstelle. Das ist eine interessante Idee, in die Mitte nicht die Kirche zu setzen, sondern das Wasser. Man kann diesen öffentlichen Raum nicht wirklich betreten, außer den Park, den es rundherum gibt.

*Denken Sie, dass der See in der Seestadt Aspern zum wirklichen Identifikationsmerkmal für die Bewohner wird, oder handelt es sich dabei eher um ein Marketingkonzept?*

Das sind zwei Dinge, die sich nicht ausschließen. Ich glaube schon, dass er in einem gewissen Ausmaß ein Identifikationsmerkmal sein kann und sein wird, warum soll er es nicht. Es stellt sich eher die Frage, ob es ein starker Identifikationspunkt ist.

Eine andere Frage der Kristallisationspunkte ist eine viel kleinteiligere. Jedes einzelne Haus in der Stadt kann im Prinzip ein Kristallisationspunkt sein. So wie heute Stadt gebaut wird, ist das nicht sehr intensiv vorhanden, das war es aber in der Gründerzeitstadt auch nicht. Es hat lange Entwicklungen gebraucht, bis diese Stadtviertel die Qualitäten erreicht haben, die sie jetzt haben.

*..durch technische Neuerungen und den Ausbau. Die Flexibilität ist aber anscheinend immer noch unübertroffen.*

Sicher.

*Können Baugruppen solcherart Kristallisationspunkte sein?*

Das können sie sein und das sind sie auch, das sieht man in der Praxis. Ich finde aber auch, dass man aufpassen muss, die Projekte nicht zu überfordern, Leistungen für ihr räumliches Umfeld zu erbringen, obwohl die Leute schon gefordert sind, ihr Projekt erst einmal selbst zu entwickeln, zu planen, zu bauen und zu beziehen. Die Leute machen das neben ihren Berufslaufbahnen und ihrem Privatleben und zusätzlich sollen sie noch Kristallisationspunkte generieren. Das geht, wenn es genügend einzelne Kristallisationspunkte gibt, ansonsten ist es eine Überforderung der Beteiligten.

*In einem Nebeneinander von Kristallisationspunkten können Baugruppen vielleicht ein Teil sein, ein florierendes urbanes Umfeld zu generieren.*

*In welcher Form kann die Stadtbevölkerung in Wien Ihrer Meinung nach an der Entwicklung ihrer gebauten Lebensrealität mitwirken? Sehen Sie, neben Baugruppenprojekten, noch andere Möglichkeiten für die Stadtbewohner, ihr eigenes Lebensumfeld zu generieren, zu schaffen, selbstaktiv zu sein?*

Es gibt natürlich von Seiten der Stadt und der Stadtplanung einige Angebote in diese Richtung, nicht umwerfend viele, aber doch. Ich glaube aber, dass es dafür eine wesentlich stärkere partizipative Kultur insgesamt braucht, und die haben wir in Wien nicht so stark wie beispielsweise in Berlin. Die Partizipation an der Stadtentwicklung müsste von den Leuten stärker eingefordert werden und weniger von der Stadt angeboten, das ist aber ein langsamer Prozess, der in Wien nicht sehr stark fortschreitet. Man kann der Stadt natürlich vorwerfen, dass sie sich nicht sehr intensiv um Partizipation kümmert, das tut sie in den letzten Jahren sicher wesentlich stärker als noch bis vor kurzem, nur müsste es auch von den Leuten kommen und das tut es nicht. Die Form der Beteiligung, die es in Wien gibt, ist die Bürgerinitiative, die gegen etwas ist, und anderes gibt es nur wenig, das ist das Grundproblem.

*..man beschäftigt sich hauptsächlich mit den negativen Auswirkungen von Planungsprozessen anstatt mit positiven Vorschlägen?*

Genau. Das ist auch kein Wunder, weil die Stadt auch jahrzehntelang auf die entsprechende Weise mit diesen Themen umgegangen ist. Sie hat die Leute vor vollendete Tatsachen gestellt, und dann ist die einzige Möglichkeit, dass man ablehnend reagiert.

*Sehen Sie ein Potential in der stark sozial vernetzten Generation Y, vielleicht neue Arten von Partizipation zu generieren?*

Grundsätzlich würde ich sagen, dass sich etwas verändert und auch verbessert, aber es geht relativ langsam. Die sozialen Netzwerke tragen zu einer Vernetzung und zur Information der Leute bei. Es ist relativ leicht auf Facebook für oder gegen etwas zu sein, aber relativ schwer etwas praktisch und im wirklichen Leben zu tun.

*Hanno Rauterberg stellt in den Raum, dass gerade die Digitalisierung und das Verweilen im virtuellen Raum die Leute wieder vermehrt in den öffentlichen Raum zurückholt, die Sehnsucht nach realer Interaktion sehr stark ist und das auch die Aktivität im öffentlichen Raum befördert. [188]*

Die Frage ist welche Aktivität, zu einem sehr großen Teil ist es die Konsumaktivität. Hanno Rauterberg spricht nicht von der Situation in Wien, aber es gibt Städte, wo es mehr politisches Bewusstsein und politische Kultur gibt, auch in dieser Hinsicht.

[188] Vgl.: Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.62

*Welche neuen Handlungsmöglichkeiten würden Sie den Stadtbewohnerinnen im urbanen Raum zugestehen?*

Es muss Grenzen geben und natürlich muss es Öffnung geben. Es wird nicht nur das eine möglich sein. Ich glaube, das Grundproblem ist schon die Frage: Soll man den Leuten Möglichkeiten einräumen? Die Möglichkeiten haben sie. Es geht stärker darum, dass sie diese Möglichkeiten wahrnehmen und einfordern. Wenn das Einräumen ein Goodwill einer Obrigkeit ist, dann sind wir am falschen Weg, dann wird es nie funktionieren.

*Sie haben 2013 die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der baupolitischen Leitlinien für das Bundeskanzleramt organisiert. Wann und in welcher Form können Sie sich zum Beispiel die Umsetzung des Punktes „Ausbau von Bildung, Vermittlung und Beteiligung in der Baukultur“ [189] vorstellen?*

Da waren sehr viele beteiligt und wir sind noch relativ am Anfang, aber die Chancen stehen gut, dass es tatsächlich in Richtung einer Umsetzung gehen wird. Bei Diskussionen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ist die Frage der Fortbildung für Entscheider ein wichtiges Thema. Ich war mit diesem Thema auch in der Stadt Wien befasst, da sind wir gerade dabei mit der Wiener Verwaltungsakademie zu sprechen, ob ein Programm in diese Richtung initiiert werden könnte. Auf Bundesebene, wenn in dieser Hinsicht tatsächlich etwas ausgearbeitet wird, wird das sicher auch ein Thema sein. Das sind sehr langfristige Prozesse, dabei geht es wirklich um das Bohren dicker Bretter, da geht es um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Ich glaube aber, es gibt gewisse Fortschritte, wie erfolgreich das insgesamt sein wird, kann ich jetzt noch nicht abschätzen.

*Könnte es auch in Richtung der Ausbildung oder in die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung tendieren?*

Grundsätzlich ja. Dafür braucht es aber eine entsprechende politische Initiative. Es gibt zunehmend Akteure und Angebote im Bereich der Architekturvermittlung und Planungsvermittlung, aber darüber müsste es noch hinaus gehen. Mitte der 1990er-Jahre hat Finnland angefangen eine Architekturpolitik aufzubauen und dabei auch stark auf Partizipation der Bevölkerung zu setzen. Das war damals auch mit einer Bildungsinitiative verbunden. Man hat gesagt, wenn man den Bürgern verstärkt die Möglichkeiten öffnet, sie bei Planungs- und Gestaltungsentscheidungen mitsprechen zu lassen, brauchen sie auch das grundlegende Wissen dafür, deswegen muss man das Thema im ganzen Bildungssektor einbauen. Wenn es diese großen politischen Initiativen nicht gibt, dann bleiben das Einzelaktionen. Nachdem der Bildungssektor in Österreich nicht unbedingt mit Innovativität glänzt, ist das ein schwieriges Thema.

[189] Beirat für Baukultur, *Bundesinitiative Verantwortung. Bauen. Zukunft. Aufgaben und Elemente einer Österreichischen Baukulturpolitik. Empfehlung Nr. 4 des Beirats für Baukultur Wien*, Österreichisches Bundeskanzleramt, Wien 2013, S.3, <http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?DocId=51809>, abgerufen 01.07.2015

*Architekten und Planer der Zukunft als Lobbyisten der Bevölkerung, die Architektur als Demokratisierungsinstrument?*

Also wenn die Architekten die Lobbyisten der Bevölkerung sind, ist das was anderes als Architektur als Demokratisierungsinstrument. Wenn es um die Demokratisierung der Architektur geht, dann braucht die Bevölkerung die Architekten nicht unbedingt als Lobbyisten, sondern ist ihr eigener Lobbyist. Die Architekten müssen mündige, partizipierende und politisch denkende Staatsbürger sein, so wie alle anderen auch, aber sie müssen nicht die Überdemokraten sein, das ist auch unrealistisch.

# **Digitalmoderne**



## Eine neue Gesellschaftsform

Industrielle Revolution, Dienstleistungsexpansion, Bildungsexpansion, digitale Revolution. Von der historischen Klassengesellschaft, durch Ausbau des Bildungs- und Dienstleistungssektors seit den 1960er-Jahren, zur Individual-Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Die Gesellschaft als Netzwerk von korrespondierenden Individuen, die direkt oder indirekt sozial interagieren und sich in ihrer sozialen Ausrichtung und/oder in ihren sozialen Handlungsweisen als übergeordnete Gemeinschaft konstituieren.

Gesellschaften sind einem stetigen Wandlungs- und Transformationsprozess unterworfen, sie bilden sich in Abhängigkeit der einwirkenden Parameter, bestimmen den Umgang mit diesen, entwickeln sich ebenso wie sie die Umwelt gestalten und organisieren sich im Zweifel neu. Die Gesellschaft der digitalen Moderne oder nach der Begrifflichkeit von Hanno Rauterberg der „Digitalmoderne“ [190] ist geprägt von den technologischen Neuentwicklungen, der »digitalen Revolution« des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Der Kunsthistoriker Heinrich Klotz bezeichnet das beginnende Computerzeitalter im kunst- und architekturtheoretischen Diskurs als „Zweite Moderne“ [191]. Die digitale Durchsetzung aller Lebensbereiche ist als wesentlich für viele gesellschaftliche Veränderungen in der jüngsten Neuzeit zu werten. Der virtuelle Raum wird dabei unter anderem zum Experimentierfeld für reale Handlungsentscheidungen.

Zu erheblichen Umbildungen der Zivilgesellschaft und damit verbunden zu Veränderungen von Lebensentwürfen hat die Transformation von der überwiegend auf materielle Erzeugnisse ausgelegten Produktionsgesellschaft der Industrialisierung zur Dienstleistungsgesellschaft geführt. „Durch den Ausbau des Dienstleistungssektors in den sechziger und siebziger Jahren werden die sozialen Aufstiegschancen im unteren Drittel der sozialen Hierarchie bei wiederum gleichbleibenden Abständen zu den anderen Großgruppen der Angestellten und Beamten beträchtlich verbessert.“ [192] Ulrich Beck bezeichnet das als die soziale Mobilität, die der Individualisierung einen starken Vorschub leistet und die historische Klassengesellschaft schrittweise in eine Gesellschaft der Klassifizierung überführt.

[190] Ebd.

[191] Heinrich Klotz, *Kunst im 20. Jahrhundert. Moderne - Postmoderne - Zweite Moderne*, Verlag C.H. Beck 1999, 2. Auflage

[192] Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2015, 22. Auflage, S.125

Die soziale Mobilisierung und des Weiteren die allgemeine Flexibilisierung der Gesellschaft bringen, so Ulrich Beck, die Lebenswege und Lebenslagen der Menschen durcheinander. Die Summe der Mobilitätsvorgänge fordert stetige Individualisierungsschübe relativ zu Nachbarschaften, Familie, Beruf oder der Arbeit. Damit ver selbstständigen sich die Lebenswege der Menschen, es entsteht eine Eigenrealität, das persönliche Schicksal wird erlebbar [193]. Veränderte Siedlungsstrukturen und Wohnverhältnisse in der modernen Stadt führen zu neuen Formen von Gemeinschaften.

Die vorgegebenen und bis dahin unveränderlich geglaubten Strukturen werden aufgelöst, so können neue soziale Beziehungen »individuell« hergestellt werden. Nachbarschaftsverhältnisse, Freundschaften und Kontakte unterliegen einem persönlichen Gestaltungsprozess, müssen aber auch selbstständig erhalten werden [194]. Die Grundvoraussetzungen für die Individualisierung sieht Beck dabei etwa in einem Umfeld der allgemeinen wirtschaftlichen Prosperität, im Ausbau des Sozialstaates, in der Bildungsexpansion und in der Erweiterung des Dienstleistungssektors und den damit verbundenen Mobilitätschancen, der Reduzierung der Arbeitszeit und so fort [195].

Die Schicht oder – genauer ausgedrückt – das Schichtendenken mit Ober-, Mittel- und Unterschicht oder oberer Unterschicht, unterer Mittelschicht und mittlerer Oberschicht ist lediglich als Übergangsstadium von Klassen zu Klassifikationen zu werten [196]. Damit nimmt Ulrich Beck Ende der 1990er-Jahre maßgebliche Entwicklungen der digitalen Moderne vorweg. Es scheint schwierig, sich als Mensch der Digitalmoderne noch in eine Schicht einzuordnen, vielmehr fühlen wir uns flüchtigen, sich stetig verändernden Netzwerken oder individualisierten Strömungen zugehörig. Mit dem Entlassen des Individuums in den freien Markt, in seinen eigenen Geltungsbereich, sind auch alle damit einhergehenden Probleme individuell und persönlich zu lösen. „Im Kontext dieser veränderten gesellschaftlichen Umstände scheint jedoch eine direkte Fortschreibung der westeuropäischen Partizipationsstrategien der 1960er- bis 1980er-Jahre nicht denkbar. Die Handlungsoptionen dieser Projekte schwinden gemeinsam mit den sich zunehmend auflösenden wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen, an die sie zumeist gebunden waren.“ [197] – konstatieren in diesem Zusammenhang Jesko Fezer und Mathias Heyden.

*„Dauerhafte Konfliktlinien entstehen mehr und mehr entlang »zugewiesener« Merkmale, die nach wie vor mit Benachteiligungen verbunden sind: Rasse, Hautfarbe, Geschlecht; ethnische Zugehörigkeit (Gastarbeiter), Alter, körperliche Behinderungen. Derartige »quasi-naturvermittelte« soziale Ungleichheiten erhalten unter Bedingungen fortgeschrittener Individualisierung besondere Organisations- und Politisierungschancen aufgrund ihrer Unentrinnbarkeit, ihrer*

[193] Vgl.: Ebd. S.125ff

[194] Vgl.: Ebd. S.138

[195] Vgl.: Ebd. S.133

[196] Vgl.: Ebd. S.140ff

[197] Jesko Fezer, Mathias Heyden, *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004, S.23

zeitlichen Konstanz, ihrer Widersprüchlichkeit zum Leistungsprinzip, ihrer Konkretheit und direkten Wahrnehmbarkeit und der damit ermöglichten Identifikationsprozesse.“ [198]

Die digitale Revolution zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt mit dem für die Masse zugänglichen Internet, mit der Entwicklung von Smartphones und der Erfindung von Social Media weiterführende Möglichkeiten zur Individualisierung bereit. Der Höhepunkt des »Ich« ist dabei sicherlich noch nicht überschritten. Die Merkmale der »Klassifizierungen« werden feinkörniger, »granular«, wie Christoph Kucklick [199] attestiert. Damit steht der Einzelne nicht mehr ausschließlich für sich selbst als Individuum und treibt seine persönliche Individualisierung voran, er ist auch, und gerade das ist die Neuerung, »singulär« und in seiner Einzigartigkeit von anderen ermittelbar und erfassbar [200].

Als globalisiert gilt mittlerweile nicht nur die Wirtschaft und Industrie, sondern auch die Zivilgesellschaft, etwa durch multiple, weltumspannende Kommunikations- und Selbstdarstellungsmittel. Die Digitalisierung erzeugt neue Handlungsmuster, neue Handlungsmöglichkeiten, neue Sichtweisen, Erkenntnisse und neue Lebensrealitäten. Die Grenzen von virtuellem und realem Raum verschwimmen ebenso wie die Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit. „Anwesend ist, was nicht anwesend ist, etwa der Facebook-Freund beim Blick aufs Display; fern hingegen liegt, was doch so nah heranrückt, etwa der Banknachbar in der U-Bahn.“ [201] In dieser Hinsicht wandelt sich der Umgang mit dem Privaten im Öffentlichen und umgekehrt, eine Gleichzeitigkeit wird möglich und zum Selbstverständnis.

Der Computer ist zu einem leistbaren Werkzeug geworden, damit ändern sich viele Lebensentwürfe und Berufsbilder oder es entstehen gänzlich neue. „Die Produktionsmittel von einst waren in der Regel riesige Maschinen, schwer und unverrückbar; heute, in der Digitalmoderne, sind es Maschinchen, Computer, die man sich unter den Arm klemmen kann, überall einsetzbar.“ [202] Dienstleistung ist das neue Credo und damit sinkt die Abhängigkeit des Einzelnen von einer Arbeitsstätte. Das Selbstbewusstsein des Individuums bekommt im Hinblick auf den Umgang mit dem eigenen Wissen neuen Aufschwung. Wirtschaftliches Risiko wird zugunsten von individueller Freiheit in Kauf genommen. Die klassischen normativen Verhaltensweisen vergangener Zeiten werden schrittweise weiter aufgelöst oder entwickelt.

Die Individualisierung und das Selbstbewusstsein im Umgang mit dem eigenen Ich und den individuellen Bedürfnissen lenken unweigerlich den Blick auf den Lebensraum, wie er sich darstellt und welche Möglichkeiten er eröffnet. Das selbstzentristische Präsentieren der eigenen Persönlichkeit im Internet braucht Rückmeldungen, es benötigt einen Austausch mit vielen, eine Kollektivität, die sich auch

[198] Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2015, 22. Auflage, S.159f

[199] Vgl.: Christoph Kucklick, *Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst*, Ullstein Verlag, Berlin 2014

[200] Vgl.: Ebd.

[201] Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.53

[202] Ebd. S.29

physisch konstituieren möchte. Die landläufige Ansicht, dass die Kommunikation der Zukunft ausschließlich im Netz stattfindet und die Generationen der »digital Natives« jegliches Sozialverhalten verlieren werden, hat sich nicht bewahrheitet. Die virtuelle Kommunikation und der Austausch mit anderen haben explosionsartig zugenommen, der Wunsch nach Mitteilung und nach Beteiligung ist gestiegen. Zeitungen bieten beispielsweise Kommentarfunktionen, wichtige Veranstaltungen werden zur Fernsehübertragung live von Journalisten kommentiert und können ebenso live von den Zuschauern kommentiert werden. An die Stelle des Monologes scheint ein Dialog zu treten, wenngleich noch nicht absehbar ist, inwieweit die Bevölkerung wirklich von diesem Dialog profitiert.

Und trotz der unbegrenzten virtuellen Handlungsmöglichkeiten verspüren viele Menschen den Drang nach Physis, nach Kommunikation und Interaktion im Realraum. Diesbezüglich bemerkt Hanno Rauterberg: „Gerade diese Omnipräsenz der digitalen Technik, die überall ihre Sensoren hat und der nichts mehr zu entgegen scheint, weckt in manchen das Bedürfnis, dem unsichtbaren Überall des Netzes ein konkretes, körperlich spürbares Hier und Jetzt entgegenzusetzen.“ [203] Und gerade aus der digitalen Vernetzung und der persönlichen Offenlegung im *World Wide Web* entsteht der Wunsch nach Beteiligung an Aktivitäten im physischen Raum.

*„In dieser Hinsicht erweist sich der Cyberspace als ein offener, öffentlicher Raum, der dazu einlädt, sich zu produktiven, anarchischen oder einfach nur unterhaltsamen Unternehmungen zusammenzuschließen. Vielleicht ließe sich sogar behaupten, dass dieses Gemeinschaftsgefühl, das in Crowdsourcing-Projekten zum Ausdruck kommt, jener Moment der Selbstermächtigung, der aus dem Nutzer einen Produzenten macht, auch die Psychologie des städtischen Lebens verändert und sich deshalb das Verhalten vieler Menschen in den nichtvirtuellen Räumen der Öffentlichkeit wandelt.“* [204]

Das Bedürfnis nach Gemeinschaft rückt den öffentlichen Raum als Ort der analogen Kommunikation und des realen Tuns in das Blickfeld der Bevölkerung. Daraus könnte man schließen, dass sich erst durch die Entfremdung und durch die schier unbegrenzten Möglichkeiten, die Offenheit und Öffentlichkeit im virtuellen Raum, die erweiterte Wahrnehmung wieder auf den realen Raum gerichtet hat [205].

[203] Ebd. S.62

[204] Ebd. S.37

[205] Vgl.: Ebd. S.56ff

## Zukunftsdialog

Der Individualisierung der Gesellschaft und der Emanzipation des Bürgers ist es geschuldet, dass Architekten, Planer und Entscheidungsträger sich gefordert sehen, mit den Nutzern neue Formen des Dialoges zu suchen und zu erproben. Das Selbstverständnis von »Dialog« ist bei der Verschiedenartigkeit der Interessen der einzelnen Akteure und deren Entscheidungsfähigkeit naturgemäß unterschiedlich und unterliegt zudem einem gesellschaftlichen Wandlungsprozess. Der einfache Bürger musste erst lernen, eine Meinung zu vielerlei Dingen zu haben und diese auch entsprechend zu artikulieren. War bis in das frühe 20. Jahrhundert die Dialogeröffnung mehrheitlich den Entscheidungsträgern vorbehalten, so hat sich durch die Nutzung von Meinungsumfragen – sozusagen der »Erfindung der Meinung« – auch ein Selbstverständnis für Eigeninitiative aufseiten der Zivilbevölkerung etabliert [206]. In der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts und maßgeblich befördert durch neue Medien des Austausches und der Kommunikation lassen sich nunmehr eine große Anzahl an Menschen zu unterschiedlichsten Interessensgemeinschaften zusammenschließen. Ihnen wird ermöglicht, ihre Begehren und Wünsche in relativer Offenheit zu diskutieren. Ob und wie diese Handlungsaufforderungen aus der Gesellschaft den Weg zu den Entscheidungsträgern finden, hängt von vielfältigen und im Rahmen dieser Arbeit kaum zufriedenstellend zu klärenden Faktoren ab. Die Dialogkultur der politischen und wirtschaftlichen Akteure wird beispielsweise durch den Grad der Demokratisierung, Gesetze, die Struktur der Verwaltung oder die Persönlichkeiten der Entscheidungsträger und deren Vermögen, sich der technischen Neuerungen adäquat zu bedienen, mitbestimmt.

Im Sinne von Christoph Kucklick ist es für den zukünftigen Dialog entscheidend, ob die Entscheidungsträger mit den ihnen zur Verfügung stehenden Informationen aus der Zivilgesellschaft umzugehen lernen, die Daten aus der Bevölkerung zu deuten wissen und die Fähigkeit erlangen, in den digitalen Diskurs zu treten, Feinheiten zu lesen und vielleicht weniger globale, sondern individuelle Entscheidungen im Sinne einer „granularen Gesellschaft“ [207] zu treffen wissen. Hochauflösende singuläre Bilder des Einzelnen und damit dichte, detaillierte Erkenntnisse der Gesellschaft eröffnen den Entscheidungsträgern und auch der Bevölkerung neue Sichtweisen. Granular meint diesbezüglich eine noch höhere Auflösung als die der individualisierten Gesellschaft. „Unter Granularität verstehen Computerwissenschaftler das Maß der Auflösung, die Präzision von Daten: je feinkörniger, desto granularer. Durch die Digitalisierung ziehen wir alle Schritt für Schritt in diese feinauflösende Gesellschaft um. Denn Digitalisierung bedeutet vor allem: Wir selbst und unsere Gesellschaft werden auf neue Weise vermessen. Unsere Körper, unsere sozialen Beziehungen, die Natur, unsere Politik, unsere Wirtschaft – alles wird feinteiliger, höher auflösend, durchdringender erfasst, analysiert und bewertet denn je.“ [208]

[206] Vgl.: Christoph Kucklick, *Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst*, Ullstein Verlag, Berlin 2014, S.24f

[207] Ebd. S.10

[208] Ebd. S.10

Im Folgenden stellt ein Beispiel den derzeitigen Stand der Dialogkultur der Stadt Wien dar.

Über eine am 23.02.2015 eingebrachte Petition für ein Internet-Portal zur Bürgerbeteiligung beispielsweise versucht die Initiative *Aktion21* die Stadtverwaltung dahingehend zu bewegen, alle laufenden partizipativen Verfahren gesammelt offenzulegen und eine öffentliche Plattform des Austausches zu schaffen. Die Teilnahme an dieser Petition ist an behördliche Auflagen wie den Besitz einer Bürgerkarte gebunden.

„Der Verein »Aktion 21 – Pro Bürgerbeteiligung« fordert die politischen Vertreter der Stadt Wien auf, ein Internet-Portal (z.B. <http://buerbeteiligung.wien.at>) einzurichten, auf dem die Bürgerinnen und Bürger umfassend und auf einen Blick über alle laufenden oder kurz vor Beginn stehenden Bürgerbeteiligungsverfahren in Wien informiert werden. Insbesondere sollen auf diesem Portal direkt oder über Linkverweise Petitionen, aktuelle Flächenwidmungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), Strategische Umweltprüfungen (SUP; insbesondere hier auch Beginn des Screening-Verfahrens), Lokale Agenda 21 Projekte sowie städtebauliche Verfahren mit Beteiligung aber auch Termine von Bürgerversammlungen abrufbar sein. Ebenso soll den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden ein Email-Abo zu Bürgerbeteiligungsverfahren zu beziehen (mit Selektionsmöglichkeit nach thematischen und geographischen Gebieten, z.B. nach Bezirken).“ [209]

Die Problematik erschließt sich schnell. Konkrete Realisierungswünsche werden an die Entscheidungsträger der Politik herangetragen. Die Artikulation dieser Wünsche eröffnet einen bürgerlich initiierten Dialog über beispielsweise die Schaffung neuer Parkanlagen, eine Verbesserung der Infrastruktur des Verkehrs oder auch die Realisierung von lokalen Gemeinschaftsflächen, seien es Gärten, Grillzonen, konsumfreie Bereiche oder die offene Nutzung von Parkflächen und vieles mehr. Ein zu offen geführter »Dialog« von Seiten der Entscheidungsträger, signalisiert die Verwaltung zu viel Gesprächsbereitschaft, geraten die Kommunen sehr schnell an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. „Je interessierter nämlich die Bürger alle Veränderungen in ihrer Nachbarschaft verfolgen, je motivierter sie sind, eigene Vorschläge einzubringen – ob es nun um die Linienführung eines Busses, um kindgerechte Platzgestaltung oder bessere Fahrradwege geht –, desto schwieriger wird es für die Städte, viele dieser Interessierten und Motivierten am Ende nicht zu enttäuschen.“ [210]

Die Verwaltung schafft sich mit der Öffnung des Dialoges somit auch ein nicht kalkulierbares Risiko. Es können nicht alle Interessen gleichermaßen berücksichtigt, auch können nie alle Vorschläge umgesetzt werden, und selbst wenn auf gute und sinnvolle Ideen eingegangen wird, müssen nicht alle Bewohner gleichermaßen davon überzeugt sein. Damit wird jedes Gespräch, jede Beteiligung und Einbeziehung der Bürger zu einem Drahtseilakt im Hinblick auf die politische Durchführbarkeit. Darin liegt vermutlich die Zögerlichkeit der politischen Akteure begrün-

[209] Agenda21, Andrea Maria Willson-Kainz, *Petition für ein Internet-Portal Bürgerbeteiligung auf der Stadt Wien homepage wien.at*, <https://www.wien.gv.at/petition/online/PetitionDetail.aspx?PetID=74ebd610eaac44308c708131efbed1f2>, abgerufen 17.07.2015

[210] Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.123f

det und darum werden hauptsächlich nach vermeintlichen Mehrheiten abgeklärte Beteiligungsverfahren eingeleitet. Diese sind aber keinesfalls als Dialog zu werten, denn Kommunikation sollte ein un gelenktes Äußern von Ideen aller Akteure der Stadtgestaltung und eine tatsächliche Diskussionsbereitschaft seitens der Entscheidungsträger kennzeichnen.

Argumentativ lassen sich aus der Sicht der Verwaltung wohl am besten Mehrheitsentscheidungen langfristig rechtfertigen. Diese erfordern allerdings wiederum konkrete Vorbereitung, Vorentscheidungen und eine kontrollierte Systematik. Das ist differenziert betrachtet mehr Beteiligung als Mitbestimmung oder Dialog, entspricht eher einer Einladung sich doch zu äußern, jedoch ohne Garantie tatsächlich berücksichtigt zu werden. Mitbestimmung meint hingegen ein gemeinsames Entwickeln von Lösungen. Die digitale Gesellschaft fordert Mitbestimmung ein, sucht nach Handlungsfreiräumen und nach individualisierten Lösungen.

Mit der *Magistratsabteilung 55*, dem „Bürgerdienst – Stadtservice für alle Wienerinnen und Wiener“ [211], sucht die Stadt Wien den Kontakt zu den Bewohnern. Nach amerikanischem Vorbild und (wiederum) als Einbahnstraße konzipiert, werden Anliegen aus der Bevölkerung gesammelt und nach Einschätzung der Verwaltung Gehsteigschäden ausgebessert, Gebrechen und Verunreinigungen beseitigt und dergleichen. Zwar ist auch hier das Konzept der Dialog, die Umsetzung bleibt allerdings vage und das Anliegen der Bewohnerinnen verschwindet vorerst in der digitalen Sphäre der Cloud. Zudem beschränkt sich das System mehr auf konkrete Missstände, die es zweifelsohne zu beseitigen gilt, als auf mögliche Verbesserungen und Ideen zur urbanisierenden Entwicklung des Lebensraumes Stadt. Wenn also von Seiten der politischen Entscheidungsträger von Dialog gesprochen wird, entspricht das in der Regel dem Sammeln von Daten, deren Auswertung hinsichtlich Mehrheitsfähigkeit einer konkreten Umsetzung und der eventuellen Beteiligung am nachfolgenden Entscheidungsprozess oder dem Zugeständnis kleinster Ausbesserungen, sozusagen der Korrektur von Verwaltungsverfehlungen, keinesfalls jedoch einer auf Augenhöhe geführten direkten Kommunikation über Ideen, Anregungen, Verbesserungen und der Ermöglichung neuer Handlungsoptionen. Damit bleibt das kreative Potential der Stadtbevölkerung zur Entwicklung des urbanen Raumes unangetastet und ihr lokales Wissen ungenutzt. Der Dialog dient der unbestritten wichtigen Optimierung des Status quo, darüber hinausgehende Zukunftsperspektiven der Bevölkerung werden allerdings kaum dialogisch erschlossen. Das kann dazu führen, dass sich die, nach Ulrich Beck, vom Staat und der Wirtschaft individualisierten Bürger nunmehr weitestgehend unverstanden fühlen und ihre Wünsche und Bedürfnisse als unterrepräsentiert wahrnehmen.

Wie die Digitalisierung und die mittlerweile zur Verfügung stehenden Technologien und Algorithmen für singularisierte Prozesse genutzt werden können, zeigt Christoph Kucklick in nachfolgende Beispiel:

[211] Anm.: Stadt Wien, *Bürgerdienst - Stadtservice für alle Wienerinnen und Wiener (MA 55)*, <http://www.wien.gv.at/buergerdienst>, abgerufen 24.08.2015

„Rund 50 Datenanalytiker wurden in einen fensterlosen, kümmerlich beleuchteten Raum gesperrt, den alle nur »The Cave« nannten, die Höhle. Er lag am nördlichen Ende von Obamas Hauptquartier im One-Prudential-Plaza, einem Wolkenkratzer direkt am Seeufer von Chicago. Die Höhle erlangte bald mythischen Status bei den anderen Mitarbeitern der Obama-Kampagne, schon weil es dort sehr informell zugeht. Viele Höhlenbewohner trugen löchrige Jeans und T-Shirt sowie unbedingt Gesichtshaarung. Wie nahezu jede Revolution wird auch die granulare von jungen bärtigen Männern gemacht. [...]

Chef vom Raum war der erst 29 Jahre alte Daniel Wagner, der sich gemeinsam mit dem Leiter von Obamas Kampagne, Jim Messina, vorgenommen hatte, mehr Wissen über die Wähler zusammenzutragen als je zuvor. Und damit meinte er nicht die Durchschnittswerte für bestimmte Gruppen, sondern Wissen über möglichst viele einzelne Wähler. Das gelang ihm mit erschreckender Präzision. Zwar sind längst nicht alle Einzelheiten des strenggeheimen Datenwahlkampfes bekannt, aber genug, um zu verstehen, was damals geschah. So geht man davon aus, dass Wagners Datenbank für jeden der 166 Millionen Wähler rund 10 000 bis 20 000 Datenpunkte enthielt: Name, Anschrift, Telefonnummer, frühere Wahlentscheidungen, Antworten in Umfragen, politische Meinungen, Daten über Einkommen und Konsumverhalten, Freunde auf Facebook und Twitter – und etliche Details mehr. [...] Aus diesem gewaltigen Datenfundus errechneten Wagners Algorithmen für jeden Wähler mehrere Kennziffern. Einen persuasion score zwischen 1 und 100, der die Wahrscheinlichkeit angab, dass ein Bürger Obama wählt. Ein Wert, der verriet, ob ein Bürger überhaupt zur Wahl gehen wird. Einer, der angab, ob es sich lohnt, einen Wähler anzustupsen und ihn zur Wahl zu bewegen. Und eine Kennziffer, die vorhersagte, ob ein Unentschiedener durch ein persönliches Gespräch mit einem Obama-Fan zur Stimmabgabe für die Demokraten motiviert werden kann.

Acht Monate vor der Wahl destillierte Wagner aus der Datenflut 15 Millionen Wähler, auf die sich die Kampagne konzentrieren sollte, weil sie als persuadable galten, als überzeugbar: 15 Millionen Unentschiedene, Wechselwähler und Zögerliche. Das Zünglein an der Waage. Die meisten anderen Bürger interessierten Obama nicht, weil sie entweder nicht Wählen würden oder fest in seinem eigenen oder Romneys Lager standen.

Aber selbst diese Datenbank war Obamas Wahlkämpfern noch zu ungenau, weil statisch. Sie wollten tagesaktuelle Daten. Deswegen ließen sie jeden Abend rund 30 000 Wähler anrufen und detailliert nach ihren aktuellen Einstellungen befragen. Die Antworten flossen umgehend in die Datenbank ein. Als Obama das erste TV-Duell gegen Romney verlor, sahen seine Wahlkämpfer sofort den Effekt: Vor allem Frauen begannen in ihrer Zuneigung zu Obama zu wanken.

Alle Wahlhelfer besaßen Apps, mit denen sie die Aussagen jedes Wählers, mit dem sie gesprochen hatten, sofort an die Zentrale weitermeldeten. Das Wissen über das Volk wuchs dabei nahezu im Minutentakt und wurde kontinuierlich weiterverarbeitet. »Wir haben mit den aktuellen Daten jede Nacht 66 000 verschiedene Hochrechnungen laufen lassen«, schwärmte Obamas Wahlkampfchef Jim Messina.

Kein Wahlvolk der Welt ist je so genau vermessen, so präzise aufgelöst worden. Obamas Datenkämpfer schauten nicht nach dem Individuum, sondern sie suchten nach der Einzigartigkeit jedes Wählers, nach seiner Singularität. Sie individualisierten nicht, sie singularisierten. Obama hat aus einem Volk von Individuen ein Volk der Singularien gemacht. Und mit diesem Wissen haben sie die Wähler beeinflusst. »Wir konnten vorhersagen, welche Leute per Internet spenden. Wir konnten vorhersagen, welche per Post spenden. Wir konnten vorhersagen, welche freiwillig Wahlhelfer werden«, verkündete ein Insider nach dem Sieg. »Obamas Wahlkampf

team weiß nicht nur, wer du bist«, kommentiert der Journalist Sasha Issenberg, der über das »Sieges-Laboratorium« des Präsidenten ausführlich berichtet hat, »es weiß auch, wie es dich zu der Person machen kann, die du sein sollst.« [212]

Was für die Analyse von Daten zu Wahlkämpfen gilt, scheint ebenso für Anpassungen und Entwicklungen unserer Umwelt möglich. Der Einsatz von neuen Technologien und Algorithmen in Verbindung mit den Daten von jedem Einzelnen, unseren Wünschen, unseren Bewegungsmustern, Aufenthaltsorten, Vorlieben, Begehrlichkeiten und vielem mehr, könnten als digitale Stadtentwicklungsplanung, die Morphologie der Stadt an die Bedürfnisse der Stadtbewohner anpassen. Das würde der Stadtbevölkerung die gebaute Realität vielleicht näher bringen als jemals zuvor, zwischen Bewohnern und Stadtstruktur könnte ein lange verlorengegaubtes symbiotisches Verhältnis wiederhergestellt werden. Damit tritt die Realisierung singulärer Wünsche, eine permanente Verbesserung der Stadtstruktur oder eine zielgenau an den Bedarf angepasste Verkehrsinfrastruktur in den Bereich des Möglichen.

Was die Machtverhältnisse zwischen den Akteuren betrifft, könnten die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger, so sie die neuen technologischen Möglichkeiten ohne das Bewusstsein der Zivilbevölkerung zu nutzen wissen, wiederum im Vorteil sein.

### Von Koexistenz zu Kooperation

Durch die Individualisierung und heute mehr noch durch die Singularisierung der Bevölkerung kommt es zu einer weiteren, auch für die Architektur und im Besonderen für die Stadtentwicklung tiefgreifenden Veränderung. Der Kooperation. Die Individualisierung fördert die Bildung von Gemeinschaften, auch jene des »urbanen Handelns«. Durch die Ungleichheit und Unterschiedlichkeit aller entsteht eine gesteigerte Sensibilität und auch eine höhere Toleranz gegenüber dem »Anderen«. Jeder ist nun Mitglied einer Minderheit, jeder selbst ist eine Minderheit und darin gleicht er allen [213]. Dieses neue Selbstbild befördert den Drang nach Vergemeinschaftung, mehr noch ein Verlangen nach realer Interaktion, und diese findet nach Hanno Rauterberg vor allem im öffentlichen Raum statt. Der urbane Raum hat eine gesellschaftliche Bindekraft, er bietet Platz für Gemeinschaftsbildung und kollektive Interessen, sei es durch Gärtnern, Spielen, Essen, Gestalten und dergleichen mehr [214]. „Während in der Moderne die geistige Haltung der Großstädter als »Reserviertheit« beschrieben wurde und der öffentliche Raum primär als Raum der Koexistenz divergierender Lebensentwürfe galt, ermutigt die Digitalmoderne eine

[212] Christoph Kucklick, *Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst*, Ullstein Verlag, Berlin 2014, S.34f

[213] Vgl.: Ebd. S.62f

[214] Vgl.: Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.139ff

Überwindung der Blasiertheit, ohne den Wert der Pluralisierung aufzugeben. Der urbane Raum wird zum Raum der Kooperation.“ [215] Die »individuelle« Wahrnehmung ermöglicht das gemeinsame Verändern der Umgebung.

Soziale Netzwerke bilden ein Mittel zur Vernetzung, nicht nur zur virtuellen Kommunikation, sondern zur realen Interaktion. Die neu gegründete Plattform *FragNebenan* [216], die sich aktuell noch auf Wien beschränkt, ermöglicht es beispielsweise Nachbarschaften digital zu pflegen, Nachbarn zu treffen und Nachbarschaftshilfe zu leisten. Ob sich zum gemeinsamen Sport zu verabreden, den gemeinsamen Innenhof umzugestalten, Änderungswünsche an die Bezirksverwaltung zu adressieren, Fahrgemeinschaften zu gründen oder Hilfestellung bei Übersetzungen zu leisten, um nur einige Aktivitäten der Nutzer zu nennen – alles zielt auf eine reale Interaktion ab und erhöht zudem die Handlungsbereitschaft des Einzelnen, den urbanen Raum, sei dies sozial oder räumlich, aktiv mitzugestalten. Diese individuellen Vorgänge prägen und verändern in der Masse die gesamte Stadt. Solcherart Netzwerke eröffnen neue Möglichkeiten des gemeinsamen Gestaltens des öffentlichen Raumes.

Ein weiteres Beispiel der urbanen Hands-on Dynamik der heutigen Zeit stellt die Plattform *popupcity* [217] dar. Sie vernetzt und zeigt Projekte urbaner Eigeninitiative. Selbst gestellte Fragen, warum Modelabels ihre Flagshipstores in Schiffscontainer übersiedeln, Büros beginnen wie Bars auszusehen und Architekten sich wünschen Häuser auf Stelzen zu gestalten, werden umgehend beantwortet: „At a time when people and information move faster than ever before, cities themselves are now in a permanent state of change. They are no longer the product of master plans and fixed frame-works, but are increasingly being shaped by citizen-led initiatives and temporary projects by people hoping to make their cities better.“ [218]

Solcherart Initiativen, Vereine und Gemeinschaften sind vielfältig, sie sind nicht immer gemeinnützig, aber tragen doch den Wunsch in sich, selbstaktive und emanzipierte Stadtbewohner für das »urbane Handeln« zu begeistern. Viele weitere können noch genannt werden, etwa *transitionnetwork.org*, *cityrepair.org* und so fort.

Formen der Kooperation zeigen sich nicht nur im öffentlichen Raum, sondern vielfach auch in geänderten Wohnwünschen und in der Nachfrage nach neuen Siedlungsformen. So sind Baugruppenprojekte, nachdem sich jahrelang auf diesem Gebiet kaum jemand für derartige Bau- und Lebensformen zu begeistern schien, wieder als programmatische Leitprojekte in der aktuellen Stadtentwicklungsplanung zu finden. Nicht nur gemeinschaftliches Wohnen oder die gemeinschaftliche Bauherrentätigkeit erregt wieder öffentliches Interesse, auch der gemeinschaftliche Selbstbau erfährt durch die geänderten gesellschaftlichen Parameter wieder leichten Zulauf in der öffentlichen Wahrnehmung. *BeL - Sozietät für Architektur* aus Köln beispielsweise stellen im Jahr 2013 mit *Grundbau und Siedler* [219] ein in Fachdiskursen vielbeachtetes »selfbuilt Housing« Konzept auf der IBA Hamburg aus. Wenngleich

[215] Ebd. S.143

[216] Anm.: <https://fragnebenan.com>, abgerufen 24.08.2015

[217] Anm.: <http://popupcity.net>, abgerufen 24.08.2015

[218] Pop-Up City, *About Us*, <http://popupcity.net/about>, abgerufen 08.06.2015

[219] Vgl.: Arch+, *BeL. Wohnregal in Hamburg*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.136f

der Selbstbau als System in ländlichen Regionen immer ein adäquates Mittel zur vergünstigten Wohnraumbeschaffung war und ist, findet dieses Konzept im verdichteten Wohnbau, insbesondere in suburbanen oder urbanen Gebieten, bislang noch keine große Berücksichtigung.

### **Kreativ ist Klasse**

Nach der Wirtschaftstheorie der „Kreativen Klasse“ [220] des Ökonomen Richard Florida ist die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Standorte maßgeblich durch die Kreativität der Bevölkerung, insbesondere der in kreativen Berufen arbeitenden Menschen, bestimmt. Zur Analyse entwickelt Florida die Methode der drei Ts: Technologie, Talente und Toleranz [221].

An dieser Stelle sollen die viel diskutierten neoliberalen Verwertungsinteressen an der Kulturszene näher betrachtet werden, ebenso die Auswirkungen der Kreativität der Bewohner, wenn entsprechende unkontrollierte Räume zur kreativen Entfaltung zur Verfügung gestellt werden, und die langfristige Entwicklung von Arealen unter Beteiligung der sogenannten »Kreativen Klasse«.

In einem Interview für das ZDF Magazin „Aspekte“ [222] wird die Macht, die Künstler, Kreative und aktive Anwohner gegenüber der Stadtverwaltung aufbauen, im Bezug auf die Proteste zur »Aufwertung« des Hamburger Gängeviertels im Jahr 2009 erläutert. Die Stadtverwaltung und die politischen Entscheidungsträger sind durch den kommerzialisierten Kulturaustausch (nach dem Vorbild Berlins), auf eine lebendige »Szene« angewiesen. Gleichzeitig entwickeln Investoren aufgrund der Anziehungskraft kreativer Stadtteile und der Aufwertung durch den Mittelstand ein großes Interesse an maximaler Verwertung. Das Dilemma: Die Szene muss sich einen neuen Platz, neue Arbeits- und Lebensorte suchen. Das Schlagwort, das solche Vorgänge bezeichnet, ist Gentrifizierung.

Das Hamburger Stadtmarketing verwendet Begriffe wie Toleranz, kulturelle Vielfalt und Kunst für die Standortwerbung; dies wollen die Künstler und Kreativen nicht mehr hinnehmen. Die »kreative Stadt« als Staubsauger für Wirtschaftsunternehmen und weitere kaufkräftige Klientel ist das Ziel der Verantwortlichen. Der im Grunde ökonomisch positive Effekt kann jedoch, wenn die Begleitfaktoren unberücksichtigt bleiben, zur lokalen Auslöschung des Kulturbetriebes und mittelfristig sogar zu einem Rückzug der Investoren führen, wenn unbewohnte und unbelebte Büroareale zurückbleiben. Das große Potential, das von kreative Impulsen auf die Stadtentwick-

[220] Richard Florida, *The Rise Of The Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*, Basic Books, New York 2004

[221] Vgl.: Ebd. S.8ff + S.68ff

[222] ZDF Aspekte, "Hamburger Künstler wehren sich", Roko Schamoni und Richard Florida Interview, Beitrag in der Sendung ZDF Aspekte vom 06.11.2009, <https://vimeo.com/7488140>, abgerufen 16.06.2015

lung ausgeht, wird dadurch mehr als sichtbar: Kreativität steht nach der Meinung Richard Floridas im direkten Zusammenhang mit wirtschaftlicher Prosperität [223].

Wünschenswert wäre es, die Kreativität der Bewohner zu unterstützen und die Aufwertung nicht kurzzeitig spekulativen Vorgängen zu überlassen, das ökonomische Potential langfristig zu nutzen und von regionalen Einflüssen sowie lokalem Wissen, im Sinne einer Selbstorganisation und des aktiven Handelns der Bewohnerinnen im Stadtraum, zu profitieren. Die Urbanisierung kann dabei in weiten Teilen von der Bevölkerung selbst getragen werden. Diesbezüglich liefert Richard Florida einen ungewöhnlichen Vorschlag für die Stadt Hamburg: die »Kreativen« an der Aufwertung zu beteiligen, ihnen beispielsweise Eigentumsrechte einzuräumen, sie also faktisch für ihre Arbeit an der Gesellschaft zu belohnen. Das ist ein interessanter Ansatz, wenngleich es noch kein sinnvolles System zur Realisierung zu geben scheint. Die offenen Fragen sind demnach: Wer soll profitieren und warum, wie wird gewertet und ist gesellschaftliches Engagement als Leistung bezahlbar beziehungsweise ist es überhaupt gewünscht oder gar erstrebenswert?

Thomas Wagner steht dem kritisch gegenüber und spricht von einer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Er hält den Theorien von Richard Florida entgegen, dass das flächendeckende Einfordern von Kreativität durch die Wirtschaft eher den Unternehmen Vorteile bringt als der Gesellschaft und jene durch »kreative« Arbeiter in prekären Situationen möglicherweise Löhne, Honorare und Nebenkosten einsparen können. Dabei geht es beispielsweise auch um die Überantwortung von Kreativität an Arbeiter und ihr damit faktisches Selbstverschulden, aufgrund geringer sogenannter Kreativität am Arbeitsplatz weniger zu verdienen [224].

*„Nicht mehr um die Unterstützung sozial Benachteiligter oder gar den solidarischen Kampf gegen die Ungleichheit soll es gehen, sondern um das blanke Gegenteil: die öffentliche Förderung und ökonomische Abschöpfung jener Fähigkeiten, mit denen sich die Individuen in der atomisierten Konkurrenzgesellschaft als Wirtschaftssubjekte durchzusetzen vermögen.“* [225]

Sicherlich ein Negativszenario, trotzdem erscheint es nicht sinnvoll, das Potential von gemeinschaftlicher Kreativität ungenutzt zu lassen. Es ist wiederum an der Politik, die wirtschaftsliberale Ausnutzung der Kreativität der Bürger zu steuern und sie vielleicht sogar vor der Selbstaufopferung, zugunsten scheinbarer Flexibilität, zu schützen, dabei jedoch ihre Freiheiten zu fördern.

[223] Vgl.: Richard Florida, *The Rise Of The Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*, Basic Books, New York 2004, S220ff

[224] Vgl.: Thomas Wagner, *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*, PapyRossa, Köln 2014, 2. Auflage, S.40

[225] Ebd. S.40

## Emanzipation oder »sanfte« Emanzipation

Der Grad der Selbstbestimmtheit, mit welcher die Zivilgesellschaft an Planungsprozessen partizipiert, ist vom Selbstbewusstsein der Einzelnen und vom Grad der Aktivität der Stadtbewohner abhängig. Dieses Maß wird, wie in den vorangegangenen Punkten erwähnt, zum Großteil aus der gesellschaftlichen und persönlichen Entwicklungsgeschichte bestimmt; es haben aber auch politische wie wirtschaftliche Entscheidungsträger großen Einfluss auf die Beteiligung und auf die Lenkung von Beteiligungsprozessen. Nicht zuletzt die Skepsis von Akteuren der Politik und der Wirtschaft verzögert die positive Implementierung von aktiver Bürgerbeteiligung in Planungsprozesse. Der (scheinbar) drohende Machtverlust und die Befürchtung, Projekte nicht mehr im eigentlichen Sinne umsetzen zu können, lässt die Verantwortlichen in einem unbefriedigenden Stadium der Scheinpartizipation verharren.

Solcherart Prozesse sind so vielfältig wie die Beweggründe der Akteure selbst. Mancherorts werden gezielt Bürgerinitiativen, die sich positiv für Bauvorhaben aussprechen, als Marketinginstrument genutzt, anderswo gelten strikte Vorgaben der Partizipation, die Beteiligung ist auf wenige Bereiche der Projektentwicklung begrenzt, in der Freiraumplanung darf mitentschieden werden, Grünstreifen hier, Brunnen dort, oder aber die erarbeiteten Leitlinien beruhen auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung ohne tatsächliche Bindung.

Die Installierung eines emanzipatorischen Diskussionsforums, wie das Beispiel des *BMW Guggenheim Lab* zeigt, ist ebenfalls eine Strategie, positive Stimmung im Sinne der Entscheidungsträger zu machen. Das Ziel ist mehrheitlich die Einbindung kritischer Bürger im Vorfeld von Großbauprojekten. Dabei ist allerdings nicht die oberste Priorität, die Begehren der Kritiker zu berücksichtigen, sondern die Interessen der Eigentümer ideal zur Geltung zu bringen, wie Thomas Wagner bemerkt [226]. Der Dialog ist Instrument der Konfliktvermeidung. Grundsätzlich ist das positiv zu bewerten, doch hier liegt auch das gedankliche Defizit: Die Einbindung der Bürger ist nicht Zweck der Verbesserung von Gestalt und Gestaltung, ist kein Impulsgeber für nachhaltige Stadtentwicklung, sondern ein Mittel, die vorher definierten Intentionen der Entscheidungsträgerinnen mit maximaler Wahrscheinlichkeit reibungsfrei zu realisieren. Dabei setzen Entwickler kurioserweise auf Transparenz. „Das heißt, der Projektentwickler soll am besten von vornherein alle Informationen offen legen. Mit Hilfe von eigenen Blogs und anderen Social Media Strategien, so glaubt man in diesen Kreisen, könnten die Unternehmen das Netzgeschehen selbst aktiv beeinflussen. Bewährt hätten sich »positive Multiplikatoren« – Bürger, die öffentlich für ein Projekt plädierten.“ [227] Die Partizipation ist damit nicht das Resultat eines von allen Seiten gestützten Entwicklungsprozesses, sondern dient vornehmlich der einseitigen Konservierung bestehender Machtstrukturen. Diese »sanfte Emanzipation« ist nicht Teil eines gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Sie ist eine Strategie, auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu reagieren und die klassischen Strukturen möglichst lange beizubehalten. Die Stadtbewohner, smart im Umgang mit neuen

[226] Ebd. S.29

[227] Ebd. S.30

Medien und versiert im Deuten von Werbung, sollten sich in ihrem Emanzipationsprozess nicht lange mit dieser Form der Infiltrierung aufhalten lassen.

*„In dieser Hinsicht lässt sich eine Architekturgeschichte der Mitbestimmung als Reaktion auf den tatsächlichen Druck der Aneignung von Raum verstehen. Partizipation wird als Ansatz erprobt, neue Bezüge zu einer lebendigen Welt und deren Alltäglichkeit zu eröffnen. Dabei sind die Techniken der Partizipation immer von gesellschaftlichen Machtverhältnissen durchzogen.“ [228]*

Auf der Seite der öffentlichen Entscheidungsträger werden online Beschwerde-Plattformen installiert, die den Bewohnern erlauben sollen, Störendes zu melden. So werden unaufgeräumte Parks, reparationsbedürftige Gehsteige, unzureichende Fahrbahnmarkierungen oder neue Fahrradstreifen zum politisch-partizipativen Stadtentwicklungskonzept. Dies gleicht jedoch eher einem Denunziationssystem. Es ist ein auf Negatives beschränktes Kommunikationsmittel, ohne die Bürger tatsächlich am »Entwicklungsprozess« zu beteiligen. Den Stadtbewohnern werden so Handlungsoptionen übergeben, die ebenfalls eher zur Konservierung eines Ist-Zustandes beitragen beziehungsweise diesen geringfügig verbessern als das eigentliche Potential von Stadtentwicklung durch kreative Bürger abzurufen.

Die große Gefahr, die politische Akteure in der Emanzipation sehen, könnte der etwaige Machtverlust und die Unkontrollierbarkeit der Masse sein. Droht die Entfesselung des Volkswillens? Nein, ganz im Gegenteil: Die Politik wäre in der Lage, sich neue Aufgabengebiete zu erschließen und regional an Einfluss zu gewinnen, zu Beginn ihr Image gegenüber den Bürgerinnen als Verwaltungs- und Vertretungsorgan zu stärken und in weiterer Folge durch den Rückhalt der Bürgerinnen neuen Einfluss in der Stadtplanung gegenüber wirtschaftlichen Akteuren geltend zu machen. Das soll heißen, die vielfach erörterte »frühe Beteiligung« an der Bildung der Stadtstruktur und die Eröffnung neuer Handlungsmöglichkeiten der Bewohner mit dem Ziel der selbstständigen Urbanisierung, wird neue Verwaltungsaufgaben erfordern, die beispielsweise eher im Bereich der Bezirksverwaltungen oder in Form von Quartiersmanagement zu finden sind. Gleichermaßen wird die Politik näher an den Bürger herangeführt. So tiefgreifende Kompetenzverschiebungen erfordern die besagte Transformation der Hierarchien in kommunalen Strukturen – von überwiegend vertikaler Organisationsstruktur in horizontale, heterarchische Organisationsformen, ganz im Sinne der digitalen Gesellschaft.

[228] Jesko Fezer, Mathias Heyden, *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004, S.14

## Die Verwandlung der Entscheidungsträger

Angesichts der Entwicklungen in der Kommunikation, Interaktion und der vorher erwähnten gesellschaftlichen Umbildungen und so fort, sind auch die Kommunen, die politischen Entscheidungsträger und in geringerem Maß die wirtschaftlichen Akteure dazu gedrängt, die Zivilbevölkerung vermehrt in Entscheidungsfindungsprozesse einzubinden. Die Entscheidungsträger, so scheint es, stellen sich auf die Seite der Nutzer, suchen vermehrt die frühe Beteiligung der Involvierten, forcieren aktiv Mitbestimmungsprojekte und stellen diese im Portfolio der Stadt auch als gelungene Beispiele der gemeinschaftlichen Stadtentwicklung dar. Die Planer gerieren sich als Partner der Nutzer, obgleich die Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Entscheidungsträgern und beispielsweise der Architektur sich nicht substantiell geändert haben. Das legt den Schluss nahe, dass auch die offensichtliche Annäherung an den Nutzer vielerorts noch keiner tatsächlichen Mitbestimmung an Entwicklungsprozessen gleichkommt.

Häufig finden an die Planer gestellte Anforderungen der Bevölkerung zwar im Beteiligungsverfahren Zuspruch, in den weiteren Entscheidungsprozessen müssen diese aber auch entsprechende Berücksichtigung finden und, nach Klaus Selle, auch „[...] in der Wirklichkeit der Stadtentwicklung Spuren hinterlassen.“ [229] Substantielle Diskurse sind jedoch eher die Ausnahme als die Regel – „[...] im Kontext einer lebendigen lokalen Demokratie wird eine Bürgerbeteiligung inszeniert, die Teilhabe an Meinungsbildung und Entscheidungen suggeriert ohne dies einlösen zu können.“ [230] Vereinfacht könnte man dies als Befriedungsstrategie werten, den Nutzern gerade das Maß an Beteiligung zuzugestehen, jeder Partei seinen Gewinn zu erlauben und weitere Forderungen zu unterbinden. „De facto bleiben viele Ergebnisse dieser Prozesse ohne wesentlichen Einfluss auf die Stadtentwicklung und verändern auch die eingespielten Mechanismen der lokalen Politik und Verwaltung nicht. Mehr noch: die Inflationierung nachhaltig wirkungsloser Teilhabe-Verfahren könnte womöglich Politik- und Planungsverdrossenheit befördern.“ [231] Dabei scheinen die Initiatoren solcher Beteiligungsverfahren die Kreativität, das Engagement und das Wissen der digitalmodernen Stadtbewohner noch nicht als Ressource im Stadtgestaltungs- und Stadtentwicklungsprozess erkannt zu haben.

[229] Klaus Selle, *Participatiment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, S.3, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_participatiment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_participatiment.pdf), abgerufen 16.02.2015

[230] Ebd.

[231] Ebd.

## Entertainment Partizipation und Mitbestimmungssimulation – Pessimismus oder Machterhaltungsstrategie

Die Frustration der Bürgerinnen nach wirkungslosen Beteiligungsverfahren ist nachvollziehbar, auch bei der nicht adäquaten Berücksichtigung der Bevölkerung bei der Bildung von Möglichkeitsräumen zu selbstaktivem Handeln. Vollerorts motivieren die Kommunen Bürgerinnen zur Beteiligung an der Erarbeitung von Stadtentwicklungskonzepten, Leitbildern oder Bebauungsplänen, motivieren die Anwohner, späteren Nutzerinnen und dergleichen mit großem Aufwand und suggerieren eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit, um die Bevölkerung zur Partizipation zu bewegen. Die Resultate und Übereinkünfte haben in der Realität jedoch oft keinen verbindlichen Charakter und werden durch politische und/oder planerische Hürden, eingebaute Sollbruchstellen oder Finanzierungsschwierigkeiten der Kommunen nicht im versprochenen Ausmaß oder überhaupt nicht umgesetzt. Es soll den beteiligten Akteuren dabei keine Absichtlichkeit unterstellt werden, dennoch verunsichern und entmutigen solche Vorgänge die vorher eifrig motivierten Bürger.

Klaus Selle sieht, in Anlehnung an Neil Postman [232], ein Problem in der Darstellung der Politik. „Die eigentlichen politischen Prozesse entziehen sich eher unserer Wahrnehmung. Es sind nur mehr Außenseiten, Inszenierungen von Politik wahrzunehmen.“ [233] Die komplexen organisatorischen Vorgänge der Verwaltung: für Außenstehende oft schwer zu fassen; einzuhaltende Planungsabläufe und laufende Parallelprozesse: für den Laien nicht zu entschlüsselnde Abhängigkeiten; private Entscheidungsträger und Investoren verhandeln ihre Positionen und möglicherweise kommen noch finanzielle Hürden der Kommunen hinzu. Das alles und noch viele weitere Faktoren machen eine stringente Umsetzung der Nutzerwünsche aus den Beteiligungsverfahren unmöglich. Ein beträchtlicher Anteil an Anregungen bleibt damit für die eigentliche Planung unberücksichtigt. Das Beteiligungsverfahren verkommt zur gut organisierten Informationsveranstaltung und dient letztlich nur einem Selbstzweck: Mitbestimmung wird zum „Participation“ [234]. An die Stelle eines Diskurses tritt »Infotainment«. Zweifelsohne ist es nicht von Nachteil, die Bürger zu informieren und zu unterhalten, am suggerierten Ziel geht das aber vorbei.

Solcherart »Verfahren« haben durchaus auch positive Effekte für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger, man könnte von besagter Befriedungsstrategie sprechen, wenn man die umfangreiche Einladung zur Beteiligung einerseits den vagen Zugeständnissen andererseits gegenüberstellt. Dem Druck der Zivilbevölkerung wird nachgegeben, aber gerade soviel wie unbedingt erforderlich, denn zur tatsächlichen Einbeziehung müssten wesentliche Strukturen im Planungsablauf geändert werden. Das ist den wirtschaftlich Involvierten allein nicht zuzumuten und die Kommunen sind diesbezüglich Gefangene ihrer eigenen Vergaberichtlinien

[232] Anm.: Neil Postman, *Amusing Ourselves to Death. Public Discourse in the Age of Show Business*, Penguin Books, New York 1985

[233] Klaus Selle, *Participation. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND |online, S.2, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_participation.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_participation.pdf), abgerufen 16.02.2015

[234] Ebd.

und ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Systematik des Marktes. „Gelegentlich hat man den Eindruck, »Participatainment« solle dazu dienen, den Bürgerinnen und Bürger ihre zuschauerdemokratischen oder wutbürgerlichen Unarten auszutreiben und sie zu jenen verträglichen und kreativen Partnern zu machen, die man sich für gedeihliche Stadtentwicklungsprozesse wünscht.“ [235] Die Simulation von Mitbestimmung kann in diesem Kontext durchaus als Machterhaltungsstrategie der Entscheidungsträger gewertet werden.

Parallel dazu sehen sich die Kommunen und öffentlichen Entscheidungsträger durch die Öffnung des Diskurses, beispielsweise durch Internetkommunikation, Befragungen oder partizipativen Veranstaltungen, mit einer Vielzahl von Anfragen, Meinungen und Wünschen konfrontiert. Diese zur Zufriedenheit aller zu bearbeiten und umzusetzen, ist organisatorisch wie planerisch schier unmöglich. Darüber hinaus fehlt den meisten Verwaltungen das entsprechende Know-how zur Abwicklung respektive ist oftmals das Ziel der Beteiligung nicht klar genug definiert und artikuliert. Dabei ist gerade die Frage: woran der Bürger partizipiert, entscheidend für eine spätere Realisierung in der sich alle Beteiligten mit ihren Wünschen berücksichtigt fühlen. Einfache Wunschproduktion steht in den meisten Fällen im Vordergrund der Beteiligungsverfahren, dabei sind räumliche Konfiguration und strukturelle Entwicklung im laufenden Planungsverfahren schon fixiert.

Diese Unmengen an losen Wünschen einer Vielzahl von Beteiligten zu vereinheitlichen, sozusagen von einer Vielheit auf eine Einheit zu schließen, ist das gesetzte Ziel des Mitbestimmungsprozesses. Daraus resultiert in den meisten Fällen jedoch die, gelinde gesagt, Überforderung aller Involvierten. Die Flut an Wünschen lässt sich nicht bearbeiten, einerseits fehlen vielleicht die finanziellen Mittel, andererseits sind die Wünsche schlichtweg nicht realisierbar. Die zuvor motivierten Bürger kommen zu dem Schluss, dass ihre Anliegen sowieso nicht berücksichtigt oder nur Bruchteile der Ideen in die Planung einfließen, und verlieren das Interesse an kommunalen Beteiligungsverfahren. Im besten Fall bleiben sie eigeninitiativ Aktivist:innen. [236]

*„Nur wenn sich das gewohnte Oben und das gewohnte Unten neu justieren, wenn sich die einen nicht als allwissende Experten und die anderen nicht als ewig fordernde Laien begreifen, wird zusammenfinden, was eigentlich nicht zusammen passt: das liquide Wir des Bürgerkollektivs und das strukturbedachte Wir der Behörde.“ [237]*

Die späte Einbeziehung von unterschiedlichsten Sichtweisen, Standpunkten und Bedürfnissen in die Planung, kann beide Seiten, Planer wie Beplante, nur enttäuschen. Die eine Position wird nicht berücksichtigt, der anderen vielleicht gute Idee fehlt der Rückhalt aus der Gemeinschaft, der Planungsfortschritt lässt gewünschte Änderungen nicht mehr zu oder die Beteiligten distanzieren sich vom öffentlichen Verfahren und werten so eine nicht zufriedenstellende Berücksichtigung als poli-

[235] Ebd. S.9

[236] Vgl.: Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.124

[237] Ebd. S.125

tischen Misserfolg. Dem gegenüber stünde die Möglichkeit, bei frühester Einbeziehung der Beteiligten, gemeinschaftlich die räumlichen Strukturen zu erarbeiten, die in der Lage sind, die Vielzahl an Nutzerwünschen letztlich zu fassen. Das heißt, eine nutzungsoffene Struktur für das spätere selbstständige Realisieren der individuellen Bedürfnisse in einem Gemeinschaftsprozess zu entwickeln.

### **Urban engagement + urban structure**

Zwei Faktoren sind für die Ausweitung urbaner Handlungsmöglichkeiten und urbanen Engagements der Bevölkerung maßgeblich. Erstens, das urbane Engagement der Bewohner selbst, das einer Bottom-up Systematik folgend Änderungen und Neuerungen in der Stadtentwicklung selbsttätig herbeiführt oder herbeiführen möchte. Gestützt durch gesellschaftliche Veränderungen wird die kollektive Aktivität im urbanen Raum zur Modeerscheinung, aber auch zum Selbstzweck für individuelle Erfahrungen im realen Raum. In den Zugeständnissen der Politik an die Bevölkerung ist eine weiterführende Tendenz zur Reorganisation öffentlicher Entscheidungsprozesse erkennbar. Damit eröffnen sich wiederum zusätzliche Handlungsspielräume auf Seiten der zivilen Akteure.

Zweitens, die positive Wahrnehmung der individuellen Aktivitäten seitens der politischen Entscheidungsträger, beispielsweise im öffentlichen Raum, sowie die Erkenntnis, dass das zivile Engagement ein wichtiges Kriterium im Stadtentwicklungsprozess darstellen kann. Dem Bürger wird auf diese Weise bewusst mehr Handlungsmacht zuerkannt, um die Kreativität und das Engagement im Bezug auf eine lebendige Stadtentwicklung nicht zu hemmen. Die Stadt wird dabei als organischer, sich selbstverändernder Organismus verstanden. Das urbane Engagement der Bevölkerung hat das Potential, in Zukunft zum Mastertool der Stadtentwicklung zu avancieren.

Auf diese Parameter müssen auch die Architekten und Planer in angemessener Weise reagieren. Mehr noch: Sie sollten im Sinne einer fortschrittlichen Baukultur die gesellschaftlichen Tendenzen früh deuten und in entsprechenden baulichen Strukturen artikulieren. Erich Raith spricht in diesem Kontext von »vitaler Urbanität«, welche offensichtlich nicht durch Masterpläne hergestellt werden kann. „Sie ist vielmehr ein Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse, die zu ihrer Entfaltung geeignete räumliche Voraussetzungen brauchen. Sicherheit und Kontinuität entstehen in diesem Zusammenhang nicht durch die autoritäre Fixierung einmal definierter Ordnungen, sondern im Gegenteil dadurch, dass das System in Bewegung bleiben und mit Dynamiken, Störungen und neuen Informationen konstruktiv umgehen kann. Vitale Urbanität ist insofern untrennbar an den morphologischen Stadtentwicklungsprozess gebunden [...].“ [238]

[238] Erich Raith, *Gebäudetypologie als Thema der Stadtentwicklung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.110

Das spricht zweifelsohne für strukturoffene und im Laufe der Zeit veränderliche Gebäude, die verschiedenartigste Nutzungsszenarien und Lebensrealitäten aufnehmen können und des Weiteren ein hohes Maß an Individualisierung und Veränderung erlauben. Dabei können beispielsweise die Qualitäten der Gründerzeitgebäude und die in dieser Form mittlerweile sehr vitalen Quartiere als Vorbild dienen und im Geiste weiterentwickelt werden. Im Gegensatz dazu scheinen starre und lediglich monofunktional nutzbare Gebäude oder gar Stadtteile nicht zeitgemäß, da sie aufgrund ihrer baulichen Struktur kaum nachhaltiges Entwicklungspotential aufweisen.

*„Die strukturelle Offenheit eines Gebäudes garantiert, dass es immer und auch in Teilbereichen mit angemessenem Aufwand in den Zustand eines »Halbfertigprodukts« rückgeführt werden und von wechselnden Nutzern jeweils wieder individuell »fertig« gestellt werden kann. Dadurch öffnen sich jene Gestaltungs-, Aneignungs- und Nutzungsspielräume, die für eine Immobilie eine langfristige Minimierung des Verwertungsrisikos und damit Wertbeständigkeit bedeuten. Gleichzeitig ergeben sich Potentiale für jene Selbstorganisations- und Selbstregulationsprozesse, die Voraussetzungen für das Entstehen vitaler urbaner Milieus sind.“ [239]*

Nicht zuletzt durch den Willen zur Partizipation an Entwicklungsprozessen im urbanen Raum und das Drängen der Nutzerinnen auf mehr Beteiligung können so unter Einsatz zeitgemäßer Technologien und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit nachhaltige Stadtstrukturen ein hohes Maß an individueller Freiheit, gemeinschaftliches Leben und ein fortlaufend entwicklungsfähiges städtisches Gefüge garantieren.

Einem Netzwerk entsprechend müssen sich alle Akteure, insbesondere jene der Verwaltung und der Wirtschaft, auf die zukünftigen Bedingungen einstellen und die Transformationsprozesse der Gesellschaft in der Architekturproduktion mittragen. Die Synchronisation eines digitalen Individuums mit der gebauten Umwelt erfordert maßgebliche Strukturveränderungen in Planungsprozessen und in der Gebäudeentwicklung. Die Wertbeständigkeit von öffentlichen Räumen und Gebäuden jeder Art hängt dabei maßgeblich von den Individualisierungsmöglichkeiten durch die Nutzer und von der Nachhaltigkeit der Strukturen ab.

## Top-down vs. Bottom-up, Bürgerbeteiligung im Vergleich

Gängige Top-down Ansätze, besonders in stadtplanerischem Maßstab, sind nicht in der Lage, das gesamte Spektrum der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu erheben und zu berücksichtigen. Klaus Selle bemerkt hierzu, dass ein großer Anteil des bürgerlichen Spektrums bei wichtigen Entscheidungsfindungsprozessen fehlt.

So sind bei Beteiligungsverfahren zumeist die Eliten, aber auch migrantische Milieus, bildungsferne Schichten und/oder Menschen in prekären Lebenssituationen unterrepräsentiert [240]. Die Gründe für das Fernbleiben der Bevölkerung sind vielfältig. Die »Inhalte« der Beteiligungsverfahren scheinen jedoch wesentlich dazu beizutragen, einen Großteil der Bevölkerung nicht mobilisieren zu können. „Hat die kommunale Planung, hat die örtliche Politik Themen zu verhandeln (und aus eigener Macht zu entscheiden), die die Lebenslage zum Beispiel der marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen wirklich betreffen?“ [241]

Damit werden Mitbestimmungsprozesse zu Erhebungsmethoden, eine Wahrscheinlichkeit des Bedarfs zu eruieren und vom Kleinen auf das Große zu schließen. Wenngleich diese Methoden weit entwickelt sind, so treffen sie nie das Individuum. Sie versuchen aus einer geringe Ansammlung von Erkenntnissen auf eine entsprechende Häufung zu schließen. Sie gehen von einer Gleichheit der Masse aus, die, in der Terminologie von Christoph Kucklick, der digitalisierten Gesellschaft in seiner Feinkörnigkeit nicht mehr entspricht.

Wenn man weiters annimmt, dass die Projekte und die Art der Beteiligungsverfahren definiert und keinesfalls in alle Richtungen offen organisiert sind, werden zusätzlich maßgebliche Parameter vielleicht schon unbewusst vorher ausselektiert, sie kommen wegen der Verfahrensorganisation nie zur Sprache. Dabei muss es sich nicht unbedingt um Anwohnerbedürfnisse handeln; auch Standortentscheidungen für Betriebe, Investitionsmöglichkeiten und so fort können für wirtschaftliche Entscheidungen maßgeblich sein, jedoch im Plan zur Umsetzung nicht in Betracht gezogen werden.

Trotzdem haben sie die Qualität, Bürger für ihre Bedürfnisse und für ihren Lebensraum zu sensibilisieren. Man könnte in diesem Fall fast von einer pädagogischen Wirkung der Beteiligung sprechen. Ebenfalls sinnvoll erscheint die Tatsache, in komplexen Debatten einen Leitfaden der Mitbestimmung vorzugeben. Die vorrangigen Möglichkeiten der Top-down Partizipation sind demnach die Vorbereitung zu individuellem Handeln und die Lösung komplexer Planungsaufgaben.

Die Bottom-up Beteiligung, das »urbane Handeln« und dergleichen bieten hingegen dem gesamten Bürgerspektrum Möglichkeiten zur Abbildung. Dieses Wissen über die Handlungen der Stadtbewohner, kann auch der Verwaltung und den wirtschaftlichen Protagonisten im Stadtbildungsprozess zu einem dichten Netz an relevanten Informationen für weiterführende Entwicklungen verhelfen. Zudem ist bei einer angemessenen Offenheit der Entscheidungsträger gegenüber einer weitge-

[240] Vgl.: Klaus Selle, *Participatiment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, S.7, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particaitment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particaitment.pdf), abgerufen 16.02.2015

[241] Ebd. S.8

henden selbstständigen Urbanisierung des Raumes, der Grad an Identifikation der einzelnen Bürger mit ihrem Umfeld sicherlich sehr groß. Gesellschaftlich-politische Konflikte sind, wie auch Hanno Rauterberg feststellt, durch Bottom-up Initiativen nicht zu lösen. Das bleibt der Politik und ihrer regionalen wie überregionalen Durchsetzungsfähigkeit vorbehalten [242]. Dies spricht, wie auch von Susanne Hofmann erläutert, für eine Gleichzeitigkeit der Beteiligungsstrategien, wenngleich sich *die Baupiloten BDA* eher auf die partizipative Realisierung von Gebäuden beschränken.

Sowohl Bottom-up, als auch Top-down Ansätze erfordern ein Maximum an Offenheit in der Planung. Die Verwaltungen und politischen Entscheidungsträger müssen bei derartigen Strukturveränderungen neue Planungsrichtlinien erlassen und eine neue Planungskultur einführen, um der digitalen Gesellschaft im Sinne einer digitalen Moderne den nötigen Handlungsspielraum zu ermöglichen und um die gewonnenen Informationen selbst auch zielführend einsetzen zu können. Die Politik hat die Aufgabe, im Sinne des Gemeinwohles zu entscheiden. Zur Entscheidungsfindung kann sie in der Digitalmoderne eine Vielzahl an Informationen aus der Bevölkerung nutzen, was die Identifikation mit der Planung wesentlich erhöhen wird. Dabei gilt es festzuhalten, dass nicht nur die Zivilgesellschaft von dieser Transformation profitiert, sondern auch Politik und Verwaltung langfristig ihr Ansehen als Lenkungsorgan positiv etablieren können. Die wirtschaftlichen Akteure können ebenfalls einen Vorteil aus nachhaltigen und wertstabilen urbanen Strukturen und einer starken urbanen Gemeinschaft ziehen.

## Öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum ist der Brennpunkt des »urbanen Handelns«. Hier überlagern sich unterschiedlichste Wertvorstellungen, Lebensrealitäten, ambivalente Wunschvorstellungen, differente politische Gesinnungen und/oder vielschichtige wirtschaftliche Interessen. Gerade diese Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit des öffentlichen Raumes ermöglichen die Aufnahme neuer gesellschaftlicher Muster und sind in der Lage auf deren Eigenheiten kurzfristig zu reagieren. Beteiligung, selbstaktives Handeln, Mitbestimmung und Protest finden im öffentlichen Raum ihren Kristallisationspunkt.

*„Angesichts der Vielfalt an Herangehensweisen von urbanistischen Initiativen wäre es anmaßend, diese unter einem einzigen Begriff zusammenfassen zu wollen. Im Gegenteil besteht die Stärke dieser Ansätze gerade darin, komplexe dynamische Prozesse in eine offene Zukunft hinein zu denken.“* [243]

[242] Vgl.: Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.120

[243] Sally Below, Sven Sappelt, *Positive Effekte - für eine Stadtentwicklung auf neuen Wegen*, in Sally Below, Reiner Schmidt (Hg.), *Auf dem Weg zur Stadt als Campus*, Jovis, Berlin 2015, S.74

Nachdem zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Moderne mit ihrem Streben nach funktionaler Trennung und der autogerechten Stadt die Vereinheitlichung des öffentlichen Raumes befördert, dabei aber die identitätsstiftenden Merkmale, die gemeinschaftsbildenden Parameter übersieht, begreift gerade die Gesellschaft der Digitalmoderne mit ihren multiplen virtuellen Portalen zur Gemeinschaftsbildung den öffentlichen Raum als Ort realer Interaktion, als Ort des politischen Protestes, als Ort der Gemeinschaft und Geselligkeit, aber auch als Ort der Selbstfindung und der Reflexion [244]. Um hierzu Michel Foucault zu zitieren: „Wir leben in einem Zeitalter der Gleichzeitigkeit, des Aneinanderreihens, des Nahen und des Fernen, des Nebeneinander und des Zerstreuten.“ [245]

Der Raum, so Foucault, stellt sich in Form von Relationen der Lage dar. Er ist nicht absolut, er ist veränderlich [246]. Dementsprechend stellt jede Handlung im urbanen Raum auch eine Veränderung des Raumes »aller« dar. Diese Erkenntnis, so Hanno Rauterberg, besitzt eine mobilisierende Kraft für das Handeln im öffentlichen Raum: „Als gehöre er [-der Raum (Anm. d. Verf.)] dem Reich der Ideen an, obwohl er zugleich immer eine Sphäre der realen Mächte ist. Gerade dieser hybride Charakter macht ihn so reizvoll und unersetzlich.“ [247]

Einer Gesellschaft, der Besitz nicht mehr so wichtig und erstrebenswert scheint wie den vorangegangenen Generationen, ist auch ein neuer Umgang mit dem öffentlichen Raum zuzutrauen. Das heißt, dass der öffentliche Raum wieder seiner ursprünglichen Funktion, dem des Gemeinschaftsraums zugeführt wird und nicht wie lange üblich der Stärkste, sei dies wirtschaftlich oder normativ begründet, über die Nutzung entscheidet. Die Auflösung der Gesellschaft löst in gewisser Weise auch die Besetzungsansprüche des öffentlichen Raumes auf.

## Die

Der öffentliche Raum als Ort des Protestes und der politischen Aktion ist keine Entdeckung der Gesellschaft der digitalen Moderne. Die Wurzeln der Versammlung und der Artikulation von Unmut, aber auch Begeisterung liegen so weit zurück, dass sie sich nicht mit Bestimmtheit datieren lassen. Der Siedlungskern, der Dorfplatz ist seit jeher Ort der Versammlung und des Diskurses. Verändert hat sich das normative Verhalten in derartigen Räumen und das individuelle Verhältnis zum öffentlichen Raum. Christopher Dell bemerkt in diesem Kontext:

[244] Vgl.: Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.63f + S.140ff

[245] Michel Foucault, *Von anderen Räumen*, in Jörg Dünne, Stephan Günzel (Hg.), *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2012, 7. Auflage, S.317

[246] Vgl.: Ebd.: S.318

[247] Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.32

„Dass politische Bewegungen und soziale Kämpfe in der Stadt ihren Ort haben, ist nicht neu. Neu ist dreierlei: erstens die Tatsache, dass die Proteste die Stadt selbst als umkämpften Gegenstand thematisieren, zweitens, dass sich die Gruppierungen, die dort agieren, nicht mehr auf eine ideologische Linie, eine Identität, reduzieren lassen, sondern eine Versammlung heterogener Interessen und Lebensformen präsentieren. Drittens entstehen mit den Protesten neue Formen politischer Aktionen, die sich situativer Raumstrategien und -aneignungen bedienen und daraus ungewohnte Weisen urbaner Intervention entwickeln.“ [248]

Damit bildet sich eine intensive Bindung zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft und der Stadt. Sie ist, Christopher Dell zufolge, Handlungsraum und Ausdrucksmittel. »Die Stadt« nimmt eine zentrale Rolle des Protestes ein. Die Protestierenden verhandeln sozusagen nicht »über« die Stadt, sondern »als« Stadt. Aktionen von Streetart bis Urban Gardening eröffnen dahingehend neue Fragestellungen des Raumhandelns und festigen die Verbindung der Stadtbewohner zu ihrer Stadt. Diese Erkenntnisse führen die Akteure in ihrer Auseinandersetzung zu neuem Wissen über die Stadt und den Raum [249].

### *Wir*

Der öffentliche Raum als Ort der Gemeinschaft. Man könnte versucht sein, die Wiederentdeckung des öffentlichen Raumes durch die Gesellschaft der Digitalmoderne zu behaupten. Das Geflecht loser Beziehungen, die Vielfalt der Verhältnisse bekommen im öffentlichen Raum einen Ort der Manifestation. Das beweisen eine Vielzahl »urbaner Kollektive«, wie es Hanno Rauterberg beschreibt [250].

Die normative Nutzung des urbanen Raumes scheint in Auflösung begriffen; das ermöglicht ein ungezwungenes und selbstverständliches Verhalten. Ob Public Viewing, Feste, Demonstrationen, urbane Spiele, Interventionen, gemeinsames Essen im öffentlichen Raum, gemeinsames Radfahren oder Inlineskaten oder unverbindlicher gemeinschaftlicher Sport, alle diese Aktivitäten zeugen von einem Sinn für kollektives Tun und alle teilen sich dabei denselben Raum. „Diese Zweckbündnisse und Kurzzeitkollaboratorien widersprechen der verbreiteten Befürchtung, das öffentliche Leben der Stadt werde an der überschießenden Egozentrik zahlreicher Menschen zugrunde gehen.“ [251] Viel mehr noch: Diese flüchtigen Bündnisse, die urbanen Initiativen und die damit verbundene Auseinandersetzung mit dem Raum, sei sie bewusst oder unbewusst, können dabei helfen, eine neue Planungskultur zu gestalten. Der Stadtbewohner ist nicht länger Objekt, sondern Subjekt der Stadt. Die

[248] Christopher Dell, *Wissen des Urbanen*, in Sally Below, Reiner Schmidt (Hg.), *Auf dem Weg zur Stadt als Campus*, Jovis, Berlin 2015, S.38

[249] Vgl.: Ebd.

[250] Vgl.: Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage, S.77

[251] Ebd. S.78

Wahrnehmung des öffentlichen Raumes wird geschärft [252]. „Sie bestärken den öffentlichen Geist der Stadt.“ [253] Und sie erweitern das Wissen über die Stadt.

Die vormals funktionalistisch getrennten Räume werden durch neue Funktionen überlagert, bis die grundsätzliche Bestimmung in den Hintergrund tritt. Und gerade in der Unbestimmtheit liegen die Qualitäten als Tätigkeitsfeld für Partizipation und der kreativen Nutzung der Orte durch die Bewohner, die den spielenden Menschen herausgefordert sich immer wieder neue Varianten der Nutzung zu erfinden [254]. Die individualisierte Stadt produziert damit durch Reprogrammierung ständig neue Lebensräume für ihre Bewohner.

Auch der physische Raum ist im Wachsen begriffen. Über die Zugänglichkeit von privaten Plätzen, Passagen und Foyers ist vielleicht zu diskutieren – jedenfalls stellen sie aber zumindest einen geringen Zuwachs an Bewegungsraum dar. Die städtischen Museumsanlagen, Spielplätze und Parkanlagen bieten in diesem Zusammenhang sicherlich größeren Nutzwert für die Gemeinschaft [255].

Für das »urbane Handeln« bedeutet das ein Wachsen des Handlungsraumes in allen Bereichen, physisch wie intellektuell. Die Aktivisten des »urbanen Handelns« im öffentlichen Raum sind gleichwohl alle und alle sind auch Profiteure der wachsenden Handlungsfreiheit. Nichtsdestoweniger haben die kommunalen wie privatwirtschaftlichen Akteure die Verantwortung, entsprechend dem steigenden Bedarf der Gesellschaft auch ihrerseits die Formulierung wandelbarer und vielfältig nutzbarer Freiräume für die selbstständigen Stadtbewohner der Digitalmoderne, im Sinne einer Transformation von Public space zu Open space, voranzutreiben.

*„Mit Zuversicht betrachtet, könnte man meinen, das wachsende Interesse an urbaner Geselligkeit belebe nicht nur die Stadt, sondern auch das Allgemeinwesen als Ganzes. Und manche lassen sich gar von der Hoffnung tragen, im öffentlichen Raum könne tatsächlich eine andere, bessere Öffentlichkeit entstehen. Von solchen politischen Idealen war die klassische Vorstellung der »urbs« über lange Zeit geprägt. Hier, auf den Plätzen und Straßen, sollte die Gesellschaft ihrer selbst ansichtig werden. Hier sollte sie über ihr Wollen und Wirken befinden, ihre gemeinsamen politischen und sozialen Ziele aushandeln. Es war eine hehre, eine utopische Idee; in der Digitalmoderne scheint sie in den Horizont des Möglichen zurückzukehren.“ [256]*

[252] Vgl.: Ebd. S.115

[253] Ebd. S.115

[254] Vgl.: Ebd. S.89

[255] Vgl.: Ebd. S.131ff

[256] Ebd. S.128

Die Belegung des öffentlichen Raumes und die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten des »urbanen Handelns« bedeutet, dass der Einzelne einen Willen zur Einmischung entwickelt, sich sozusagen selbst mobilisiert. Das impliziert gleichermaßen persönliche Erfahrungen unterschiedlichster Art und ständige Rückkopplung mit dem Raum [257].

Normen und Verhaltensweisen sind in die Benützung des öffentlichen Raumes eingeschrieben, in der vielfältigen Nutzung werden diese Verhaltensweisen hinterfragt, reflektiert und gegebenenfalls verändert. Die Städte wandeln sich und die Umgangsformen sind im Fluss, konstatiert Hanno Rauterberg [258]. Mit der Individualisierung der Gesellschaft obliegt nun jedem Einzelnen die Formulierung des individuellen Verhaltens. Um aber an der Gemeinschaft oder am öffentlichen Leben teilzunehmen, werden wiederum stille Übereinkünfte mit den übrigen Bewohnern notwendig. Somit konstituiert sich das gesellschaftliche Gefüge in einem permanenten Rückkopplungsprozess der Individuen ständig aufs Neue.

*„Eine Gesellschaft, der nichts anderes übrig bleibt, als ihre Normativität aus sich selbst zu schöpfen, findet hier zu ihrem öffentlichen Bewusstsein. Und sie findet es nicht nur, sondern sucht es, denn auch davon erzählen die neuen urbanen Unternehmungen. Es spricht aus ihnen, egal wie ephemere sie mitunter sind, ein Streben nach Verständigung und auch nach Einverständnis.“* [259]

[257] Vgl.: Ebd. S.98f

[258] Vgl.: Ebd. S.140

[259] Ebd. S.148f



# Strategiepapier



## Urbanisierendes Handeln in der Digitalmoderne

Die Stadtbevölkerung soll in Zukunft ein Handlungsumfeld vorfinden, das jedem Einzelnen individuelle Handlungsfreiheiten gewährt und Transformationen der Lebensrealität zulässt. Für die verschiedenen Akteure der Stadtentwicklung und Stadtplanung, genauer die Stadtverwaltungsbehörden, die Stadtplaner und Architektinnen, aber auch für die wirtschaftlichen Akteure, beispielsweise die Investoren, bedeutet diese Forderung, ihre verfestigten Planungskulturen neu zu denken. Dabei werden oft etwa die Kostenerhöhung gegenüber klassischer Planung oder aber auch die doch zu berücksichtigenden Interessen der Gesamtheit aller Stadtbewohner als hinderliche Faktoren begriffen und als Deckmantel zur Beibehaltung des vorherrschenden Systemes verwendet.

Für die politischen Akteure nimmt der Druck aus der Bevölkerung, gefühlt besonders aus der unabhängigen Mittelschicht, Akademikern, Jugendlichen und jungen Menschen, beständig zu. Das ist nicht verwunderlich, denn wie in vielen vorangegangenen Punkten erörtert, wandeln sich die Lebensrealitäten und damit auch die Anforderungen an den Lebensraum zwar bei allen, jedoch können bei weitem nicht alle die Mittel und Ressourcen zur Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen aufbringen.

Die Kommunen und Stadtverwaltungen sind angehalten, dieser Speerspitze der digitalen Moderne Handlungsspielräume in der Stadtgestaltung, Stadtentwicklung und Urbanisierung zu eröffnen und Möglichkeitsräume zu schaffen. Nicht nur aus politischem Kalkül oder aufgrund von kreativen Ressourcen der Stadtbewohner, sondern um »urbanes Handeln« und die Selbstaktivität der Bürgerinnen weiterführend zu propagieren, denn erst wenn alle Bewohner und Millieus, alle Bürgerinnen und Bürger und alle im Stadtraum vertretenen Gruppen sowie Einzelpersonen am Gestaltungsprozess partizipieren, erreicht der Stadtraum eine gemeinschaftliche Qualität.

Eine emanzipierte und verantwortungsbewusste Gesellschaft ist für Prozesse, insbesondere der Nachhaltigkeit und des ressourcenschonenden Umgangs, in vielerlei Hinsicht unerlässlich. Eine Smart city, um diesen vielfach verwendeten Begriff einfließen zu lassen, entsteht nicht ausschließlich durch Technologie, Effizienz und Produktivität oder durch Anpassung der Wohnflächen und Ausstattungsstandards an vorrangige Nutzerkategorien wie Singles, Kleinfamilien und alte Menschen, sondern und vor allem durch »smart citizens«.

Die Gesellschaft der Digitalmoderne rückt der Synchronisation der Individualbedürfnisse mit dem Stadtraum Schritt für Schritt näher. Die Impulse aus der Bevölkerung können zu einem Umdenken im Planungs- und Bauhandeln führen, so diese in

der Politik und in der Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft, offenen Partner finden. Von den öffentlichen Entscheidungsträgern wird nicht weniger verlangt, als den öffentlichen Raum für die Stadtbewohner freizugeben, auf überwiegend privatwirtschaftliche Nutzungen im öffentlichen Raum zu verzichten und bei Neuplanungen die Bevölkerung, die Anwohner und so fort, umfangreich und von Beginn an in Entwicklungsprozesse einzubeziehen. „Nicht selten wissen die Anwohner, die sich tatsächlich an einem Ort bewegen, sehr gut, was tatsächlich gebraucht und von einer Nachbarschaft angenommen wird. Nur sprechen sie nicht immer gleich darüber – sondern erst, wenn sie etwas aufregt. Dementsprechend muss es darum gehen, dieses Wissen früh zu aktivieren – sei es als kritischer Resonanzraum oder konstruktive Gestaltungskraft.“ [260]

Um an die Grenzen des Vorstellbaren zu stoßen, könnten die zu setzenden Entwicklungsimpulse sogar aus der Bevölkerung abgeleitet werden, die Indikation zur Entwicklung und/oder Gestaltung von den Bewohnern ausgehen. Im Planungsprozess gilt es, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen und die Planungsziele einem gemeinschaftlichen Interesse zumindest beizuordnen. Solcherart Strukturreformen können in eine selbstbewusste und der Stadt tief verbundenen Bewohnerschaft münden, die gemeinschaftlich für ihre Stadt eintritt und diese als aktive Bürger vertritt.

Das Ziel der Öffnung soll keineswegs mit einer Abschaffung der Verwaltung gleichgesetzt werden, vielmehr geht die Verwaltung und alle Verwaltungsträger gestärkt aus solchen Prozessen hervor, denn eine Stadt ist zu verwalten und es sind Entscheidungen, auch im Sinne des Gemeinwohls weiterhin zu treffen. Die Sicht auf die Verwaltung kann sich jedoch tiefgreifend ändern: hin zu einer starken, die Bürgerinteressen ernstnehmenden und gegenüber diversen Playern in einer globalisierten Welt vertretenden Politik.

Im Besonderen wird die lokale Politik und Verwaltung zur Drehscheibe von Interessen und Handlungen, zum Koordinator, Ansprechpartner und Verhandler. Wenn sich das öffentliche Leben aus dem virtuellen Raum in den Realraum verlagert um reale Gemeinschaften zu begründen, wird die Lokalpolitik zur Anlaufstelle für reale Wünsche, Probleme und Bedürfnisse. Das heißt, es werden sich neue Formen des Gemeinwesens und des Diskurses entwickeln. Für die Produktion der Strukturen, beispielsweise in Form von Gebäuden, Infrastruktur, Freiräumen und dergleichen mehr, soll im Hinblick auf eine Transformierbarkeit der Systeme und der nachfolgenden Urbanisierung neuer Stadtlandschaften besonderes Augenmerk auf die Planung gelegt werden. Wiederum sind auch hier die Stadtbewohnerinnen von Beginn an in die Prozesse zu involvieren, beziehungsweise sind Strukturen der Nutzungsflexibilität vorzusehen. Die Mittel liegen hierbei in der Gleichzeitigkeit der Nutzung digitaler wie analoger Methoden der Einbindung und der Entwicklung.

Ein florierendes Gemeinwesen und diversive Nutzungen tragen nicht nur positiv zur Urbanisierung bei, sie beeinflussen und steuern auch das ökonomische Handeln. Somit kann auch im Sinne einer diversifizierten Arbeitswelt eine starke lokale Wirtschaft aus derartig strukturierten Stadträumen entstehen. Nachhaltige Investitionsmodelle und nachhaltiges Bauplanen können in Verbindung mit aktiven und

[260] Sally Below, Sven Sappelt, *Positive Effekte - für eine Stadtentwicklung auf neuen Wegen*, in Sally Below, Reiner Schmidt (Hg.), *Auf dem Weg zur Stadt als Campus*, Jovis, Berlin 2015, S.77

handlungsbereiten Bürgerinnen zu einer selbstbewussten und zukunftsorientierten Stadt mit reichhaltiger Stadtkultur beitragen.

So sollen lokale Akteure, die an der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung agieren, vermehrt in städtebauliche Prozesse eingebunden werden. Solche Raumpioniere gewinnen mit Zwischennutzungsprojekten seit den 1990er-Jahren konstant an Bedeutung [261] und als sogenannte Raumunternehmer entwickeln sie sich zu „[...] Seismografen einer zukünftigen Stadtentwicklung [...]“ [262]. Die vormalig klare Trennung zwischen vorübergehender und langfristig geplanter Nutzung wird dabei durch die Raumunternehmer aufgehoben und die Initiatoren werden zu Trägern langfristiger urbaner Prozesse [263]. Die Akteure selbst sind oftmals keine Fachleute der Stadtentwicklung oder der Immobilienwirtschaft; als lokale Initiativen „[...] eigenen sie sich dennoch Räume für die Umsetzung ihrer Nutzungsideen und Visionen an, bauen ihre Projekt und Nutzungsideen schrittweise aus und schaffen häufig einen Mehrwert für Stadt und Quartier.“ [264]

Beispielhaft für viele derartige Projekte, vor allem in Deutschland, sei die gemeinnützige Immobilienentwicklung der ehemaligen Rotaprint Druckmaschinenfabrik in Berlin Wedding erwähnt. „Die Künstler Daniela Brahm und Les Schliesser erarbeiten ein Konzept für die Übernahme des Geländes durch die Mieter vor Ort. Ziel war eine heterogene Nutzungsmischung aus lokalen Gewerbebetrieben, sozialen Einrichtungen, Büros, Studios und Ateliers. 2007 hat die von den Mietern gegründete gemeinnützige GmbH *ExRotaprint* die Gebäude mittels eines 99-jährigen Erbaurechtsvertrages übernommen.“ [265] Erst nach langjähriger externer Investorensuche durch den Eigentümer, den Liegenschaftsfonds Berlin, wurde die Initiative *ExRotaprint gGmbH*, letztlich auch durch politische Unterstützung, als potentieller Käufer wahrgenommen. Nach der fertiggestellten Sanierung der Mehrheit der Gebäude sollen auch in der direkten Umgebung weiterführende Maßnahmen, wie die Entwicklung von angrenzenden Brachflächen für sozialen Wohnungsbau oder etwa eine Blockdurchwegung, gesetzt werden [266].

Strategien und Realisierungen wie diese zeugen von einer wachsenden Kultur neuer, selbstinitiiert, urbaner Organisationsformen, die nicht nur in sozialer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht nachhaltig und für alle Beteiligten positiv sein können. Sally Below und Sven Sappelt bemerken in diesem Kontext: „Wollen wir unsere Städte nicht als Naturgewalt erleben, der wir ausgeliefert sind, müssen wir sie bewusst wahrnehmen, ihre Entstehungsgeschichte verstehen und ihre Gegenwart aktiv mitgestalten. Das gilt natürlich für Architekten, Stadtplaner, und Kulturwissenschaftler, die dies sowieso professionell betreiben, aber eben auch für diejenigen,

[261] Vgl.: Lisa Buttenberg, Klaus Overmeyer, Guido Spars, *Von Raumpionieren zu Raumunternehmern*, in Lisa Buttenberg, Klaus Overmeyer, Guido Spars (Hg.), *Raumunternehmern. Wie Nutzer selbst Räume entwickeln*, Jovis, Berlin 2014, S.4

[262] Ebd. S.7

[263] Vgl.: Ebd. S.5

[264] Ebd. S.5

[265] Lisa Buttenberg, Klaus Overmeyer, Guido Spars, *Gemeinnützige Immobilienentwicklung*, in Lisa Buttenberg, Klaus Overmeyer, Guido Spars (Hg.), *Raumunternehmern. Wie Nutzer selbst Räume entwickeln*, Jovis, Berlin 2014, S.13

[266] Vgl.: Ebd. S.21

die ein berechtigtes Interesse an ihrem Lebensraum haben.“ [267] Im Sinne einer der Zeit angemessenen Stadtentwicklung, müssen diesen Prozessen, Raum und Möglichkeiten geboten werden.

### Strukturveränderung von Planungsprozessen

In der kommunalen Stadtentwicklung sind, im Hinblick auf »urbanes Handeln« und Partizipieren der Bewohner am Stadtgestaltungs- und Stadtentwicklungsprozess, zwei Tätigkeitsfelder in den Ablauf zu integrieren.

Erstens, die Schaffung von organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen für die Einbindung der Nutzerinnen bei Neubauprojekten unterschiedlicher Maßstäblichkeit und Gestalt. Das können die Beteiligung am Planungsverfahren oder zumindest die Schaffung räumlicher Bedingungen für eine nutzerbasierende Urbanisierung und die Eröffnung von Möglichkeiten für die soziale Entwicklung von Orten, in Stadtteilen oder in Gebäuden, sein. Ergänzend muss das Bekenntnis zur nutzerbasierten Planung gesetzlich festgehalten werden, um solche Verfahrensweisen in der alltäglichen Projektplanung der Akteure der Bauwirtschaft nicht unberücksichtigt zu lassen. Mehr noch, es könnte über die klassische Planung und Abwicklung hinaus, eine Phase der Nachstrukturierung von Projekten eingeführt werden, eine Postorganisationsphase zur Aneignung und Schärfung des Planungszieles. Projektentwickler können so zu längerfristigen Verwertungsmodellen und nachhaltigeren Entwicklungskonzepten geleitet werden.

Für Neubauprojekte könnte beispielsweise eine umfangreiche Verpflichtung zur Bereitstellung öffentlicher Räume und/oder von gemeinschaftlichen Verwertungsflächen gekoppelt an das Bauvolumen erlassen werden – ähnlich der laut Bauordnung von Wien für Wohngebäude ab 15 Wohneinheiten erforderlichen Errichtung von Kinderspielplätzen [268]; die jedoch in den wenigsten Fällen öffentlich zugänglich sind.

Diese auch durch Förderungen finanzierbare Modelle wären speziell im dicht bebauten Stadtgebiet sinnvoll, um den öffentlichen Raum aufzuwerten, Möglichkeitsräume zu schaffen und die Gebäude nicht, wie oft zu sehen, aufgrund maximaler Nutzflächengenerierung gerade im Sockelbereich abzuschotten. Gebäudeeinrichtungen wie großzügige Fahrradräume oder groß angelegte, zweifelsohne wichtige Müllräume verbrauchen dabei das Potential selbstständiger Handlungsräume in der Erdgeschoßzone. Erich Raith spricht sich in Anlehnung an Walter Siebel [269] für eine bebauungstypologische Entwicklung »ganzer Häuser« aus, „[...] also Gebäude, die für unterschiedlichste Nutzungen in unterschiedlichsten Mischungen geeigne-

[267] Sally Below, Sven Sappelt, *Positive Effekte - für eine Stadtentwicklung auf neuen Wegen*, in Sally Below, Reiner Schmidt (Hg.), *Auf dem Weg zur Stadt als Campus*, Jovis, Berlin 2015, S.77

[268] Anm.: Land Wien, *Bauordnung für Wien. § 119 (6)*, LGBl. Nr. 11/1930, Wien 1930, <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000006>, abgerufen 29.06.2015

[269] Vgl.: Walter Siebel, *Zukunft des Wohnens*, in Arch+ 176/177, Arch+ Verlag, Aachen 2006, S.47

te Räumlichkeiten, differenzierte Zonierungen, attraktive Erschließungsstrukturen und hochwertige Beziehungen zu Freiräumen anbieten können. [...] Die ganzen Häuser der Zukunft sollen eben wieder für keine Nutzung hundertprozentig perfekt, aber für möglichst viele verschiedene Nutzungsszenarien sehr gut geeignet und darüber hinaus leicht adaptierbar sein.“ [270] In diesem Sinne könnte man auch von einer Forderung nach »ganzer Planung« sprechen, die die Interessen »aller« Akteure in umfangreichem Maß berücksichtigt.

Zweitens, den Aufbau von organisatorischen und strukturellen Parametern zur Modulation und Transformation von Bestandsstrukturen über diskursive Partizipation, den Möglichkeiten des »urbanen Handelns« oder etwa durch die genannten Raumunternehmer. Das heißt, räumliche Weiterentwicklungen und Transformationsprozesse zuzulassen, zu befördern und gesetzlich abzusichern.

Das betrifft unter anderem auch die Nutzung zeitweise ungenutzter Ressourcen, wie leerstehender Gebäude oder Brachflächen. Hierbei könnten seitens der Verwaltung und der Gesetzgebung Rahmenbedingungen für Zwischennutzungen geschaffen und es könnte mit politischem Willen entsprechend auf die Eigentümer eingewirkt werden, diese Flächen temporär zu öffnen und/oder temporäre Nutzungsverträge abzuschließen. Die Möglichkeiten für die Kommunen liegen in der gezielten Förderung von Zwischennutzern, der Förderung der Eigentümer oder aber darin, die Eigentümer leerstehender Objekte zu verpflichten, diese nach einem bestimmten Zeitraum des Leerstands temporär und zu vergünstigten Konditionen freizugeben.

Am Beispiel: „Das Packhaus“ in der Marxergasse in Wien, im Besitz der *Conwert Immobilien Gruppe* [271], wird als selbstverwaltetes Zwischennutzungsprojekt vom Verein *Paradocks* betrieben und beherbergt auf 2200m<sup>2</sup> Nutzfläche zirka 200 Selbstständige, Start-ups, Studenten, Initiativen und Organisationen sowie einige Wissenschaftler und stellt dabei Büros, Studios, Co-working spaces und Gemeinschaftsflächen zur Verfügung [272]. In aller Kürze und ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt, liegt der Mehrwert für die Zwischenmieter darin, in einem vielfältigen und kreativen Umfeld zu agieren und für viele, gerade am Beginn ihrer selbstständigen Laufbahn, von adäquaten Mietpreisen zu profitieren. Der Mehrwert für den Eigentümer ist im Gegenzug positives Campaigning und zumindest die Deckung der Leerstands- und/oder Betriebskosten. Für die Anwohner können sich bei entsprechender Ausrichtung der Nutzungsziele darüber hinaus positive lokal-ökonomische und/oder lokal-soziale Synergieeffekte ergeben, beispielsweise durch eine grundsätzliche Belegung des Viertels, zusätzliche lokale Infrastruktur, Kindergärten, Cafés und so fort.

So einleuchtend das klingen mag, so schwierig scheint die Realisierung der beiden Grundsätze, nicht nur aufgrund der unterschiedlich gelagerten Entscheidungskompetenzen der Kommunen, sondern auch aufgrund von Bedenken wirtschaftlicher Entscheidungsträger die eigene Planungskultur zu adaptieren. Die vielfältigen Ko-

[270] Erich Raith, *Gebäudetypologie als Thema der Stadtentwicklung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.116f

[271] Anm.: conwert Immobilien Invest SE, <http://www.conwert.com/de>, abgerufen 24.08.2015

[272] Vgl.: Paradocks, <http://www.paradocks.at>, *Das Packhaus*, abgerufen 28.06.2015

heränzen der Akteure und der Bestimmungen, denen sie folgen, seien diese selbstaufgelegt oder legistischer Natur, erschweren die Umsetzung solcher Strategien. Zumindest eine schrittweise Anpassung an die geänderten Lebensrealitäten der Zivilbevölkerung scheint jedoch unausweichlich.

Das Vordefinieren des Ausbaus, das Prinzip der vorab festgelegten Definition von Wohnungsgrundrissen und eventuell von Gemeinschaftsflächen impliziert ein »eraten können« von Individualentscheidungen und persönlichen Vorlieben von Menschen, die erst gefunden werden müssen. Das ist anmaßend und in einer granularen Gesellschaft mit vielfältigen Lebenswirklichkeiten kaum möglich. Das macht das Vorabdefinieren von Wohnraum ohne die Nutzerinnen in sozialer wie wirtschaftlicher Sicht kontraproduktiv. Dieses System ist folglich nur durch Druck auf den Wohnungsmarkt aufrecht zu erhalten, da sich die Wohnraumsuchenden sonst höchstwahrscheinlich für eventuelle Alternativen entscheiden würden.

*„Es gibt so etwas wie eine Kontinuität des Handelns. Das fängt damit an, dass man die Möbel verrückt. Dann versetzt man eine Wand und beim nächsten Mal verändert man das Haus. Zwischen der physischen Gestalt und den Bewohnern gibt es also auf verschiedene Weisen einen beständigen Austausch. Und was wir Architektur nennen, muss genau diesen Prozess unterstützen. [...] Diese Interaktion ist die elementare Quelle von den Energien, die eine gebaute Umgebung entstehen lassen.“ [273]*

Nicolaas John Habraken liefert schon in den 1960er-Jahren Ansätze, den Massenwohnungsbau zu überwinden. Wenngleich er sich für die industrielle Fertigung von in sich kompatiblen Standardteilen ausspricht, verfolgt er mit der These von »Träger« und »Ausbau« [274] ein System, das den späteren Bewohnern einen hohen Grad an Selbstständigkeit in der Ausformulierung des Raumes zuspricht. Dieses System lässt sich sowohl im Geschosßwohnungsbau als auch für die Formulierung gebäudeübergreifender Sockelzonen adaptieren.

## **Rethinking Wohnbauförderung**

Die Prämisse der Wohnbauförderung ist es, Wohnraum zu schaffen. Zusätzlich kann sie als Instrument nachhaltiger Siedlungsentwicklung sowohl im städtischen Gebiet als auch in ländlichen Regionen fungieren. Dazu müssen zusätzliche Parameter in das Förderkonzept eingearbeitet, beziehungsweise muss dieses ausgebaut werden.

Über die Wohnbauförderung und ähnliche Förderprogramme gilt es, vor allem in ländlichen Regionen, gezielt ressourcenschonende Bauweisen zu unterstützen. Das heißt, den Flächenverbrauch zu minimieren und infrastrukturell gut erschlossene

[273] Nicolaas John Habraken, *Die Umsetzung einer einfachen Idee. Das SAR-Konzept von Träger und Ausbau*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004, S.102f

[274] Vgl.: Ebd. S.101ff

Gebiete weiter auszubauen und/oder die Herstellung verdichteter Bauweisen, wie die des verdichteten Flachbaus und dergleichen Formen mehr, verstärkt in das planerische Bewusstsein der angehenden Eigentümer und Nutzer zu rufen. Die Bevölkerung ist im Kern von nachhaltigen Siedlungskonzepten zu überzeugen. Dafür sind einerseits umfangreiche Informationen über die Möglichkeiten, aber auch ein von Seiten der Verwaltungsbehörden der Länder akkordiertes Fördersystem erforderlich.

Eine der grundlegenden Fragen lautet dabei: Wieviel Raum brauche ich und wie ist die Fläche optimal zu nutzen. Der Wunsch nach Bewegungsräumen, Intimität und Freiheit in der individuellen Gestaltung und Nutzung wird auch durch kombinierte Gebäude nicht ausgeschlossen. Positive Beispiele finden sich in großer Zahl. Architekt Walter Stelzhammer zeigt mit der *Wohnarche in Atzgersdorf* [275] eindrücklich, wie eine Kombination aus linearer Gebäudestruktur, ähnlich der des Reihenhauses, mit einer flächigen Hofhausstruktur räumlich qualitativ voll verdichtet werden kann.

Unabhängig von der Herstellung neuen Wohnraumes kann die Wohnbauförderung als Möglichkeit des individuellen Handelns gesehen werden. Der Individualisierungsgrad durch die selbstaktive Errichtung der persönlichen Lebensrealität ist ein dementsprechend identitätsstiftendes Merkmal und das wiederum stellt einen nicht zu vernachlässigenden gemeinschaftsbildenden Faktor dar.

Gerade im Bereich des Einfamilienhausbaues kann durch die Beiziehung von professionellen Planern, in der Regel Architekten, ein hoher Grad an Selbstbestimmung im Wohnalltag erzielt werden. Systeme des Selbstbaues oder der eigenständigen Fertigstellung können mit fachlicher Unterstützung strukturell gute Gebäude gewährleisten und den Bauherren gleichzeitig ein hohes Maß an Eigenleistung ermöglichen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Förderleistungen der Länder könnten an derartige Systeme angepasst, beispielsweise Beraterleistungen dezidiert gefördert oder die Förderung an verdichtete Rohbaustrukturen entkoppelt vergeben werden. Als Beispiel sei hier auf das schon zitierte experimentelle Wohnprojekt *Grundbau und Siedler* des Architekturbüros *BeL – Sozietät für Architektur* verwiesen. Der Grundbau wird dabei von den Architekten geplant und hergestellt und die Siedler übernehmen den Ausbau in Eigenregie. „Zu diesem Zweck verfassten die Architekten ein gut strukturiertes Handbuch des Selbstbaus von 196 Seiten, das in Baumärkten echte Verkaufschancen hätte. In Beratungsgesprächen gaben sie den Hobbyhandwerkern Hinweise und diskutierten den erwünschten Zuschnitt der Wohnungen.“ [276] Nachhaltige Wirkung konnte dieses Konzept leider nicht erzielen denn: „Die zukünftigen Bewohner waren eher erstaunt und verlangten von den Architekten, dass diese ihre eigentliche Arbeit machen sollten.“ [277] Positiv ist allerdings der im Vergleich günstige Quadratmeterpreis zu werten. Das lässt auf eine signifikante Vergünstigung in ländlichen Regionen mit niedrigen Grundstückspreisen hoffen. [278] Die Bauform ist jedenfalls an die örtlichen Gegebenheiten anpassbar und im

[275] Vgl.: Helmut Schramm, *Low Rise - High Density. Horizontale Verdichtungsformen im Wohnbau*, Springer Verlag, Wien 2005, S.140f

[276] Arch+, *Aneignungsarchitektur*, in Arch+ 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013, S.128

[277] Ebd. S.129

[278] Vgl.: Ebd. S.128f

städtischen Raum wie in ländlichen Regionen realisierbar.

Der Selbstbau als Konzept, könnte in abgemilderter Form auch in der Stadt Wien Einsatz finden. Im Sinne des aktuellen WWFSG §3 Abs. 2 [279] wäre auch eine Herstellung von Wohngebäuden exklusive Oberflächenendausbau und der nichttragenden Zwischenwände möglich. Man könnte so, unter Inanspruchnahme der Wohnbauförderung, auch Gebäude mit dem Ziel eines nachfolgenden Selbstausbaus herstellen, damit den künftigen Nutzern zumindest eine große Autonomie in der Ausgestaltung übertragen, die Ausstattungsstandards individuell zu einem späteren Zeitpunkt festzulegen und/oder aufgrund eventueller finanzieller Engpässe gegebenenfalls individuell abzuändern.

Energieeffizienz und speziell geringeren Grundstücksverbrauch zu fördern, ist mittlerweile in vielen Förderprogrammen der Länder festgeschrieben. Weiters bestünde die Möglichkeit, vermehrt verdichtete Strukturen mehrerer Einheiten gesondert zu begünstigen, wie das ansatzweise in den Wohnbauförderprogrammen des Landes Niederösterreich der Fall ist. Diese Ansätze gilt es ins Visier zu nehmen, um nachhaltige Siedlungsentwicklungen in ruralen Gebieten, im suburbanen Raum, beziehungsweise in der städtischen Peripherie zu gewährleisten. In diesem Sinn erscheint die gezielte Förderung von dem fachlichen Erkenntnisstand entsprechend positiv wirkenden Bauformen als angemessenes Mittel, die Wohnbauproduktion räumlich strukturierend und den Verbraucher bildend zu lenken und gegebenenfalls im größeren Kontext als gemeinschaftsförderndes Instrument zu fungieren.

## Die Sockelzone

Verbände aus Sockelzonen, die eine entsprechende Handlungsdiversität aufzunehmen imstande sind beziehungsweise in der Lage sind, diese zu generieren, können sich als Kristallisationspunkte für städtisches Leben und »urbanes Handeln« entwickeln. Profiteure solcher Strukturen sind unmittelbar die Bevölkerung und die Bewohner der entsprechend ausgestalteten Gebäude respektive der Areale. Das so entwickelte soziale Umfeld verfestigt sich und es entstehen lokale Mikrostrukturen der Interaktion, die sozial wie ökonomisch wertvoll sein können. Die Realisierung von verwertungsoffenen Erdgeschoßzonen gibt den Stadtbewohnern einen wertvollen Raum zur Selbstermächtigung, zur individuellen Gestaltung und auch zur Urbanisierung von Gebieten.

In Form einer erweiterten Wohnbauförderung und zur Sicherstellung der Errichtung solcher Strukturen könnte sich die öffentliche Hand beispielsweise eine Option auf Erdgeschoßzonen in neu errichteten Wohngebäuden verschaffen und, ähnlich der Gemeindewohnungen innerhalb Wiens, die Flächen auf Anfragen der Bevölkerung oder der Kaufleute etc. vermitteln. Im Sinne des öffentlichen Bedürfnisses können diese Zonen an Bewohner, Einzelhandel, Gewerbe und so fort vergeben werden.

[279] Anm.: Land Wien, *Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (WWFSG)*, LGBl. Nr. 18/1989, Wien 1989, <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=LrW&Dokumentnummer=LWI40001259>, abgerufen 05.07.2015

Das Verwertungsrecht und die Strukturierungspflicht liegen damit bei der Verwaltung und können sich demnach auch längerer Wertschöpfungsperioden bedienen. Nutznießer eines erweiterten öffentlichen Bereiches ist demnach die Stadtbevölkerung, die den Auftrag zur strukturellen und lokal ökonomischen Entwicklung in die Hand der Kommunen legt. Notwendig ist dafür die Einführung des Baurechtes auf kommunalem Grund. Dieses Modell könnte so weit gehen, dass für die Stadtentwicklung adäquate Bausteine definiert werden und diese die öffentlichen und halböffentlichen Strukturen definieren.

Eine weitere Möglichkeit besteht in der gezielten Förderung einer Gebäudestruktur mit offenen Sockelzonen und größerer Geschoßhöhe im Erdgeschoßbereich. Eine bedarfsorientierte flexible Nutzung ist damit, vor allem in dichten Innenstadtbereichen, für lange Zeit sichergestellt. Ob als Anreizmittel für private Bauträger und Investoren die Baukörperbegrenzung aufgeweicht oder die Gebäudehöhen nach oben angepasst werden und dergleichen, sei dahingestellt. Für Baugruppen und private Baugemeinschaften könnten solche Vorgaben im Rahmen der Wohnbauförderung als Urbanisierungszuschuss, individuell an die Grundstücks- und/oder Nutzfläche angepasst, vergeben werden. Die Sockelzone kann so zum Modell für Bottom-up Urbanisierung mit öffentlicher Top-down Organisation avancieren.

*„Gemischt und variabel genutzte sowie langfristig entwicklungsfähige Bebauungsstrukturen haben das Potential, vitale Urbanität zu generieren. Sie markieren den entscheidenden Qualitätssprung von den monofunktionalen Konzeptionen des Siedlungsbaus oder der »Business Districts« hin zu einem komplexen, mehrdimensionalen und prozessorientierten Städtebau. Die Konsequenzen dieses Fortschritts werden sich direkt auf die Attraktivität und Nutzungsintensität der öffentlichen Räume auswirken. Wenn der schwer fassbare Begriff »Urbanität« eine Qualität beschreibt, die jedenfalls begünstigt, dass in Ballungsräumen viele verschiedenen Menschen mit unterschiedlichen Alltagskulturen, unterschiedlichen Voraussetzungen und unterschiedlichen Interessen in Toleranz und Menschenwürde zusammenleben, optimistische Lebensentwürfe entwickeln und sich räumliche Ressourcen ihren Bedürfnissen entsprechend aneignen können, dann ist Urbanität ein wesentlicher Schlüssel zur sozialen Nachhaltigkeit unserer Lebensräume.“ [280]*

[280] Erich Raith, *Gebäudetypologie als Thema der Stadtentwicklung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014, S.117



# Nachwort



„In der Regel zielt eine rationale Stadtplanung auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen verschiedenen Erfordernissen und Verfügbarkeiten. Um dies zu erreichen, steuert und organisiert sie im Grunde das Wissen über die betreffende Situation. Man versucht in der Tradition der Moderne, soviel [sic] Wissen zusammenzutragen, dass die Stadt als Ganze erfasst werden kann, als kollektives System, das eindeutig bestimmbar ist. Hinter diesem Ansatz steckt die Vorstellung, dass man umso mehr versteht, je größer die Ausschnitte des gesamten Territoriums sind, die man im Blick hat. Deshalb muss der Standpunkt so hoch wie möglich liegen, man muss von oben herunterschauen können. Die naheliegende Konsequenz dieser Art, Urbanität zu begreifen, liegt in der Auffassung, Stadtplanung könne den städtischen Raum als Ganzen kontrollieren und steuern.“ [281]

Diese Sichtweise, die bis heute viele Planer und Entscheidungsträger teilen, verdeckt den Blick auf die eigentlichen Vorgänge in der Stadt. Sie schließt es aus, mit den Nutzern und Stadtbewohnerinnen zu neuen Wissensperspektiven zu gelangen [282]. Durch den installierten Theoriekomplex entfernt sich das scheinbare Wissen von der Wirklichkeit. Die Schwierigkeit liegt in der Wahrnehmung komplexer Abläufe und Systeme. Es kann als widerlegt betrachtet werden, dass es möglich ist, tatsächliches Wissen rein institutionell zu sammeln.

„Es geht also nicht mehr – wie in der Moderne – darum, bekanntes Wissen miteinander zu verknüpfen, und daraufhin Lösungen zu schmieden, sondern sich jenen Fragen zuzuwenden, für die es keine Lösungen gibt, außer man erfindet sie. Es geht darum mit den Möglichkeiten zu spielen. Deswegen ist nicht der Wissende, sondern der Unwissende gefragt, nicht derjenige, der auf einen Fundus an gesicherten Erkenntnissen zurückgreift, sondern der diesen Fundus jeweils situativ neu zusammenstellt.“ [283]

Die reine Beobachtung, die Messung, Umfragen und Analysen sind Mechanismen, die in ihrer Art als Instrumente eine natürliche Unschärfe besitzen. Die Aussagen und Beobachtungen skaliert ergeben eine Abbildung, die jedoch nicht der Kleinteiligkeit und Vielseitigkeit der Realität entspricht. Die Architekturproduktion unserer Zeit ist mehrheitlich mit der physischen Übersetzung dieser Abbilder befasst.

[281] John Palmesino, *Neue Perspektiven auf selbstorganisierte Transformationsprozesse in Europa*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004, S.93

[282] Vgl.: Ebd.

[283] Christoph Kucklick, *Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst*, Ullstein Verlag, Berlin 2014, S.210

Im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklungen muss sich auch die Architektur entwickeln, feinkörniger und empathischer werden. Das betrifft in weiterer Folge nicht nur die Architektur, sondern »alle« Akteure im Planungs-, Bau- und Stadtbildungsprozess. In diesem Sinne könnte man auch von einem »Communicative-turn« sprechen, den es zu vollziehen gilt. Die ehemaligen Rezipienten von Planung, die Stadtbewohner und Nutzer, werden gleichsam zu Sendern und zu Gestaltern – wie in vielen anderen Disziplinen, etwa der Kunst, der Medienwirtschaft oder der Unternehmensphilosophie. Zur Verdeutlichung: Bei der Verwendung von *google* etwa wird die Grenze zwischen Produzent und Konsument, sprich Rezipient, schon seit langem aufgelöst.

In Onlinemedien ist der interaktive Austausch mit den Lesern selbst zur Informationsgestaltung avanciert. Cordt Schnibben, Onlineredakteur des Spiegel spricht von einer grundlegenden Veränderung des Leseverhaltens. „Sie [-die Leser (Anm. d. Verf.)] können in den Onlinemedien ihre Interessen personalisieren, sie können Dinge teilen oder liken. [...] Wir haben alle zusammen versucht, unsere Printinhalte als E-Paper ins Netz zu stellen. Das funktioniert nur begrenzt. Wir müssen unsere Inhalte nehmen und sie dem jeweiligen Medium gemäß transferieren, [...]“ [284]

Die Produktion von Daten und von Ergebnissen liegt in der virtuellen Welt bei der Gesellschaft, sie ist Produzent und Konsument zugleich. Viele Beispiele könnten an dieser Stelle angeführt werden. Sie führen aber immer zum selben Schluss: In Analogie zu den gesellschaftlichen Veränderungen, muss sich auch die Architekturproduktion transformieren. Das gilt besonders für das althergebrachte Rollenbild des Architekten selbst.

Das Selbstverständnis des Generalisten, ein höheres Wissen über die Bedürfnisse der Menschen und deren Lebensweisen zu besitzen, hat keine Gültigkeit mehr. Die Stärke der Architektur kann in Zukunft in der Öffnung des Feldes liegen, in der Gestaltung von offenen und der Vielfalt der Individuen gerechten Strukturen sowie der Planung unter Einbeziehung der Nutzer und aller Involvierten. Mit den Parametern singulärer Individuen umzugehen, das ist die Herausforderung für die Architektur. Um damit wieder einen zukunftsweisenden Anspruch zu erlangen, sind entsprechende Modelle zu entwickeln.

Gute beziehungsweise eine gelungene, entwicklungsfähige Stadt- und Raumgestaltung, nachhaltig und in jeder Hinsicht lebensnahe, kann nur durch gegenseitige Zugeständnisse aller Akteure erreicht werden. Der Zivilgesellschaft fehlt möglicherweise noch die (Er-)Kenntnis, sich Räume anzueignen, sich mit ihrem Lebensumfeld in einer Form auseinanderzusetzen, sodass tatsächliche, nutzerbasierende Entwicklung von Raum stattfindet.

Dieses Wissen über die eigene Handlungsmacht wird sicher nicht von den Akteuren des Marktes vermittelt. Diese sind als Produzenten eigenen Handlungsweisen unterworfen und sehen die soziale Nachhaltigkeit nicht zwingend als prioritär. Hingegen profitieren die öffentlichen Akteure von einer solchen Art der Wissensvermittlung auf vielfältige Weise, sie profitieren von der Kreativität und von lokalen Wissensressourcen der Bevölkerung. Sie vermögen letztlich auch die Akteure des

[284] Cordt Schnibben, *Lesen Sie überhaupt noch eine Zeitung?*, in Falter Nr.25/15, Falter Zeitschriften Ges.m.b.H, Wien 2015

Marktes zu überzeugen und für die geeigneten Rahmenbedingungen für das »urbane Handeln« vieler zu sorgen. Um den Kreislauf zu schließen: Von einer guten Stadtentwicklung und von hohem Lebenswert profitieren am Ende wiederum auch die wirtschaftlichen Akteure.

Dieses hier besprochenen Netzwerk an Thesen, Argumenten und Beispielen gilt es in gebaute Realität, in Architektur, in praktizierten Städtebau und in Stadtplanung, in Planungsprozesse und politische wie wirtschaftliche Leitlinien auf allen Entscheidungsebenen umzusetzen. Das gesamte Ereignisspektrum ist in einen Ergebniszusammenhang zu bringen und die wechselwirkenden Abhängigkeiten als Handlungssystem anzuerkennen. »Alle« sind am Stadtentwicklungs- und Stadtgestaltungsprozess beteiligt und »alle« sind nach ihren jeweiligen technologischen und intellektuellen Möglichkeiten in die Planung einzubinden.

*„Ich ziehe mich nur aus der Verantwortung zurück, die man fälschlicherweise hat und die oft genug mißbraucht wird, aber nicht aus der Verantwortung, die nötige technische Hilfe zu leisten und all die Informationen zu geben, die ich kann. Benützen müssen sie [-die Architektur (Anm. d. Verf.)] die anderen.“ [285]*

### ***Danke an »Alle«!***

An dieser Stelle möchte ich mich bei »allen« bedanken, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt haben.

Ein besonderer Dank gilt meiner Betreuerin Frau Ao. Univ. Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Sigrid Hauser, die mir gänzliche Freiheit in meiner Arbeit gegeben, mir jedoch im richtigen Moment in guten Gesprächen zu neuen Sichtweisen verholfen hat.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Gesprächspartnern, Susanne Hofmann, Reinhard Seiß und Robert Temel. Unvoreingenommen ihre fachliche Expertise mit mir zu teilen hat dieser Arbeit ein reales Fundament gegeben.

Danke an Andrea für die gewissenhafte Durchsicht und die Korrektur wagemutiger Textpassagen.

Danke Julia, für deine allumfassende Unterstützung und für die schöne Zeit!

Danke meiner Mutter und meinem Vater!

# Index



## Bildnachweise

- S.16 *Sichtbare Individualisierung im Wohnbau*, Wien, Österreich, Foto
- S.21 *Urbanes Handeln*, Grafik
- S.23 *Selbstaktive Beteiligungsprozesse*, Grafik
- S.24 *Entwicklung von aktivierter Bürgerbeteiligung*, Grafik
- S.40 *Hier fällt ein Haus, dort steht ein Kran und ewig droht der Baggerzahn*, Jörg Müller, 1976, Foto: <http://www.mdpi.com/2073-445X/3/4/1251/htm>, abgerufen 07.07.2015
- S.46 *Urbanes Handeln, Stadt entwickeln: Die Akteure*, Grafik
- S.50 *Idealtypische Zivilgesellschaft*, Grafik  
*Geringe Mitgestaltung an öffentlicher Planung*, Grafik  
*Geringe Mitgestaltung an öffentlicher und privatwirtschaftlicher Planung*, Grafik  
*Ausgeglichene Akteursgemeinschaft*, Grafik
- S.58 *Kulturzone, Donaacity Wien*, Österreich, Foto
- S.61 *Urbane Initiative*, San Antonio, Texas, USA, Foto: the better block  
[http://betterblock.org/wp-content/uploads/2012/12/IMG\\_0757.jpg](http://betterblock.org/wp-content/uploads/2012/12/IMG_0757.jpg), abgerufen 29.04.2015
- S.66,67 *Wer, wenn nicht »Sie«: Ein Leitsystem*, Grafik
- S.70 *Raumplanung*, Grafik

Wo nicht anders angegeben, Grafik und/oder Foto: Ralph Reisinger  
Covergestaltung: Ralph Reisinger

## Online Quellen

Agenda21, Andrea Maria Willson-Kainz, *Petition für ein Internet-Portal Bürgerbeteiligung auf der Stadt Wien homepage wien.at*, <https://www.wien.gv.at/petition/online/PetitionDetail.aspx?PetID=74ebd610eaac44308c708131efbe2d1f2>, abgerufen 17.07.2015

Beirat für Baukultur, *Bundesinitiative Verantwortung. Bauen. Zukunft. Aufgaben und Elemente einer Österreichischen Baukulturpolitik. Empfehlung Nr. 4 des Beirats für Baukultur Wien*, Österreichisches Bundeskanzleramt, Wien 2013, <http://www.bundestkanzleramt.at/DocView.axd?Cobld=51809>, abgerufen 01.07.2015

Dia Art Foundation, <http://www.diaart.org/sites/page/51/1364>, abgerufen 07.07.2015

Gerald Fröhlich, *Die Wohnbauförderung der Bundesländer. Ein Vergleich*, AKNÖ-Wirtschaftspolitik (Hg.), Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, Wien 2012, <http://media.arbeiterkammer.at/noe/pdfs/broschueren/Wohnbaufoerderung.pdf>, abgerufen 06.05.2015

OTS-Presseaussendung, *Die Wiener Bevölkerung in den letzten Jahrhunderten. Eine demographische Studie des Statistischen Amtes*, [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20010618\\_OT0047](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010618_OT0047), abgerufen 12.03.2015

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), *Raumordnung in Österreich, Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz*, <http://www.oerok.gv.at/die-oerok/raumordnung-in-oesterreich.html>, abgerufen 04.03.2015

Paradocks, <http://www.paradocks.at>, Das Packhaus, abgerufen 28.06.2015

Hannah Pilarczyk, *BMW Guggenheim Lab: Occupy, sponsored by*, in SPIEGEL ONLINE, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/bmw-guggenheim-lab-resuemee-des-umstrittenen-projekts-a-846775.html>, abgerufen 20.04.2015

Pop-Up City, *About Us*, <http://popupcity.net/about>, abgerufen 08.06.2015

RITTER - Finest Real Estate, <http://www.ritter-projekte.de/objekte/aktuelle-projekte/2012-cuvyrstrasse-50-51-berlin.html>, abgerufen 20.04.2015

Jason Roberts, *How To Build a Better Block*, TEDxOU 27.01.2012, <http://tedxtalks.ted.com/video/TEDxOU-Jason-Roberts-How-To-Bui;search%3AJason%20Roberts>, abgerufen 27.04.2015

Volker Schmidt, *Kaputt gemacht, kaputt gelacht*, in ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/kultur/kunst/2012-09/fluxus-50-jahre>, abgerufen 09.03.2015

Ulrike Schumacher, *COMMUNITY ORGANIZING*, [http://www.partizipation.at/community\\_organizing.html](http://www.partizipation.at/community_organizing.html), abgerufen 09.03.2015

Klaus Selle, *Particitainment. Oder: beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird*, in PND|online, [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3\\_2011/selle\\_particitainment.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf), abgerufen 16.02.2015

The Solomon R. Guggenheim Foundation, <http://www.bmwguggenheimlab.org/what-is-the-lab>, abgerufen 20.04.2015

Robert Temel, Maja Lorbeck, Aleksandra Ptaszynska (SORA), Daniela Wittinger (SORA), *Studie im Auftrag der Stadt Wien MA 50, Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 1. Potentialabschätzung und Rahmenbedingungen*, Wien 2009, <http://www.wohnbauforschung.at/index.php?id=340>, Baugemeinschaften\_in\_Wien\_Potentialabschätzung\_LF.pdf, abgerufen 31.03.2015

Robert Temel, *Studie im Auftrag der Stadt Wien MA 50, Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 2 Rechtsfragen, Leitfaden, Grundstücksvergabe*, Wien 2009 (rev. April 2010), <http://www.wohnbauforschung.at/index.php?id=341>, Baugemeinschaften\_Wien\_Rechtsfragen\_Leitfaden\_LF.pdf, abgerufen 31.03.2015

Paul Trummer, *Wohnungsnot treibt die Preise*, in Kurier.at, Telekurier Online Medien GmbH & Co KG, Wien 2012, <http://kurier.at/wirtschaft/marktplatz/wohnungsnot-treibt-die-preise/1.502.785>, abgerufen 07.07.2015

Immanuel Kant, *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, in Berlinische Monatsschrift, Haude und Spener, Berlin 1784, Band 12, in Deutsches Textarchiv, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, [http://www.deutschestextarchiv.de/kant\\_aufklaerung\\_1784](http://www.deutschestextarchiv.de/kant_aufklaerung_1784), abgerufen 20.04.2015

Stadt Wien, *STATISTIK JOURNAL WIEN 1/2014. WIEN WÄCHST... Bevölkerungsentwicklung in Wien und den 23 Gemeinde- und 250 Zählbezirken*, Magistrat der Stadt Wien MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik (Hg.), Wien 2014, <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/wien-waechst.pdf>, abgerufen 22.04.2015

Stadt Wien, *Stadtentwicklungsplan für Wien. step1994*, Magistrat der Stadt Wien MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.), Wien 1994, <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b006750.pdf>, abgerufen 22.04.2015

ZDF Aspekte, *Hamburger Künstler wehren sich*, Rocko Schamoni und Richard Florida Interview, Beitrag in der Sendung ZDF Aspekte vom 06.11.2009, <https://vimeo.com/7488140>, abgerufen 16.06.2015

## Bibliografie

Saul Alinsky, *Rebell trifft „Playboy“*, in Leo Penta (Hg.), *Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt*, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2007

Arch+, Zeitschrift für Architektur und Städtebau, Nr. 211/212, Arch+ Verlag, Aachen 2013

autonome a.f.r.i.k.a. gruppe, Luther Blissett, Sonja Brünzels, *Handbuch der Kommunikationsguerilla*, Assoziation A, 5. Auflage

Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2015, 22. Auflage

Stephan Becker, *Zurück zur Stadt der Besitzer*, in taz, taz Verlag, Berlin 11.01.2013

Sally Below, Sven Sappelt, *Positive Effekte - für eine Stadtentwicklung auf neuen Wegen*, in Sally Below, Reiner Schmidt (Hg.), *Auf dem Weg zur Stadt als Campus*, Jovis, Berlin 2015

Joseph Beuys, *Sprechen über Deutschland: Rede vom 20. November 1985 in den Münchner Kammerspielen*, FIU Verlag, Wangen 2002

- Dietmar Braun, Olivier Giraud, *Steuerungsinstrumente*, in Klaus Schubert, Nils C. Bandelow (Hg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*, Oldenbourg, München - Wien 2003
- Brockhaus Enzyklopädie, *Bd. 21. Sr - Teo*, Brockhaus GmbH, Mannheim 1993, 19. Auflage
- Lucius Burckhardt und Walter Förderer, *Bauen ein Prozess*, Verlag Arthur Niggli, Teufen 1968
- Lisa Buttenberg, Klaus Overmeyer, Guido Spars, *Gemeinnützige Immobilienentwicklung*, in Lisa Buttenberg, Klaus Overmeyer, Guido Spars (Hg.), *Raumunternehmen. Wie Nutzer selbst Räume entwickeln*, Jovis, Berlin 2014
- Giancarlo de Carlo, *Architecture´s public*, in Peter Blundell Jones, Doina Petrescu, Jeremy Till (Hg.), *Architecture and Participation*, Taylor & Francis, London 2005
- Michel de Certeau, *Kunst des Handelns*, Merve Verlag, Berlin 1988
- Christopher Dell, *Wissen des Urbanen*, in Sally Below, Reiner Schmidt (Hg.), *Auf dem Weg zur Stadt als Campus*, Jovis, Berlin 2015
- Christian Donner, *Zeitgemäße Wohnungspolitik - Sozial orientiert und ökonomisch effizient*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014
- Jesko Fezer, Mathias Heyden, *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004
- Richard Florida, *The Rise Of The Creative Class. And How Its Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*, Basic Books, New York 2004
- Michel Foucault, *Von anderen Räumen*, in Jörg Dünne, Stephan Günzel (Hg.), *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2012, 7. Auflage
- Yona Friedman, *Technische Hilfeleistungen für maximale Freiheit. »Instant Urbanism«, Selbstplanung und Eigenbau*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004
- Kurt Freisitzer, Robert Koch, Ottokar Uhl, *Mitbestimmung im Wohnbau. Ein Handbuch*, Picus Verlag, Wien 1987
- Nicolaas John Habraken, *Die Umsetzung einer einfachen Idee. Das SAR-Konzept von Träger und Ausbau*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004
- Gunter Hofmann, Jan Ross, *Deutsche Illusion. Gespräch mit Lord Ralf Dahrendorf*, in Die Zeit Nr.5, Zeitverlag Gerd Bucerius, Hamburg 2005 (Siehe auch: Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmundener Vertriebs für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005)
- Simone Kläser, *Selbstorganisiertes Wohnen*, in Arch+ 176/177, Arch+ Verlag, Aachen 2006
- Heinrich Klotz, *Kunst im 20. Jahrhundert. Moderne - Postmoderne - Zweite Moderne*, Verlag C.H. Beck 1999, 2. Auflage
- Heinrich Klotz, *Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960 - 1980*, Vieweg, Braunschweig 1987, 3. Auflage
- Christoph Kucklick, *Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst*, Ullstein Verlag, Berlin 2014
- Stefan Kurath, *Die Unschuld des Einfamilienhauses*, in TEC21 Heft 31-32, *Auf Knappem Grund*, espazium Verlags AG, Zürich 2006
- Barbara Lange, *Soziale Plastik*, in Hubertus Butin (Hg.), *DuMonts Begriffslexikon zur zeitgenössischen Kunst*, DuMont Buchverlag, Köln 2006
- Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, 27. Auflage
- Rainer Münz, *Das Österreich von morgen: Für wen wo gebaut werden muss*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014
- Roberto Ohrt, *Situationistische Internationale*, in Hubertus Butin (Hg.), *DuMonts Begriffslexikon zur zeitgenössischen Kunst*, DuMont Buchverlag, Köln 2006
- John Palmesino, *Neue Perspektiven auf selbstorganisierte Transformationsprozesse in Europa*, in Jesko Fezer, Mathias Heyden (Hg.), *Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*, b\_books, Berlin 2004

Erich Raith, *Gebäudetypologie als Thema der Stadtentwicklung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014

Hanno Rauterberg, *Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2014, 3. Auflage

Cordt Schnibben, *Lesen Sie überhaupt noch eine Zeitung?*, in Falter, Falter Zeitschriften Ges.m.b.H, Wien 2015, Nr.25/15

Helmut Schramm, *Low Rise - High Density. Horizontale Verdichtungsformen im Wohnbau*, Springer Verlag, Wien 2005

Marion Schreiber, *Aktion 507. Jungarchitekten kritisieren die Berliner Baupolitik*, in Die Zeit Nr.38, Zeitverlag Gerd Bucerius, Hamburg 1968

Klaus Selle, *Stadtentwicklung aus der "Governance-Perspektive". Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung*, in Uwe Altröck, Grisca Bertram (Hg.), *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure-Strategien-Strukturen*, transcript Verlag, Bielefeld 2012

Klaus Selle, *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2005

Reinhard Seiß, *Land der Häuser, folgenreich!*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014

Reinhard Seiß, *Wer baut Wien?*, Verlag Anton Pustet, Salzburg 2013, 4. Auflage

Reinhard Seiß, *Wohnbauförderung hat unangenehme Nebenwirkungen*, in DER STANDARD, STANDARD Medien AG, Wien 14.12.2013

Walter Siebel, *Zukunft des Wohnens*, in Arch+ 176/177, Arch+ Verlag, Aachen 2006

Peter Sloterdijk, *Sphären. Plurale Sphärologie Band III. Kapitel 2. Indoors: Architekturen des Schaumes*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2004

DER STANDARD, *Neue "Siedlerbewegung": Wien will Stadtfucht reduzieren*, in DER STANDARD, STANDARD Medien AG, Wien 30.05.2006

DER STANDARD, *Wien will Stadtfucht reduzieren*, in DER STANDARD, STANDARD Medien AG, Wien 31.01.2007

Robert Temel, *Ideenspuren. 15 Jahre Planungsgeschichte in der Donau City*, in architektur.aktuell 09/99 Nr. 232, architektur. aktuell, Wien 1999

Tobias Timm, *Matschen für Berlin. Mit Wut, Bangen und Hoffnung wurde es erwartet. Jetzt hat das BMW Guggenheim Lab mit der Arbeit begonnen*, in Die Zeit Nr.26, Zeitverlag Gerd Bucerius, Hamburg 2012

taz, *Politik verstehen, kunst leben: joseph beuys zum achtzigsten*, in taz, taz Verlag, Berlin 12.05.2001

Thomas Wagner, *Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*, PapyRossa, Köln 2014, 2. Auflage

Gerlind Weber, *Zersiedelung - Die verkannte Zukunftsbelastung*, in Jörg Wippel (Hg.), *Wohnbaukultur in Österreich. Geschichte und Perspektiven*, Studien Verlag, Innsbruck 2014

Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Johannes Winkelmann (Hg.), Mohr Siebeck, Tübingen 2002, 5. Auflage

Astrid Wege, *Partizipation*, in Hubertus Butin (Hg.), *DuMonts Begriffslexikon zur zeitgenössischen Kunst*, DuMont Buchverlag, Köln 2006